

Die Neue Gesellschaft

6

Herausgeber:

Willy Brandt
Otto Brenner †
Prof. Dr. Raimut Jochimsen
Prof. Dr. Karl Schiller
Friedel Schirmer
Prof. Dr. Carlo Schmid
Prof. Dr. Dr. Theodor Strohm
Heinz O. Vetter

Redaktion:

Leo Bauer (Chefredakteur)
Dr. Heinz Dieter Bauer
Dr. Karl-Ludolf Hübener
Hans Schumacher
Anschrift der Redaktion:
53 Bonn, Baunacheldstraße 17
Telefon 23 13 35, 23 13 20

Redaktionsbeirat:

Herbert Wehner
Hans-Eberhard Dingsels
Bruno Friedrich
Wolfgang Jansen
Dr. Jens Litten
Joachim Raffert
Dr. Werner Thönnessen

Verlag Neue Gesellschaft GmbH

53 Bonn-Bad Godesberg, Kölner Straße 149,
Telefon (02226) 70 81
Postcheckkonto Köln 580 70
Bank: Bank für Gemeinwirtschaft,
Bonn, Nr. 10 11 35 06
Druck: Vorwärts-Druck, 53 Bonn-Bad Godesberg,
Kölner Straße 108-112

Die Neue Gesellschaft erscheint monatlich. Bezug durch die Post, den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag.

Einzelheft 3,- DM, Halbjahresabonnement 15,- DM zuzüglich Versandkosten. Kündigung bis 30 Tage vor Halbjahresende.

Studentenabonnement (nur Kalenderjahr) gegen Vorlage einer Studienbescheinigung 20,- DM zuzüglich Versandkosten. Bestellung nur direkt beim Verlag. Kündigung bis 30 Tage vor Jahresende. Im Bezugspreis sind 5,5 % Mehrwertsteuer enthalten. Anzeigenpreise siehe Nr. 7

Seite

395	Herbert Wehner Abgrenzen ja – blockieren nein! Zur politischen Lage in Bonn
402	Werner Sörgel Landtagswahlen 1970–1972 Die Situation nach Baden-Württemberg
408	Herbert Ehrenberg Sozialbericht '72 – Bilanz und Wegweiser
412	Peter Glotz Rundfunkfreiheit, Parteikontrolle und Kommerzialisierung Bayern als Testfall für die Bundesrepublik
418	Carlo Schmid Wege zur Nation: Von Italien zu den USA
427	Karl Jörg Wohlfahrt Aufruf zur Besinnung 4. Internationale Arbeitstagung der IG Metall
432	Hans Schmücker Vielleicht ein erster Schritt Zum Gewerkschaftskongreß über Gast- arbeiter-Fragen in Belgrad
437	Eiham Hagolani Entwicklung und Umwelt
441	Samuel Karas Für ein größeres Europa
445	Bozidar Dikic Tito – Visionär der Zukunft
450	Karl Blecha Das Ziel ist die Veränderung von Grund auf Zum Villacher Parteitag der SPD
455	Alan J. Day Die ideologische Offensive der Sozialdemokratie Zum Kongreß der „Internationale“ in Wien Analysen – Diskussion
458	Hans Apel Gewinnmaximierung – für wen?
463	Olaf Radke Die Rolle der Gewerkschaften in der Zukunft Wider Gorz und Pimenow
471	Fritz W. Scharpf Reformpolitik im Spätkapitalismus
478	Kräuk
480	Mitarbeiter dieses Heftes

Zum Inhalt

Wenn von der derzeitigen Bonner Situation als von einer parlamentarischen Krise gesprochen wird, so muß darauf hingewiesen werden, daß sie letztendlich zusammenfällt mit der Krise der CDU/CSU. Das bedeutet nicht, daß die Lösung dieses Problems der Unionsfraktion überlassen bleiben soll. Bei deren Unfähigkeit zu einer den Erfordernissen der welt-politischen Konstellation entsprechenden konstruktiven und/oder alternativen Standortfindung und Politik ist es vielmehr an den Koalitionspartnern, wie Herbert Wehner in seinem Artikel schreibt, „Regierungsmacht für Friedenspolitik und für Fortentwicklung der Sozialstaatlichkeit der Bundesrepublik zu behaupten und zu sichern“. Vor der BRD steht in der Tat „die Beharrlichkeitsprüfung der Demokratie“. Als ein – zumindest vordergründig – mit auslösendes Moment der jetzigen Bonner Lage verdient die Landtagswahl in Baden-Württemberg eine abschließende analytische Nachbetrachtung. Werner Sörgel zeigt gleichzeitig auf, wo im Wahlkampf 1973 (oder auch früher) anzusetzen ist, um noch mehr Wähler für die SPD zu gewinnen.

Herbert Ehrenbergs Analyse des Sozialberichts 1972 z. B. beweist die Erfolgsbilanz des Geleisteten, das sich noch nicht immer im Bewußtsein der Öffentlichkeit so niedergeschlagen hat, wie es es verdient. In Fortsetzung des in Heft 5/72 erschienenen Artikels über „Staat und Nation der Deutschen“ schildert Carlo Schmid diesmal die Bedeutung und den Bedeutungswandel des Begriffs „Nation“ und die Entwicklung anderer großer Nationen: Italiens, Frankreichs, Englands und der USA.

Eine ganze Reihe bedeutungsvoller Kongresse gab der NG Anlaß, sich mit den auf ihnen behandelten Themen ebenfalls auseinanderzusetzen: dem Metall-Kongreß in Oberhausen über Fragen der gesellschaftlichen Zukunftsgestaltung, der Konferenz über Gastarbeiter-Probleme in Belgrad, der Tagungen „Entwicklungspolitik und Umweltschutz“ und „Für ein größeres Europa“ der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem SPD-Parteitag über – vornehmlich – Grundsatzfragen in Villach. Hinzu kommt eine Vorschau auf die Tagung der Soz. Internationale im Juni in Wien.

Den Theorie-Interessierten werden in diesem Heft besonders die zur Diskussion gestellten Beiträge reizen: Hans Apel, Olaf Radke und Fritz W. Scharpf setzen sich – jeweils zu verschiedenen Problemen – mit systemkritischen Ansätzen auseinander.

Redaktionschluß: 24. Mai, Umbruch:
30. Mai 1972

Diesem Heft liegt ein Prospekt des Verlages Herder KG, Freiburg im Breisgau, bei.

Abgrenzen ja — blockieren nein!

Zur politischen Lage in Bonn

Nachdem die Verträge von Moskau und Warschau durch die gesetzgebenden Körperschaften in Bonn gebilligt worden sind, ist die Frage in den Vordergrund geschoben worden, was aus ihnen gemacht werden wird.

Daß die Verträge eine Realität sind, leugnet niemand mehr. Wer sie auf deutscher Seite ausführen und in das internationale Miteinanderleben einführen wird, ist inzwischen Gesprächsstoff geworden.

Was die Verträge unmittelbar und mittelbar für die Bundesrepublik Deutschland bedeuten, ist im Streit um ihre Auslegung häufig in den Hintergrund geraten. Es verdient nun sachliche Würdigung. Welche Rolle die Verträge für die weltpolitische Bewegung von der Konfrontation zur Kooperation zwischen West und Ost spielen und bekommen können, verdient abseits vom Wunschdenken ebenfalls Würdigung.

Sowohl für die Bundesrepublik als auch für die Vertragspartner in Moskau und Warschau, doch nicht zuletzt auch für die westlichen Bündnispartner der Bundesrepublik ist das Schicksal der Verträge bei uns wichtig.

I. Die Ostverträge sind eine Realität

Aus der Sicht von Moskau oder von Washington, von Warschau oder von Paris, von London oder von Brüssel, von Peking oder von Belgrad nehmen sich die Verträge, die Bonn mit Moskau und Warschau geschlossen hat, zwar unterschiedlich aus, aber für das Verhältnis der Bundesrepublik zu den Hauptstädten in Ost und West, Süd und Nord sind sie gleichbedeutend mit der Volljährigkeitserklärung der Bundesrepublik Deutschland.

Die Vertragswerke in ihrer unmittelbaren Auswirkung auf das Inkrafttreten des Viermächte-Berlin-Abkommens und der deutschen Zusatzvereinbarungen, auf den zwischen den beiden deutschen Staaten ausgehandelten Verkehrsvertrag und die sich daran anschließenden weiteren vertraglichen Regelungen, auf das mit der UdSSR abgeschlossene Handels- und Wirtschaftsabkommen werden im nächsten Heft dieser Zeitschrift noch besonders gewürdigt.

Die Bundesregierung Brandt/Scheel hat mit der von beiden geführten Koalition der Sozialdemokraten und Freien Demokraten die Verträge von Moskau und Warschau durchgesetzt. Nun steht sie vor der Notwendigkeit, einen Weg zu finden und zu gehen, der sie aus der Umklammerung durch die in den Unionsparteien wirkenden Kräfte herausführt ins freie Feld der mit den Verträgen markierten Möglichkeiten.

Die Ostverträge sind gerettet. Sie sind Realität. In welchem Umfang sie weiterhelfen können und werden zur Kooperation in Europa, das hängt in sehr starkem Maße von der weiteren Entwicklung der inneren Konstellation der Bundesrepublik Deutschland ab. Niemand sollte vergessen, daß es von 1955 bis 1972 dauerte, ehe aus damals aufgenommenen diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und Moskau vertraglich der Übergang zu normalen Beziehungen geworden ist.

Hinter die Verträge mit Moskau und Warschau kann niemand mehr zurück. Aber es wäre illusionär anzunehmen, das Interesse anderer Mächte an der positiven Entwicklung der in ihnen liegenden Möglichkeiten wäre gleich stark wie die Erleichterung darüber, daß die Verträge

durchgesetzt werden konnten. Es ist ein deutsches Interesse, diese Verträge nicht durch dritte einfrieren oder abwerten zu lassen.

Es ist müßig, an „Gemeinsamkeit“ zwischen den politischen Führungen der beiden staatlich unterschiedlich und gegensätzlich verfaßten Teile Deutschlands zu denken. Ihre Gegensätzlichkeiten sind nicht zu leugnen oder zu verkleistern. Doch in dem Maße, in dem sie das Verhältnis beider Staaten vertraglich zu regeln und völkerrechtsverbindlich wirksam zu machen bemüht und imstande sind, berührt sich ihr Interesse an den Ostverträgen. Abgrenzen — ja, blockieren — nein. Das Viermächte-Berlin-Abkommen und die mit ihm und aus ihm sich ergebenden deutschen Zusatzvereinbarungen und weiteren vertraglichen Regelungen können Prüfstände für die Fahrtüchtigkeit auf dem Kurs zur Friedenssicherung, Entspannung und Zusammenarbeit in Europa werden, ohne daß die eine Seite die andere bevormundet oder domestiziert.

II. Innenpolitische Vergleiche hinken

Seitdem die in Opposition stehenden Unionsparteien CDU und CSU ihre Entscheidung zur Abstimmung über die Ostverträge dem Bedürfnis ihrer eigenen „Geschlossenheit“ unterordneten, möchten sie als unentbehrlich für die Kursbestimmung der Bundesrepublik angesehen werden.

Die Entscheidung der Fraktion der CDU/CSU, in einer „Lebensfrage der Nation“ „sich in ihrer großen Mehrheit bei der Abstimmung über die Zustimmungsgesetze zum deutsch-sowjetischen und zum deutsch-polnischen Vertrag der Stimme zu enthalten“, war ein Offenbarungseid.

Diese Union sagt ja zu Staatsnotwendigkeiten nur dann, wenn die Union bestimmt. Sie sagt nein, wenn sie Aussicht hat, wieder zu bestimmen. Und sie „enthält“ sich, um den Eindruck zu erwecken, in Reserve zu stehen, bei gleichzeitiger Obstruktion der parlamentarischen Notwendigkeiten.

Oppositionsführer Barzel verlangt neuerdings eine „Bestandsaufnahme“ finanzieller und politischer Art, bevor er sich bereit finden könnte, der Aufforderung des Bundeskanzlers zur Erörterung der parlamentarischen Notwendigkeiten zu entsprechen.

Diese Forderung „Bestandsaufnahme“ hatte die seinerzeit in Opposition stehende SPD am 30. Juni 1960 erhoben, das war ein Jahr, einen Monat und dreizehn Tage vor der Errichtung der Mauer in Berlin. Damals lehnte die CDU/CSU diese Forderung entrüstet als Zumutung ab.

Heute zeichnen sich mit dem Berlin-Abkommen Möglichkeiten ab, Vergangenheit allmählich abzutragen. Damals mußte Schlimmes befürchtet werden, und es mußte versucht werden, es zu verhüten. Die innere Beschaffenheit der Bundesrepublik bietet keinen Anlaß zu dramatischen Gesten. Die weltpolitischen Verhältnisse von 1972 legen dringend nahe, nicht zu den Positionen von 1960 zurückzukehren.

Oppositionsführer Barzel möchte den Eindruck erwecken, als befände sich Bundeskanzler Brandt dem Oppositionsführer Barzel gegenüber in einer Lage, die mit der Bundeskanzler Erhards gegenüber der Opposition der SPD und der aus der Koalition mit der CDU/CSU ausgeschiedenen FDP im Herbst 1966 vergleichbar sei.

Die Koalitionsregierung Ludwig Erhards war auseinandergebrochen, ein Jahr nachdem sie im Ergebnis der Bundestagswahl von 1965 gebildet worden war. Sie war an ihrem eigenen Haushaltssicherungsgesetz zerbrochen und hatte ein Jahr außenpolitischer Rückschläge hinter sich.

Am 8. November 1966 erklärte die Fraktion der SPD angesichts eines nicht mehr durch eine Mehrheit gestützten Bundeskanzlers Erhard, was nach diesem Jahr der Mißerfolge die Regierungspflichten wären:

„Wir Sozialdemokraten sehen die Lage der gegenwärtigen Bundesregierung Erhard so: Sie stützt sich dem Scheine nach auf die Bundestagsfraktion der CDU/CSU; doch diese Regierungspartei ist im Bundestag nicht nur in der Minderheit, sondern sie ist auch in sich selbst so aufgespalten, daß die Regierung Erhard weder in der Außen-, der Deutschland- und der Sicherheitspolitik,

noch in der Wirtschafts-, der Finanz- und der Haushaltspolitik ihre eigene Partei geschlossen hinter sich hat. — Das ist ein Tatbestand.

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland steht vor folgenden Aufgaben:

1. Die Bundesregierung muß um unserer äußeren Stabilität und Sicherheit willen das Verhältnis zu Washington und Paris wieder in Ordnung bringen.
2. Um der Stabilität des Bündnisses willen und als Beitrag zur Entspannung muß sie den Ehrgeiz auf atomaren Mitbesitz aufgeben.
3. Sie muß aktiv für die Normalisierung unseres Verhältnisses zu den östlichen Nachbarvölkern und für die Versöhnung mit ihnen eintreten.
4. Sie muß Klarheit schaffen über unseren eigenen Handlungsspielraum gegenüber den Ostberliner Machthabern. Sie muß diesen Handlungsspielraum ausfüllen.
5. Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland ist durch die politischen Versäumnisse der bisherigen Regierung in die Gefahr der Stagnation und des Rückschlags geraten. Durch sofort einzuleitende Maßnahmen muß der deutschen Wirtschaft die Möglichkeit geschaffen werden, in einen neuen Aufschwung einzutreten, damit in Zukunft Stabilität und Wachstum gleichermaßen gesichert sind.
6. Die Ordnung der Staatfinanzen ist hierzu unabdingbare Voraussetzung. Die neue Bundesregierung muß die Haushaltskatastrophe für 1967 abwenden. Sie darf dabei die bisherige Augenauswischerei nicht fortsetzen, die für das Jahr 1968 das Defizit noch verdoppeln würde und für die folgenden Jahre ebenso.
7. Bund, Länder und Gemeinden sind die gleichermaßen notwendigen, tragenden Säulen unseres Staates. Die finanzielle Neuordnung muß allen dreien gleichberechtigt die Voraussetzung für die Lösung ihrer jeweiligen Aufgaben verschaffen. Die Bundesregierung muß für eine allgemeine Rangordnung sorgen, die sich an den wirtschafts- und sozialpolitischen Notwendigkeiten orientiert.
8. Wirtschaftliches Wachstum, finanzielle Ordnung und soziale Stabilität sind die innenpolitischen Grundlagen für den Fortschritt unserer Gesellschaft und für eine kontinuierliche Politik nach innen und nach außen.

Diese Aufgaben... kann nur eine Bundesregierung lösen, die im Deutschen Bundestag eine Mehrheit hat."

Die Lage von heute ist mit der vom November 1966 nicht vergleichbar. Vergleichbar könnte lediglich die innere Lage der Unionsparteien sein. Gerade deshalb wäre es verhängnisvoll, ihnen die Geschicke der Bundesrepublik anzuvertrauen.

Oppositionsführer Barzel scheiterte am 27. April 1972 bei dem Versuch, mit Hilfe eines „konstruktiven Mißtrauensvotums“ gegen Bundeskanzler Brandt zum Bundeskanzler gewählt zu werden. Das faire Angebot Bundeskanzler Brandts in einem Gespräch noch am Nachmittag des gleichen Tages, den Weg frei zu machen für die Neuwahl des Bundestages, hat Oppositionsführer Barzel seither wiederholt umgangen oder direkt ausgeschlagen. Er fordert statt dessen Bundeskanzler Brandt zum Rücktritt auf. Dabei gibt er sich den Anschein, als könne und werde er Bundeskanzler Brandt durch erneuerte Veranstaltungen des „konstruktiven Mißtrauensvotums“ unterlaufen. Er gibt sich den Anschein, als könne er auf Fremdstimmen bauen.

Vergleichbar mit früheren Situationen ist die gegenwärtige Lage in Bonn weder Innen- noch außenpolitisch. Verständlich ist allerdings die innere Zerrissenheit der Unionsparteien, gerade im Zusammenhang mit den Entscheidungen über die Ostverträge.

Oppositionsführer Barzel hat geraume Zeit hindurch versucht, den Weg zu einer konstruktiven Ostpolitik, die im westlichen Bündnis verankert sein soll, unter die Sperre seiner Bedingungen zu stellen. Es war nicht zu vermeiden, daß es in einer entscheidenden Frage zwischen SPD und CDU/CSU einen Gegensatz gab, der nicht durch Zureden aus der Welt zu schaffen war.

Im September 1968 war im Bundestag eine EntschlieÙung angenommen worden, die in 15 Punkten festzulegen versuchte, welches die Richtlinien der Außen-, Deutschland-, Europa- und Sicherheitspolitik unter den damals gegebenen außenpolitischen Voraussetzungen und der vorhandenen inneren Konstellation der Bundesrepublik seien. Die Fraktionen der CDU/CSU und der SPD, die damals die Regierung Kiesinger/Brandt stützten, und die Fraktion der FDP, die damals in Opposition stand, setzten sich für gleichlautende EntschlieÙungen ein, die allerdings im jeweiligen Punkt 6 voneinander abwichen. In den jeweiligen Punkten 6 unterschieden sich beide Texte dadurch, daß die damaligen Koalitionspartner CDU/CSU und SPD den Begriff des „zweiten Staates deutscher Nation“ ablehnten, während sich der Text der FDP damit begnügte festzustellen, es entspreche dem Willen des ganzen deutschen Volkes und dem Verfassungsauftrag des Grundgesetzes, daß die Bundesrepublik Deutschland den anderen Teil Deutschlands nicht völkerrechtlich als Ausland anerkenne. Die Formulierung des Punktes 6 in der von den damaligen Koalitionsparteien CDU/CSU und SPD eingebrachten EntschlieÙung stand unter dem Veto, das die CDU/CSU 1966 in den Koalitionsverhandlungen mit der SPD gegen den Begriff eines „zweiten deutschen Staates“ eingelegt hatte, wodurch sich die SPD genötigt sah, ihre Forderung, Klarheit zu schaffen über unseren (das heißt der Bundesrepublik) eigenen Handlungsspielraum gegenüber Ostberlin und diesen Handlungsspielraum auszufüllen, eben innerhalb dieser von der CDU/CSU gesteckten Grenze zu verfolgen. Die Formulierung der FDP im Punkt 6 der von ihr eingebrachten EntschlieÙung war entlehnt aus dem Briefwechsel, den der Parteivorstand der SPD im Frühjahr 1966 mit dem Zentralkomitee der SED öffentlich geführt hatte („Redneraustausch“).

Nach der Neuwahl des Bundestages 1969 und der Bildung der Bundesregierung Brandt/Scheel hat diese in aller Offenheit in ihrer Regierungserklärung dargelegt, wie sie sich bemühen werde, die Verhältnisse im staatlich getrennten Deutschland Schritt für Schritt zum Wohle der Menschen zu regeln und in der Frage der polnischen Westgrenze die Voraussetzung für normale Beziehungen zwischen Bonn und Warschau schaffen zu helfen. Die dann in Gang gebrachten Gespräche und schließlich Verhandlungen, die zu den Verträgen von Moskau und Warschau und zu dem Viermächte-Berlin-Abkommen und den deutschen Zusatzvereinbarungen geführt haben, machen den Streit über die 15 Punkte vom September 1968 gegenstandslos. Die CDU/CSU hat von Anfang an, das heißt von der Debatte über die Regierungserklärung Brandt/Scheel vom 28. Oktober 1969 an, diesen Ansatz rückgängig zu machen versucht. Nachdem sich aber dieser Ansatz durch die Ostverträge und die damit zusammenhängenden Abkommen als brauchbar erwiesen haben, wäre es an der CDU/CSU, eine Revision ihres früheren Standpunktes vorzunehmen. Sie versteckt dies hinter Polemik und „Enthaltung“.

III. Beharrlichkeitsprüfung für die Zweite Republik

Es war riskant, 1969 bei der Bildung der Bundesregierung die zahlenstärkste Fraktion in die Opposition zu drängen. Wäre es aber nicht geschehen, so wäre die Politik der Bundesrepublik zur Sterilität verurteilt worden. Es besteht keine Ursache, das damalige Wagnis zu bereuen. Die Ergebnisse der Koalition von SPD und FDP halten kritischer Prüfung stand. Sie brauchen auch nicht der Entscheidung der Wählerschaft vorenthalten zu werden.

Der Opposition CDU/CSU ist jede Möglichkeit geboten worden, zu ihrem Recht zu kommen. Sie hat aber sogar die Einladungen zur Teilnahme an den Delegationen nach Moskau und Warschau abgelehnt. Andererseits hat sie des früheren Bundeskanzlers Adenauer Generosität gerühmt, 1955 auch einen Vertreter der in Opposition stehenden SPD an der Delegation nach Moskau teilnehmen zu lassen. Die CDU/CSU in Opposition ist in zunehmendem Maße durch Rivalitätskämpfe um die eigene Führung beschäftigt worden.

Barzel, Schröder und Strauß sind nicht nur Exponenten gegensätzlichster Strömungen, sie blockieren auch die Entwicklung der CDU/CSU zu einer als Opposition konstruktiven und alternativen Kraft im Bundestag. Wenn Oppositionsführer Barzel Bundeskanzler Brandt auffordert

zurückzutreten und gleichzeitig auf sein Verfassungsrecht pocht, durch ein weiteres „konstruktives Mißtrauensvotum“ selbst zum Bundeskanzler gewählt zu werden, stellt sich die Frage: Was denken und was tun jene Abgeordneten von CDU/CSU, die nicht nein zu den Ostverträgen, aber nicht ja zu einer Bundesregierung Brandt/Scheel sagen mochten?

Stehen sie beim „Mißtrauensvotum“ für Barzel, für Schröder oder für Strauß? Enthalten sie sich oder verhalten sie im Warten auf Stoltenberg oder Kohl?

Ohne Strauß sind weder Barzel noch Schröder über „Mißtrauensvotum“ zum Bundeskanzler zu machen. Also gleich Strauß? Der Mann, der sagte, er versage sich nicht, wenn er gerufen werde? Der Mann, der die Krise braucht, um Führer aus der Krise zu werden? Strauß braucht die Krise. Und wär's eine latente permanente Krise, wie sie die in sich gespaltene, aber doch die demokratischen Kräfte außerhalb des Parteiegebildes in Schach haltende italienische „christ-demokratische“ Partei vorlebt.

Strauß hat am 22. April behauptet, die Bundesregierung fühle sich ertappt bei ihrem Versuch, durch die Ratifikation des Moskauer Vertrags einen „kalten Staatsstreich“ zu verüben. Er ist auf diese Behauptung am 26. April im Bundestag von der Tribüne aus öffentlich angesprochen worden und hat dazu geschwiegen. Ein Mann seiner Praxis, der eine solche Behauptung und Unterstellung öffentlich erhoben hat, will damit doch nichts anderes, als ein Alibi für alles und jedes, was er in Szene setzt, um die behauptete Absicht der Regierung zu vereiteln.

Strauß hat am 2. Mai ein von ihm gewünschtes und versuchtes Scheitern der Ostverträge folgendermaßen bewertet: „Der Westen wird aus einem weltpolitischen Schlaf aufwachen, den er durch die Opferung eines deutschen Sühneschatzes garantiert sah.“ In dieser Deutung klingen alle Elemente nationalistischer Demagogie an und mit. Derselbe Strauß betätigte sich beim Entwurf einer Entschließung, die aus Anlaß der Ratifikationsentscheidung des Bundestages eine Woche später eingebracht werden sollte.

In der Fraktion der CDU/CSU hat Strauß angekündigt, die Landesgruppe der CSU werde einheitlich mit Nein stimmen, wenn auch nur eine Ja-Stimme von der CDU abgegeben würde.

Das Doppelspiel des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß wird — wenn es nachgezeichnet wird — zurückgeführt werden können bis auf seine Auslegung des Regierungswechsels 1969, von dem er erklärt hatte, er sei keine normale Ablösung einer Regierung durch eine andere, sondern der Beginn des Umsturzes unserer Gesellschaftsordnung gewesen. Er braucht solche deftigen Behauptungen, um die innenpolitischen Gegner verteuflern, brandmarken und wie in Kesselschlachten vernichten zu können. Weil er weiß, daß weder im Innern der Bundesrepublik die nicht zuletzt sozial bedingten Parteienstrukturen noch in Europa die staatlichen Strukturen grundlegend geändert werden können, wählt er die Position „Volksfront rechts“, um gegen die angebliche Linksgefahr Volkssturm aufbieten zu können.

In der Kombination CDU/CSU sieht Strauß seine Rolle so, wie er sie am 3. Februar beschrieb: „Ich bin der Vorsitzende der kleineren Partei und damit die Nummer zwei in der Bonner Organisation der CDU/CSU. In dieser Rolle kann ich also die Nummer eins jeweils gut beraten und meinen Einfluß zur Geltung bringen. Dabei fühle ich mich wesentlich einflußreicher, als wenn ich als Nummer eins Klimmzüge machen müßte“. Inzwischen hat „Nummer eins“ erfahren, was es heißt, „Klimmzüge“ zu machen, „gut beraten“ von „Nummer zwei“, die ihren „Einfluß zur Geltung bringen“ kann.

Die „Bonner Organisation der CDU/CSU“ ist keine konstruktive Alternative zur Koalition SPD/FDP.

Die FDP müßte zerbröckeln, damit ein Rest mitgenommen werden könnte auf Franz Josef Strauß' Weg. Die SPD müßte sich zerstreuen, damit die „Rest-FDP“ ihren Vorwand bekäme, den Starke und Zogelmann zu folgen, die sich nebst Mende arrangiert haben. Strauß, der Führer aus der Krise, müßte die Krise erst veritabel machen. Mit einer Fremdenlegion von Gescheiterten und „vorläufig“ ohne Wählerentscheidung.

Vor der Bundesrepublik Deutschland — der Zweiten Republik nach dem Scheitern der Ersten, die am Ende des Weltkrieges 1918 entstand und vom sogenannten Dritten Reich abgelöst wurde, das durch den Zweiten Weltkrieg ausgelöscht worden ist — steht die Beharrlichkeitsprüfung der Demokraten. Sie muß sie Europas und der Sicherung des Friedens wegen bestehen. Sie wird sie bestehen, sofern diejenigen, die gelernt haben, was ein demokratischer Staat als Grundlage braucht, nicht versagen, wenn es darum geht, Regierungsmacht für Friedenspolitik und für die Fortentwicklung der Sozialstaatlichkeit der Bundesrepublik zu behaupten und zu sichern.

Dieser Staat Bundesrepublik ist in Gefahr, mißbraucht zu werden von Leuten, die heiß vom Frieden reden, aber den Kalten Krieg fortsetzen wollen.

Wenn viele Zeichen darauf hinweisen, daß noch in diesem Jahr 1972 der Bundestag neu gewählt werden muß, weil der Bundestag in seiner sechsten Legislaturperiode gelähmt zu werden droht, so soll und wird das Wagnis von 1969 durch die Wählerschaft gerechtfertigt und legitimiert werden.

**eva
titel:**

Willy Brandt

Plädoyer für die Zukunft

Beiträge zur deutschen Politik.
Mit einem Vorwort von Herbert Wehner.
206 Seiten, kartoniert DM 9,—

Die Neuauflage dieses Bandes, in dem der Kanzlerkandidat Willy Brandt 1960 die Kernpunkte seiner politischen Konzeption darlegte, soll einer Zwischenbilanz dienen. Der Nachdruck ist ergänzt um den Text von Reden Willy Brandts aus der letzten Zeit (SPD-Parteitag, Verleihung des Friedensnobelpreises) und ein Vorwort Herbert Wehners.

eva
Europäische Verlagsanstalt
Frankfurt am Main

Kritik

Band 1:

Die autoritäre Gesellschaft

3. Auflage. 216 Seiten, kartoniert DM 16,—

Herausgegeben von Günter Hartfel

Autoren: Willy Strzalewicz, Wolfgang Hochhelmer, Hans-G. Rolff, Günter Hartfel, Jürgen Fjalkowski, Jürgen Ritsert und Wilfried Gottschalk

Inhalt: Herrschaft ohne Zwang? — Die permanente Reproduktion der autoritären Persönlichkeit — Demokratie der Unmündigen? — Das Unbehagen der jungen Generation — Demokraten als Bürokraten — Autoritäre Wissenschaft — Freiheit und Demokratie im etablierten Sozialismus

Band 3:

Parlamentarismus ohne Transparenz

272 Seiten, kartoniert DM 18,—

Herausgegeben von Winfried Steffan

Autoren: Udo Bernbach, Klaus von Beyme, Thomas Ellwein, Klaus Günther, Frieder Naschold, Joachim Raschke, Winfried Steffan, Heinz Rausch, Bodo Zeuner, Heinrich Oberreuter und Heinz Laufer

Inhalt: Anspruch und Realität des parlamentarischen Systems — Räte-system als Alternative? — Formierte Verwaltung — Regierung der Anpassung — Flickwerk statt Planung — Regierungswechsel auf Raten — Parlamentsreform in der Dunkelkammer — Selbstverständnis der Abgeordneten — Kandidatenaufstellung — Wahlen ohne Auswahl — Wahlrechtsänderung — Entscheidungsgewalt ohne Opposition

Band 2:

Konzentration ohne Kontrolle

2. Auflage. 314 Seiten, kartoniert DM 18,—

Herausgegeben von Dieter Grosser

Autoren: Helmut Arndt, Friedrich Bloch, Günther Doeker, Reinhard Haarmann, Wilhelm Dürhammer, Bernd-D. Bensch, Dieter Grosser und Walter Krumholz

Inhalt: Macht, Konkurrenz und Demokratie — Amerikaner in Europa — Steuern und Konzentration — Pressekonzentration — Wettbewerb, Konzentration und Frage der Kontrolle der Marktmacht — Mitbestimmung im Großbetrieb — Lohnpolitik der Gewerkschaften — Vermögensbildung

Band 4:

Manipulation der Meinungsbildung

2. Auflage. 868 Seiten, kartoniert DM 19,80

Herausgegeben von Ralf Zöll

Autoren: Horst Haenisch, Elke Hennig, Horst Holzer, Klaus Horn, Heinz D. Jeenicke, Heribert Schatz, Jürgen Seifert, Otwin Massing, Klaus Schröter, Thomas Ellwein

Inhalt: Abhängigkeit der Massenmedien von den Werbeeinnahmen — Probleme der Kontrolle von Funk und Fernsehen — Zum Problem journalistischer Objektivität — „Lebenshilfe“ als Prinzip — „Tageschau“ und „heute“ — Politisierung des Unpolitischen? — Die Zeitung der „Superlative“ — Funktion rechteradikaler Presse in der BRD

Westdeutscher Verlag Opladen

Landtagswahlen 1970–1972

Die Situation nach der Landtagswahl in
Baden-Württemberg

Das Landtagswahl-Resultat von Baden-Württemberg vom 23. April benutzte die Bonner Opposition als Signal zum Sturz der Regierung Brandt/Scheel: Bereits einen Tag später brachte ihre Fraktion im Bundestag den Antrag ein, dem Bundeskanzler das Mißtrauen auszusprechen und Rainer Barzel zu seinem Nachfolger zu wählen.

Nach dem gescheiterten Mißtrauensantrag folgte die Ablehnung des Kanzlerhaushalts. Die schließlich neu aufgenommenen Verhandlungen der Bundesregierung mit der Opposition über eine Verabschiedung der Ostverträge auf breiter Basis – eingebettet in eine gemeinsame Erklärung des Deutschen Bundestages – endeten mit der Stimmenthaltung des Großteils der Opposition bei der entscheidenden Abstimmung über die Verträge mit Moskau und Warschau. Kurt Georg Kiesinger charakterisierte vor dem Bundestag den Beschluß zur Enthaltung der CDU/CSU in diesen „Lebensfragen der Nation“ als Ergebnis einer der „längsten und intensivsten Beratungen“ in der Geschichte der CDU/CSU-Fraktion.

Noch nie hat in der Geschichte der Bundesrepublik eine Landtagswahl politische Folgen dieses Ausmaßes gezeitigt. Die CDU/CSU behauptete sogleich nach der Wahl, es sei nunmehr endgültig erwiesen, daß die Regierung der sozialliberalen Koalition nicht mehr das Vertrauen der Mehrheit der Wähler in der Bundesrepublik besitze.

In der Zwischenzeit scheint die Opposition allerdings selbst an der Zuverlässigkeit dieser Aussage zu zweifeln. Vorzeitige Neuwahlen zum Bundestag wären nach den Worten ihres Fraktionsvorsitzenden zwar die „sympathischste Lösung“, doch hinsichtlich der logischen politischen Konsequenz aus einer solchen Einsicht zeigen die führenden Vertreter der Unionsparteien wenig Selbstbewußtsein.

Eine unvoreingenommene Analyse der Landtagswahl in Baden-Württemberg muß – vor allem, wenn sie die Ergebnisse aller Land-

tagswahlen seit 1970 berücksichtigt – zu Erkenntnissen führen, die in der Tat keine Euphorie der CDU/CSU bei anstehenden Neuwahlen zum Bundestag angebracht erscheinen lassen:

Die Bonner Koalitionsparteien haben bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg am 23. April 1972 zu ihrem Ergebnis bei der Bundestagswahl 1969 2,4 Prozentpunkte hinzugewonnen. Das war von allen 10 Landtagswahlen seit 1970 der höchste Stimmenzuwachs von SPD und FDP in einem Bundesland.

Mit Ausnahme Hamburgs, der ersten Landtagswahl nach 1969, wo SPD und FDP etwa gleich hohe Stimmengewinne (gegenüber 1969) zu verzeichnen hatten, brachte ein Stimmenzuwachs bei den Landtagswahlen des einen Bonner Koalitionspartners jeweils Stimmenverluste des anderen. In Baden-Württemberg dagegen verzeichneten beide Partner (verglichen mit ihrer durchschnittlichen Veränderungsrate bei allen Landtagswahlen seit 1970: SPD –0,4 Prozent, FDP +0,5 Prozent) einen überdurchschnittlichen Stimmengewinn.

Die Stimmengewinne der CDU in Baden-Württemberg lagen nur geringfügig über der durchschnittlichen positiven Veränderungsrate der Unionsparteien bei allen Landtagswahlen. Bessere Ergebnisse erzielte die CDU in Schleswig-Holstein 1971 und in Nordrhein-Westfalen 1970.

Die Stimmengewinne der SPD in Baden-Württemberg (+1,0 Prozent) lagen unter denen in Niedersachsen (7/70: +2,5 Prozent) und Bremen (10/71: +3,3 Prozent). Der Stimmengewinn der FDP (+1,4 Prozent) lag unter dem in Hessen (11/70: +3,4 Prozent) und entsprach dem in Bayern (11/70: +1,4 Prozent).

Die Wahlbeteiligung bei allen Landtagswahlen seit 1970 lag im Durchschnitt um 9 Prozent unter der Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 1969. In Baden-Württemberg, das 1969 mit Bayern die niedrigste Wahlbeteiligung zu verzeichnen hatte, war mit –5,1 Prozent der Abstand zur Wahlbeteiligungsquote

1969 geringer als in allen anderen Bundesländern.

Vergleicht man die Ergebnisse der Parteien bei allen zehn Landtagswahlen seit der Bundestagswahl 1969 mit den Ergebnissen der Parteien bei der Bundestagswahl 1969, so errechnet sich für die CDU/CSU der höchste Stim-

menzuwachs: 2,1 Prozent. Der Stimmenanteil der SPD von 1969 verringerte sich bei den Landtagswahlen um 0,4 Prozent, die FDP gewann 0,5 Prozentpunkte, der Stimmenanteil der NPD verringerte sich um 2,3 Prozent, der Anteil der sonstigen Parteien blieb nahezu konstant.

Bundestagswahl 1969 – Landtagswahlen 1970/72

Veränderungen in der Wahlbeteiligung und in den Stimmenanteilen der Parteien

	Datum	Wahlbeteiligung	SPD	FDP	SPD/FDP	CDU/CSU	NPD	Sonstige
Hamburg	3/70	-14,2%	0,7%	0,8%	1,5%	-1,2%	-0,8%	0,5%
Niedersachsen	6/70	-10,8%	2,5%	-1,2%	1,3%	0,5%	-1,4%	-0,4%
Nordrhein-Westfalen	6/70	-13,8%	-0,7%	0,1%	-0,6%	2,7%	-2,0%	-0,2%
Saarland	6/70	- 8,0%	0,9%	-2,3%	-1,4%	1,7%	-1,3%	2,0%
Hessen	11/70	- 6,4%	-2,3%	3,4%	1,1%	1,3%	-2,1%	-0,2%
Bayern	11/70	- 5,7%	-1,3%	1,4%	0,1%	2,0%	-2,4%	0,3%
Rheinland-Pfalz	3/71	- 7,8%	0,4%	-0,4%	±0	2,2%	-2,5%	0,3%
Schleswig-Holstein	4/71	- 8,8%	-2,5%	-1,4%	-3,9%	5,7%	-3,0%	1,3%
Bremen	10/71	- 6,3%	3,3%	-2,2%	1,1%	-0,7%	-1,6%	1,1%
Baden-Württemberg	4/72	- 5,1%	1,0%	1,4%	2,4%	2,3%	-4,5%	-0,3%
Länder insgesamt		- 9,0%	-0,4%	0,5%	0,1%	2,1%	-2,3%	0,1%

Insgesamt gesehen gab es bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg tatsächlich drei Sieger:

- Die CDU erreichte ihr erklärtes Wahlziel – die absolute Stimmenmehrheit im Land und eine sichere Mandatsmehrheit im Landtag – und, damit zusammenhängend, die Sicherung der CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat.
- Die SPD erzielte in diesem Bundesland ihr bisher bestes Wahlergebnis; sie konnte nicht nur den Stimmenrückgang von 1968 wieder aufholen, sondern ihr Ergebnis von 1969 verbessern.
- Die FDP erreichte zwar nicht das Ergebnis der vorausgegangenen Landtagswahl, aber sie verbesserte merklich ihr Bundestagswahlergebnis von 1969.

Die beiden Koalitionspartner erreichten damit eine für die nächste Bundestagswahl günstige Ausgangsposition.

Faßt man die Ergebnisse aller 10 Landtagswahlen seit 1970 zusammen, so errechnen sich für

die einzelnen Parteien folgende Stimmenanteile:

CDU/CSU	48,2 %
SPD	42,3 %
FDP	6,3 %
SPD/FDP	48,6 %
NPD	2,0 %
Sonstige Parteien	1,2 %
	100

Berücksichtigt man nur die Stimmen der im Bundestag vertretenen Parteien, so errechnet sich für diese Parteien folgendes Wählerpotential:

CDU/CSU	49,8 %
SPD	43,7 %
FDP	6,5 %
SPD/FDP	50,2 %
	100

Eine Umrechnung dieser Stimmenverteilung als fiktives „Bundestagswahlergebnis“ ergibt eine Mandatsverteilung, die allenfalls eine minimale Mehrheit von ein bis zwei Mandaten für die Koalitionsparteien in Bonn erbrächte. Wahrscheinlicher wäre jedoch ein knapper Mandatsvorsprung der CDU/CSU, da bei der Mandatsberechnung nach d'Hondt die stärkste Partei einen Bonus erhält.

Realistischer, wenngleich ebenfalls hypothetisch, erscheint eine Hochrechnung, die von Baden-Württemberg auf das Bundesgebiet die relative Veränderung der Stimmenanteile der Parteien 1972/69 überträgt.

In Baden-Württemberg ergaben sich für die einzelnen Parteien 1972 gegenüber 1969 die folgenden „relativen Veränderungsraten“:

Baden-Württemberg			
	BTW 1969	LTW 1972	relative Veränderungsrate (1969 = 100)
SPD	36,549 %	37,532 %	102,69
FDP	7,489 %	8,932 %	119,27
SPD/FDP	44,038 %	46,464 %	105,51
CDU	50,854 %	52,953 %	104,54
Sonstige	5,308 %	0,583 %	10,98

Unterstellt man bei einer neuen Bundestagswahl die gleichen relativen Veränderungsraten für die einzelnen Parteien, so errechnet sich das folgende fiktive „Wahlergebnis“:

SPD	44,0 %
FDP	7,0 %
SPD/FDP	51,0 %
CDU/CSU	48,4 %
Sonstige	0,6 %
	100

Die Mandatsverteilung im Bundestag erbrächte bei einem solchen Wahlausgang für die Bonner Koalitionsparteien SPD und FDP 254 Sitze, für die CDU/CSU 242 Sitze.

Diese Hochrechnung führt – um es zu wiederholen – zu einem „fiktiven Wahlergebnis“ auf der Grundlage der Situation am Abend des 23. April. Es kann jetzt angenommen werden, daß die CDU/CSU mittlerweile ähnliche Berechnungen angestellt hat, die ihr die „sympathischste Lösung“ zur Wiederherstellung klarer Mehrheiten im Bundestag nur wenig sympathisch erscheinen lassen. Dazu mag nicht zuletzt die Überlegung beitragen, daß weder der gescheiterte Versuch, die Regierung

Brandt/Scheel mit Hilfe von Fraktionswechsellern zu stürzen, noch die Enthaltensamkeit bei der Abstimmung über eine der wichtigsten „Lebensfragen der Nation“ (K. G. Kiesinger) von sozialdemokratischen, liberalen oder auch rechten Wählern honoriert werden dürften.

Einige wichtige regionale Ergebnisse

1. Ihre höchsten Stimmengewinne hatte die SPD in den beiden badischen Regierungsbezirken, also auch im überwiegend katholischen Südbaden. Hier lagen die Stimmengewinne der FDP unter denen der SPD, während umgekehrt die FDP ihre höchsten Stimmengewinne in den überwiegend protestantischen Regierungsbezirken Nord-Württemberg und Süd-Württemberg-Hohenzollern erzielte, in denen der Stimmenzuwachs der SPD unter dem Landesdurchschnitt blieb.
2. In ländlichen Gebieten mit wenig Industrie konnte die SPD ihren Stimmenanteil gegenüber 1969 stärker erhöhen als in industrialisierten Gebieten.
3. Insgesamt deuten regionale Wahlergebnisse auf überdurchschnittliche Stimmengewinne der SPD bei den katholischen Wählern, während es der FDP anscheinend gelungen ist, einen Teil ihrer 1969 verlore-

nen protestantischen Wähler zurückzugewinnen.

4. In vier Städten Baden-Württembergs mußte die SPD eine Verschlechterung ihres Stimmenanteils von 1969 hinnehmen: in Stuttgart, Karlsruhe, Heilbronn und in Freiburg. In zwei Städten konnte die SPD das Bundestagswahlergebnis nur geringfügig verbessern: in Heidelberg und in Ulm. Lediglich in Mannheim verbesserte die SPD ihr Ergebnis von 1969 erheblich – um mehr als drei Punkte.

Das relativ ungünstige Abschneiden der SPD in den Städten (mit Ausnahme Mannheims) dürfte zu einem großen Teil darauf zurückzuführen sein, daß vor allem in den Städten die FDP offenbar von Wählern, die 1969 noch SPD gewählt haben, bei der Landtagswahl unterstützt wurde. In allen Städten Baden-Württembergs – wiederum mit der Ausnahme Mannheim – konnte die FDP ihr Ergebnis bei der Bundestagswahl überdurchschnittlich stark verbessern: in Stuttgart um etwas weniger als 3 Prozent, in Heilbronn und Karlsruhe um mehr als 3 Prozent und in Freiburg um mehr als 4 Prozent.

5. Insgesamt verbesserte sich die FDP in all den Wahlkreisen erheblich, in denen die SPD entweder unter ihrem Bundestagswahlergebnis von 1969 blieb oder dieses Ergebnis nicht verbesserte.
6. Eine überdurchschnittliche Verbesserung ihres Stimmenanteils erreichte die SPD in den meisten der Wahlkreise, in denen die NPD 1969 noch stark vertreten war.

Die Themenschwerpunkte des Wahlkampfes in Baden-Württemberg

Bereits 1971 zeigten wahisozilogische Untersuchungen in Baden-Württemberg, daß es für die Sozialdemokratie in diesem Bundesland schwer sein würde, sich allein über **Landespolitische** Themen im Wahlkampf zu profilieren. Die „Leistungs-Images“ der beiden Regierungsparteien in Baden-Württemberg waren im Urteil der Wähler nahezu identisch. Die CDU gewann damit den Vorteil, sich über ihre Rolle als führende Regierungspartei mit einem populären Ministerpräsidenten profilieren zu können. Die Folgerung der SPD Baden-Württembergs, sich vorwiegend über **bundespolitische** Themen von der CDU abzuheben, war insofern konsequent.

Ein Umfrageergebnis kurz vor der Landtagswahl zeigt, daß die Wähler in Baden-Württemberg zu gleichen Teilen in Fragen der **Landespolitik** (Landesentwicklung, Schulpolitik, Umweltschutz etc.) mit der SPD oder der CDU übereinstimmen. In **wirtschaftspolitischen** Fragen (insbesondere Entwicklung der Preise) vertrauten mehr Wähler auf die CDU als auf die SPD, während umgekehrt in den Fragen der **Ostpolitik** die SPD das weitaus größere Vertrauen besaß.

Eine kritische Würdigung des Wahlkampfkonzeptes der SPD für Baden-Württemberg kommt nicht umhin, Versäumnisse einzugestehen, die es in einem Bundestagswahlkampf zu vermeiden gilt.

Richtig war fraglos der beharrliche Verweis der SPD auf die Notwendigkeit einer konsequenten Friedens- und Entspannungspolitik in Übereinstimmung mit den westlichen Bündnispartnern. Offensichtlich ist es jedoch der SPD in Baden-Württemberg nur unzureichend gelungen, die bisherigen **innenpolitischen** Leistungen der Bonner Regierungskoalition ausreichend zu verdeutlichen. Ihre **innenpolitische** Argumentation blieb zu sehr in der Defensive gegenüber demagogisch vereinfachenden Darstellungen der CDU: Im Bundestagswahlkampf wird es darauf ankommen, gerade bei Problemen, die von der Mehrheit der Bevölkerung kritisch beurteilt und der Regierung angelastet werden, sich nicht dem kritischen Dialog mit dem Wähler zu entziehen.

Untersuchungen haben immer wieder gezeigt, daß z. B. trotz aller Unzufriedenheit mit der Preisentwicklung in der Bundesrepublik eine große Mehrheit der Wähler durchaus zu einer differenzierten Beurteilung in der Lage ist, wenn immer man ihnen die bestehenden Zusammenhänge verdeutlicht. Dazu nur zwei besonders eindrucksvolle Ergebnisse aus Untersuchungen der politischen Sozialforschung:

- Mehr als zwei Drittel der Wähler in der Bundesrepublik teilen die Ansicht, daß es außerhalb der Möglichkeiten jeder Bundesregierung liege, isoliert Preissteigerungen in der Bundesrepublik zu verhindern, solange dieses Land in die Wirtschaft Europas integriert ist.
- Ebenso viele Wähler räumen ein, daß die Wirtschafts- und Steuerpolitik der Bundesregierung einen Versuch darstelle, in die-

sem Land mehr soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen.
Der CDU/CSU ist es bislang gelungen, solche latent vorhandenen Einsichten durch grob vereinfachende Behauptungen zuzudecken. Auf-

gabe der SPD und dieser Regierung muß es sein, nicht nur auf das kritische Urteilsvermögen der Bevölkerung zu vertrauen, sondern es auch durch eine aufklärende Argumentation zu festigen.

Verlag Neue Gesellschaft bringt:

Willy Brandt	Reden und Schriften des Friedensnobelpreisträgers 1971	
Frieden	176 Seiten · 17 Seiten Fotos Snolin-Broschur	9,80 DM
Heinz Kühn	Beiträge zu gesellschaftlichen Fragen und persönlichen Begegnungen	
Den Staat menschlicher machen	250 Seiten · 9 Seiten Fotos Snolin-Broschur	9,80 DM
Willi Eichler	Biographische Aufsätze* *über: Friedrich Ebert, Eike Flinck, Karl Marx, Leopold Belmont, Erich Gumbel, Kurt Schumacher, Minut Speech	
Sozialisten	146 Seiten Snolin-Broschur	12,- DM
Willi Eichler		
Zur Einführung in den demokratischen Sozialismus	136 Seiten Snolin-Broschur	12,- DM
Gerhard Halberstadt	Eine Einführung in das Betriebsverfassungsgesetz von 1972 Einleitung von Bundesminister Walter Arendt	
Das neue Recht der Betriebsräte	240 Seiten Snolin-Broschur	10,- DM

**Verlag
Neue Gesellschaft GmbH**
53 Bonn-Bad Godesberg 1 · Kölner Straße 149

WWI-Studie zur Wirtschafts- und Sozialforschung Nr. 20

E. Jahn / H.-J. Jahn / E. O. Krasemann / W. Mudra / P. Rosenberg / F. Rudolph / T. Thiemeyer

Die Gesundheitssicherung in der Bundesrepublik Deutschland

Analyse und Vorschläge zur Reform

2., erweiterte Auflage, 96 Seiten, 6,80 DM

Im ersten Teil der Studie werden qualitative und quantitative Mängel und Lücken im gegenwärtigen Gefüge der Gesundheitssicherung aufgezeigt. In den Bereichen Vorsorge, Früherkennung, ambulante und stationäre Behandlung werden die Ursachen der Mängel analysiert und die bestehenden Einrichtungen auf ihre Funktionstüchtigkeit hin geprüft. Anschließend werden Vorschläge zu einer Weiterentwicklung der medizinischen Versorgung zur Diskussion gestellt. Diese Weiterentwicklung muß im Hinblick auf heutige und künftige gesundheitspolitische Erfordernisse erfolgen, wobei eine Verlagerung der Gewichte zu Vorsorge und Früherkennung hin erforderlich ist und die Entwicklung der medizinischen Wissenschaften, im besonderen auch der Medizintechnologie, und neue Erkenntnisse aus den Sozialwissenschaften zu berücksichtigen sind.

Die vielfältigen Aufgaben der Vorsorge und der Krankheitsfrüherkennung, der Rationalisierung der Behandlung mit dem Ziel der optimalen Wiederherstellung und schließlich der bestmöglichen Wiedereingliederung jedes Kranken in beruflicher und jedenfalls in gesellschaftlicher Hinsicht fordern strukturelle Änderungen in weiten Teilen der medizinischen Versorgung. Die nähere Bestimmung dieser Aufgaben eines Systems der Gesundheitssicherung, die Klärung der dafür erforderlichen institutionellen Voraussetzungen und die Entwicklung von Finanzierungsmechanismen, die zur Regelung und Steuerung der verschiedenen Institutionen auf das Ziel einer Kooperation im System hin geeignet sind, haben sich die Autoren zur Aufgabe des dritten Teils der Untersuchung gemacht.

Bund-Verlag · 5 Köln 21 · Postfach 210140

Sozialbericht '72 – Bilanz und Wegweiser

Die Bundesregierung hat den gesetzgebenden Körperschaften zum dritten Mal ihren Sozialbericht vorgelegt. Der Sozialbericht hat die Aufgabe, Parlament und Öffentlichkeit über die Vorhaben und Maßnahmen der Bundesregierung auf dem Gebiet der Sozialpolitik zu unterrichten.

Als 1970 der erste Sozialbericht erstellt wurde, kam es darauf an, den sozialpolitischen Teil der Regierungserklärung in Programmschwerpunkten und Einzelmaßnahmen aufzugliedern und darzustellen. Bei einem Pressegespräch anlässlich der Präsentation dieses Sozialberichts war die Mehrzahl der anwesenden Journalisten damals der Meinung, das Arbeitsministerium habe sich mit diesem Sozialbericht auf ein leichtsinniges, wenn nicht sogar törichtes Unternehmen eingelassen. *„Wie kommen Sie jemals wieder von diesen Versprechungen herunter?“* fragte ein prominenter sozialpolitischer Journalist. Die Zuversicht Walter Arendts, diese Ankündigungen und mehr verwirklichen zu können, stieß auf mildes, wissendes Lächeln.

Der zweite Sozialbericht 1971 blieb seinem Charakter als Rechenschaftsbericht treu. In einer 16 Druckseiten langen Übersicht über abgeschlossene und eingeleitete Maßnahmen und Vorhaben konnte bewiesen werden, daß zahlreiche angeführte Punkte bereits zur Verabschiedung standen und der Fortgang der Maßnahmen auf den übrigen Gebieten zügig voranging. Die journalistischen Urteile über Durchführbarkeit bzw. Undurchführbarkeit wurden schon vorsichtiger.

Inzwischen sind die Skeptiker verstummt. War es voriges Jahr noch schick, zwar die Außenpolitik der Bundesregierung zu loben, aber ihre gesellschaftspolitische Trägheit zu rügen, so ist Sozialpolitik heute „in“. Es hat sich allmählich die Erkenntnis durchgesetzt, daß die sozialliberale Koalition eine sehr stolze gesellschaftspolitische Bilanz aufweisen kann. Obwohl (oder weil) es bei Bildung dieser Bundesregierung genug wohlwollende Skeptiker gab, die ein

wenig resigniert feststellten, hier sei wohl die Entscheidung zugunsten einer außenpolitischen gegen eine innenpolitische Koalition getroffen worden. Das hat sich eindeutig als falsch, das Etikett der „Inneren Reformen“ als richtig erwiesen. Und wer den „Sozialbericht '72“ auch nur oberflächlich durchblättert, wird bereits anhand der Überschriften feststellen können, wie reichhaltig die sozialpolitische Palette dieser Bundesregierung ist.

Das Neue und Spezifische dieses Sozialberichts 1972 sind seine zahlenmäßigen Übersichten der wichtigsten verbesserten und neu eingeführten Sozialleistungen. Dieser statistische Akzent hat eine doppelte Bedeutung: Einmal liefert er einen schnellen Überblick über das Geleistete. Zum anderen wird hier versucht, politische Aussagen von ihrer Unverbindlichkeit herunterzuholen auf einen statistisch überprüfbaren Nachweis. Die oft etwas wenig differenziert artikulierte Aussage, Politik werde für den Menschen gemacht, wird hier ersetzt durch die genaue Angabe, wieviel Personen durch welches Gesetz wieviel in Mark und Pfennig erhalten haben. Eine solche auf den einzelnen Bezahler heruntergerechnete Leistungsbilanz kann gefährlich sein, denn sie zeigt genau, welche Substanz hinter der Politik steht. Daß die Bundesregierung es sich erlauben konnte, derartige Einzelrechnungen aufzumachen, zeigt deutlicher als alles andere, daß sie keine Sozialpolitik der Seifenblasen oder der kleinen Gefälligkeiten betreibt.

Anhand des Sozialberichts kann man deutlich feststellen, wie sich das System der sozialen Sicherung in der Bundesrepublik in den letzten Jahren weiterentwickelt hat. Besonders ausgeprägt sind die Bemühungen der Bundesregierung, bisher überhaupt nicht oder nur unzulänglich geschützte Personengruppen in die soziale Sicherung einzubeziehen und dabei gleichzeitig gezielte Strukturverbesserungen einzuleiten.

Die Weiterentwicklung des Systems der sozialen Sicherung zeigt auch, daß jetzt mehr

Sozialleistungen an der Steigerung des wirtschaftlichen Wachstums orientiert und dem einzelnen im Rahmen der sozialen Sicherung stärkere individuelle Entscheidungsmöglichkeiten eingeräumt wurden. Dabei wurde gewährleistet, daß der Dienstleistungscharakter der Institutionen stärker hervortrat und das vorsorgende Element einer sozialen Politik ausgeprägt wurde.

Diese Grundsätze finden ihren Niederschlag in einer Reihe von Gesetzen und Gesetzesinitiativen:

In den verschiedenen Zweigen der sozialen Sicherheit wurde der geschützte Personenkreis ausgeweitet:

- Die soziale Krankenversicherung wurde grundsätzlich für alle Angestellten und damit für alle Arbeitnehmer geöffnet.
- Für Landwirte wird eine gesetzliche Krankenversicherung geschaffen. Damit gehört erstmals eine geschlossene Gruppe von Selbständigen zu dem geschützten Personenkreis.
- Durch die Erweiterung der Unfallversicherung auf Schüler, Studenten und Kinder, die einen Kindergarten besuchen, haben zum ersten Mal Nichterwerbstätige in größerem Umfang einen eigenen Anspruch auf Leistungen der Sozialversicherung erhalten.
- Durch das Rentenreformprogramm soll die soziale Rentenversicherung für weitere Gesellschaftsgruppen, besonders für Selbständige und Frauen, geöffnet werden.

Während die noch im Arbeitsleben stehenden Arbeitnehmer und Selbständigen über Einkommenssteigerungen unmittelbar am wirtschaftlichen Wachstum teilnehmen, bedarf es für die Empfänger von Leistungen der sozialen Sicherung anderer Formen der Einkommensanpassung. Für Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen und der Unfallversicherung ist die ständige Anpassung der Leistungen (Dynamisierung) zu einem grundlegenden Bestandteil des Systems geworden.

Auf Vorschlag der Bundesregierung ist dieser Gedanke in weiteren Sozialleistungsbereichen eingeführt worden:

- Durch drei Anpassungsgesetze sind seit 1970 in der Kriegsopferversorgung die Renten der Versorgungsberechtigten angehoben worden.
- Der Grundsatz der Dynamisierung hat auch im Arbeitsförderungsgesetz für das Unterhaltsgeld bei Fortbildung und Umschulung

seinen Niederschlag gefunden.

- Schließlich bedeutet die Dynamisierung der Versicherungspflichtgrenze für Angestellte in der gesetzlichen Krankenversicherung auch, daß die Leistungsbemessungsgrenze entsprechend angepaßt wird.

Allgemeine Leistungsverbesserungen in der sozialen Sicherung werden in einer Reihe von Fällen der besonderen sozialen Lage einzelner oder bestimmter Gruppen nicht gerecht. Deshalb sind auch gezielte Strukturverbesserungen notwendig.

Im Rentenreformprogramm findet dieser Sachverhalt sichtbaren Ausdruck. So soll die Rentenversicherung nach Auffassung der Bundesregierung ihren Beitrag dazu leisten, die soziale Lage der Frauen, der Selbständigen, der langjährig unterbezahlten Lohnempfänger und besonders auch der älteren Menschen zu verbessern.

Allerdings können selbst weitgehende Differenzierungen nicht in jedem Fall sicherstellen, daß die Lage des einzelnen zureichend berücksichtigt wird. Künftig muß daher mehr als bisher die Möglichkeit geprüft werden, wie den Leistungsberechtigten innerhalb der Sozialleistungssysteme größere Entscheidungsmöglichkeiten eingeräumt werden können.

So werden nach Einführung einer flexiblen Altersgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung die Versicherten vom 63. Lebensjahr ab über den Beginn des Ruhestandes selbst entscheiden können.

Im Sozialbericht 1972 wird nicht nur dargestellt, welche Vorhaben die Bundesregierung bereits verwirklicht oder, wie das Rentenreformprogramm, dem Parlament zugeleitet hat; es wird vielmehr aufgezählt, woran das Bundesarbeitsministerium zur Zeit arbeitet. Hier ein Ausschnitt aus dieser gegenwärtigen Gesetzesvorbereitung:

- Das Gesetz zur Angleichung medizinischer und beruflicher Leistungen zur Rehabilitation soll allen Behinderten bei gleichen Tatbeständen gleiche Leistungen garantieren.
- Die Novellierung des Schwerbeschädigtengesetzes soll allen schutzbedürftigen Personen, ohne Rücksicht auf die Ursache ihrer Behinderung, die Hilfen des Gesetzes zugänglich machen.
- Der allgemeine Teil des Sozialgesetzbuches soll die sozialrechtliche Grundposition des Bürgers und die Leitideen der einzelnen Sozialleistungsbereiche aufzeigen, den Zu-

gang zu Sozialleistungen und zum Sozialrecht erleichtern sowie die Rechtstellung des einzelnen und sein Vertrauensverhältnis zur Sozialverwaltung stärken.

- Das zweite Arbeitsrechtsbereinigungsgesetz soll sowohl eine weitere Bereinigung und Vereinheitlichung der in mehreren Gesetzen verstreuten arbeitsvertragsrechtlichen Vorschriften als auch eine den modernen Gegebenheiten gerecht werdende Fortentwicklung des Arbeitsrechts erreichen.

Wie diese Maßnahmen sich auf die persönliche Situation des einzelnen ausgewirkt haben, wird nach ihrer Verwirklichung dann der Sozialbericht 1973 bringen. Er wird noch mehr als der diesjährige Sozialbericht zeigen, daß die sozialliberale Koalition von 1969 bis 1973 einen sozialpolitischen Rekord aufgestellt hat, der so bisher nicht erreicht wurde und so leicht wohl auch nicht übertroffen werden kann.

Schriftenreihe des
Forschungsinstituts
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Jakob Moneta

**Die
Kolonialpolitik
der französischen KP**

307 Seiten
broschiert 32,— DM

„Auf der Basis einer sorgfältigen Analyse der einschlägigen kommunistischen Presse (besonders der theoretischen Organe: bis 1924 ‚Bulletin Communiste‘, dann ‚Cahiers du Bolchévisme‘ und seit 1945 ‚Cahiers du Communisme‘, aber auch von Tageszeitungen und Flugschriften) gibt der Verfasser einen historischen Überblick über die Politik der KPF in Kolonialfragen. Es werden zahlreiche Dokumente abgedruckt. Die größte Aufmerksamkeit wird dem Algerienkrieg und den früheren französischen Kolonien in Afrika gewidmet.“

International Review
of Social History, Amsterdam

Verlag für Literatur und
Zeitgeschehen · Hannover

Die Dritte Welt

Vierteljahresschrift zum wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und politischen Wandel

Herausgegeben von Wolfgang Stilm Freund, Köln und Brühl. In Zusammenarbeit
mit Günter Endruweit, Saarbrücken, und Fritz Sack, Regensburg
(Die Zeitschrift erscheint dreisprachig)

Jahrgang 1 · Nr. 1/1972

Inhalt

Wolfgang S. Freund: Befürchtungen eines Entwicklungssoziologen — anstelle eines Vorwortes

Dietmar Rothermund: Marginalität und Elite in Entwicklungsländern

Maria Mies: Kulturanomie als Folge der westlichen Bildung — dargestellt am Beispiel des indischen Erziehungssystems

Uwe Simson: Kulturelle Determination und Modernisierung des Lehrstils

Claus Leggewie: Export von Arbeit — ein Entwicklungsfaktor? Behandelt am Beispiel der algerischen Einwanderer nach Frankreich

Hédi Eckert: La ville seconde — un modèle spontané d'urbanisation?

Demosthenes Savramis: Griechenland zwischen Tradition und Fortschritt

Axel Schmalfuß: Africa's Magnetism and the Negro Artist in the USA

Axel Schmalfuß: Abstracts in English

Wolfgang S. Freund: Résumés en français

Buchbesprechungen

Karl Otto Hondrich: Wirtschaftliche Entwicklung, soziale Konflikte und politische Freiheit. Bestimmungsgründe politischer Partizipationsrechte in soziologischer Analyse. (Günter Endruweit)

Institut für Auslandsbeziehungen, Tätigkeitsbericht 1970. — Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes. Jahresbericht 1970. (Wolfgang Stilm-Freund)

Algerischer Staat. Dokumente über die Beziehungen zwischen Algerien und den französischen Erdölgesellschaften. (Claus Leggewie)

Jahrgang 1 · Nr. 2/1972

Inhalt

Women Emancipation in Algeria by Camilla Fawzi, Cologne and Cairo

Der hyphenierte Äthiopier. Von Gedamu Ababa und Solomon Deressa. Original-Titel: The Hyphenated Ethiopian. Addis Reporter, vol. 1, No. 6 und 7, Februar 1969. Übersetzt und eingeleitet von Ivo Strecker, z. Z. Addis Abeba

Von der Selbstverherrlichung zur Selbstkritik. Zur Kritik des politischen Schrifttums der zeitgenössischen arabischen Intelligenz von Bassam Tibi, Damaskus und Frankfurt a. Main
The Politics of Development Aid, its Planning, Financing, and Strategy in the Seventies, by Marion Muekat, Tel Aviv

Buchbesprechungen

Gérard Chaliand: Bewaffneter Kampf in Afrika

Basil Davidson: Die Befreiung Guineas

Conrad Schuler: Zur politischen Ökonomie der Armen Welt

Aydin Gürkan: Flucht vor Industrialisierung in Entwicklungsländern

Institut für Auslandsbeziehungen (Stuttgart): Über Land und Meer — 1972

Gert von Paczensky: Unser Volk am Jordan? Hans Habe: Wie einst David —

Gustav Faber: Brasilien, Weltmacht von morgen

Sigrid Hunke: Das Ende des Zwiespalts

G. Schmolders: Der Unternehmer im Ansehen der Welt

Mehri Hekmati: Alienation, Family Ties, and Social Position as Variables Related to the Non-Return of Foreign Students

Eva M. Mariachen: Das Publikum der Goethe-Institute in Rom und Tunis

Ulrike Ries (Hrsg.): Entwicklungshelfer Internationales Jahrbuch für Religionssoziologie — Joachim Matthes (Hrsg.): Band 5, 6 und 7

Wilhelm Josef Otto: Religionsbedingte Sozialkonflikte im Congo, aufgewiesen am Beispiel des Stammes der Bayaka

José González: Dom Heider Camara — Bischof und Revolutionär

Marcel Niedergang: 20mal Lateinamerika Zeitschriftenübersicht

Verlag Anton Hain

D-6554 Melsheim · Postfach 180 · Germany-W

Rundfunkfreiheit, Parteikontrolle und Kommerzialisierung

Die medienpolitischen Auseinandersetzungen in Bayern als Testfall für die Bundesrepublik

Die CSU hat am 24. 2. 1972 ein Gesetz zur Novellierung des Rundfunkgesetzes durchgesetzt, unterschrieben von Dr. Ludwig Huber persönlich, das folgendes bezweckt:

- Eine Vergrößerung des Rundfunkrates von 41 auf 59 Mitglieder. Dazu kommen sollen 12 Abgeordnete (8 CSU, 4 SPD; für je angefangene 10 Abgeordnete einer; bisher: für je angefangene 25). Weiter: neue Vertreter der Zeitungsverleger, der Arbeitgeber, des Bundes Naturschutz, der freien Berufe etc.
- Zustimmungspflichtigkeit der Einstellung von Hauptabteilungsleitern durch den (neu besetzten) Rundfunkrat; Die Berufung von Direktoren und Hauptabteilungsleitern soll künftig nur noch auf 5 Jahre erfolgen (Kettenverträge). Es wird eigens bestimmt, daß „Personalangelegenheiten“ im Rundfunkrat unter Ausschluß der Öffentlichkeit beraten werden sollen.

1

Die CSU behauptet, mit der Änderung des Rundfunkgesetzes eine „Demokratisierung“ des Bayerischen Rundfunks anzustreben; sie stützt diese kühne These durch den Hinweis auf eine angebliche Verstärkung des Gegendarstellungsrechts der Hörer und Zuschauer und auf die Verankerung eines sogenannten Beschwerderechts. Um jeder Legendenbildung von vorneherein entgegenzuwirken: alle diese (durchaus populären) Behauptungen sind reine Bauernfängerei.

- Das längst im Rundfunkgesetz verankerte Gegendarstellungsrecht wird im CSU-Gesetz nur durch eine völlig unwirksame neue Verfahrensregel „bereichert“: das Verlangen nach Gegendarstellung soll „schriftlich beschleden“ werden. Dies ist auch bisher immer geschehen. 1970 gab es im Bayerischen Rundfunk drei Verlangen nach Gegendarstellung; allen dreien wurde Rechnung getragen. Der Intendant zu diesem „Reform“-Verlangen: „Keinerlei Neuerung“.
- Auch das „Beschwerderecht“ hat es immer gegeben; wer an den Intendanten schrieb,



Dr. Peter Glotz

bekam eine Antwort. Nichts anderes besagt der von der CSU vorgeschlagene Artikel.

Die CSU versucht, hinter diesen beiden völlig unwirksamen Scheinverbesserungen des Hörer-und-Zuschauer-Rechts ihre eigentliche Absicht zu verbergen: die Parteiloyalisierung des Rundfunks, die Disziplinierung der Hauptabteilungsleiter, die Erschwerung oder gar Verhinderung von Kritik.

Was die CSU eigentlich will, haben die beiden Protagonisten der CSU-Rundfunkpolitik, die Abgeordneten Handlos und Stein, längst ganz offen gesagt. So schrieb Handlos am 10. 1. „vertraulich“ an alle CSU-Kollegen im Landtag: „Wie erfolgreich die SPD in ihrem Sinne in den Rundfunkhäusern und Fernsehanstalten der ARD bzw. des ZDF arbeitet, dürfte dem letzten Zweifler nach der Sendung mit dem Quizmei-

ster Hans-J. Kulenkampf am 18. 12. 1971 klar geworden sein. Nicht nur für die CDU, auch für die bayerische CSU ist es mittlerweile – und nicht nur im Hinblick auf die Bundestagswahlen 1973 – höchste Zeit, den Standort in der Medienpolitik zu überdenken und die entsprechenden Schlüsse daraus zu ziehen.“ „Nicht nur im Hinblick auf Bundestagswahlen“ – klarer gehts nimmer. Und die beiden Worte „entsprechende Schlüsse“ hat Franz Handlos auch noch unterstrichen. Das jetzt vorliegende Gesetz ist ein solcher „Schluß“.

Durch die Zustimmungsbedürftigkeit der Einstellung von Hauptabteilungsleitern durch den Rundfunkrat in Verbindung mit 5-Jahres-Verträgen werden die leitenden Mitarbeiter unter Druck gesetzt. Die Angst, nach 5 Jahren nicht bestätigt zu werden, wird sie (gegenüber der Mehrheit des Rundfunkrates) in den meisten Fällen willfährig machen!

Die CSU sagt: 5-Jahres-Verträge ermöglichen es, personelle Fehlgriffe wieder gut zu machen. Richtig ist: 5-Jahres-Verträge allein wären diskutabel. Im Zusammenhang mit der Veränderung des Rundfunkrates und der Zustimmungspflicht aber ist die Absicht eindeutig!

Die CSU sagt: Mehr Abgeordnete bedeuten immer mehr Demokratie.

Richtig ist: Die Gesellschaft hat viele mögliche „Gliederungen“; gesellschaftliche Kontrolle darf daher nicht nur durch Abgeordnete, sondern muß ebenso durch Vertreter gesellschaftlicher Gruppen (Gewerkschaften/Kirchen/Berufsverbände etc.) ausgeübt werden. Der Abgeordnete wird als Mitglied seiner Partei, seines Stimmkreises gewählt – und nicht als Rundfunkexperte. Abgeordnete haben überdies bitter wenig Zeit zur Beobachtung des Mediums.

Der Fernsehbeauftragte der Evangelischen Kirche in Deutschland, Pfarrer Dr. Robert Geisendörfer, schrieb in einem Brief an Dr. Ludwig Huber vom 2. 2. 1972 zu diesem CSU-Gesetz: „Man sollte die Zahl der Rundfunkratsmitglieder nicht in einer Weise steigern, die Uneffektivität zur Folge hat und zu unguter Fraktionsbildung führt. Der quantitativ ihrem Vorhaben ähnelnde Fernsehrat des ZDF ist dafür ein Beispiel. Die Abgeordneten des Bayerischen Landtags sollten sich daran erinnern, daß sich eine gewisse Distanz des Rundfunks vom Staat in Bayern bewährt hat und daß Mißbrauch des Rundfunks immer etwas mit Mißachtung der Demokratie zu tun gehabt hat. Eine Vertretung

des Bayerischen Landtags, in der Weise, daß jede Fraktion für je angelangene 10 Angehörige ein Mitglied entsendet, ist nicht ein Mehr an Demokratie, sondern es ist ein Mehr an Politisierung ...

Zeitverträge schaffen existenzbedrohende Abhängigkeiten.“

Das CSU-Gesetz wurde, wie gesagt – trotz härtestem Protest auf breiter Front –, am 24. 2. 1972 verabschiedet. Es ist aber nur der erste Streich. Demnächst will die CSU privaten Rundfunk. Wie sie sich das vorstellt, hat Erwin Stein, CSU-MdL, der staunenden Öffentlichkeit klargemacht. Im Februar 1971 schon lieferte er den „Fernseh-Informationen“ folgenden klassischen Dialog. Die „Fernseh-Informationen“ fragten, wo „Bevölkerungskreise, die nicht zu den Besitzenden gehören, die nicht über finanzielle Mittel verfügen“ beim Privatfunk blieben. Steins Antwort: „... die können natürlich keinen betreiben. Wir können nicht dem Lieschen Müller sagen, weil Du so arm dran bist, kriegst Du die Konzession für einen Rundfunk.“

Das ist „Demokratisierung“ nach dem Rezept der CSU. Nun ist zwar zuzugeben: Handlos und Stein sind nicht gerade die überlegtesten Konservativen in diesem Lande; eher im Gegenteil. Aber daß solche Scharfmacher sich in der CSU durchgesetzt haben, ist katastrophal. Katastrophal vor allem für ein Land, in dem diese Partei die absolute Mehrheit hat.

Die CSU – das ist das Fazit der Rundfunk-Diskussion – fürchtet, daß die Nachdenklichen in diesem Land (und Rundfunkredakteure gehören oft zu den Nachdenklichen) den Endkampf des alternden Strauß um die Macht nicht mitmachen wollen. Sie berichten zwar – das ist ihr Beruf – objektiv über seinen Versuch, die Parolen der Deutschnationalen und der Bayerischen Volkspartei der zwanziger Jahre wieder aufleben zu lassen; aber sie sehen ihn, in der Mehrheit, ohne Sympathie, weil sie das Ende kennen. Die CSU hat sich entschlossen, diese Leute nicht mehr überzeugen zu wollen; sie will sie überwältigen und unbequemen Kritikern das Maul stopfen. Eine konservative Partei hat sich auf den Weg ins provinzielle Mukkertum, in die Reaktion gemacht.

2

Die klassische Antwort der Konservativen auf diese Analyse ist der triumphierende Hinweis auf Rundfunkgesetze in anderen, sozialdemokratisch regierten Bundesländern. Und in der

Tat bestimmt — beispielsweise — der Artikel 8 Abs. 2 des WDR-Gesetzes, daß alle Rundfunkräte durch den Landtag zu wählen sind. Art. 21 Abs. 2 a verlangt die Zustimmung des Verwaltungsrates zum Abschluß von Anstellungsverträgen mit leitenden Angestellten.

Nun kann man gegen derartige „Entschuldigungen“ der CSU vieles vorbringen. Beispielsweise ist die Zahl der aktiven Politiker im Rundfunkrat des WDR weit geringer als heute im BR: nur 4 (von 21) Mitglieder dürfen dem Land- oder Bundestag angehören (Art. 8, Abs. 3). Das WDR-Gesetz stammt übrigens nicht von der SPD, es wurde zur Regierungszeit der CDU erlassen und beschlossen: und nicht als parlamentarischer Blitzfeldzug zur publizistischen Vorbereitung einer Bundestagswahl. Und vor allem: in Nordrhein-Westfalen waren die Mehrheiten der einen oder anderen Seite nie so erdrückend wie in Bayern. Vielleicht funktionierte das Gesetz deshalb — dort, wo es funktionierte.

Alle diese Antworten sind aber letztlich nicht voll überzeugend. Die sozialdemokratische Medienpolitik muß von der Resolution zur Wirklichkeit durchstoßen; und das bedeutet auch, daß die Sozialdemokratie in Ländern, in denen sie regiert, nicht praktizieren darf, was sie bekämpft, wo sie in der Opposition steht.

Deswegen in aller Klarheit: die Praxis im Bereich von WDR und NDR lehrt, daß eine allzu starke Politisierung der Aufsichtsgremien von Übel ist. Der Zirkus bei der letzten Wahl des WDR-Intendanten von Bismarck, das gegenseitige Blockieren der großen Parteien im Verwaltungsrat des NDR zeigen jedem Kundigen, daß die dortigen Gesetze reformiert werden sollten.

Sozialdemokraten sollten diese Reform einleiten: Die gesellschaftlich relevanten Kräfte sollten ihre Rundfunkräte selbst wählen; Programmebene und Aufsichtsebene sollten streng getrennt werden, die Rundfunkratssitzungen sollten öffentlich sein, über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Rundfunkhäusern muß befunden werden. Forderungen nach demokratischer Machtkontrolle werden nur dann abgenommen, der sie nicht vergißt, wenn er selbst die Macht hat.

3

Und noch eine andere medienpolitische Initiative der letzten Zeit wird in der konservativen Argumentation eine große Rolle spielen. Dies

ist der Vorschlag des sozialdemokratischen österreichischen Bundeskanzlers Dr. Kreisky, den österreichischen Zeitungsverlegern einen Rundfunkkanal zur Verfügung zu stellen. Kreisky sagte in seiner Rede auf dem SPÖ-Parteitag in Villach wörtlich:

„Die Herausgeber der Zeitungen wollen Förderungsmaßnahmen, aber es scheint mir jedenfalls höchst fragwürdig zu sein, ob solche auf Kosten des Steuerzahlers vertretbar sind — auch der Verzicht auf Steuermittel geht auf Kosten des Steuerzahlers.“

Ich möchte ... in aller Öffentlichkeit zur Diskussion stellen, ob nicht der beste Weg der wäre, eine Genossenschaft aller österreichischen Zeitungsherausgeber zu bilden, und dieser das Recht zu geben, eine 2. Rundfunkgesellschaft zu betreiben. Bis zur Schaffung des dritten Kanals könnte durch einen besonderen Vertrag der zweite Kanal zur Verfügung gestellt werden.

Die hierfür zu entrichtenden Kosten könnten dem Rundfunk helfen, sein Defizit zu decken und mit dem Gewinn dieses zweiten Rundfunks könnte nach einem zu vereinbarenden System die Pressförderung erfolgen. Es scheint mir möglich, hier gemeinsam mit der Presse einen gangbaren Weg zu finden ...

Auch hier wären wieder viele „Entschuldigungen“ möglich. So hat Kreisky klipp und klar gesagt, daß sein Vorschlag nur als Anregung zur Diskussion zu betrachten sei. Auch muß man die besonderen österreichischen Verhältnisse in Betracht ziehen: Die österreichischen Sozialdemokraten fühlen sich durch den ORF schwer benachteiligt und sind durch den Konzentrationsprozeß der Presse und die Subventionswünsche der Zeitungsverleger beunruhigt.

Trotzdem sollte man klar sehen, daß alle diese Gründe nicht ausreichen, um Kreiskys Vorstoß zu rechtfertigen. Hätte er — um dem österreichischen Rundfunk eine Konkurrenz entgegenzusetzen — eine öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt vorgeschlagen, hätte kein Konservativer seine Argumentation zur Unterstützung eigener Pläne mißbrauchen können. In der vorliegenden — unklaren — Formulierung aber wittert man nun landauf, landab einen Bruch mit sozialdemokratischer Programmatik. Auch wenn — wie Kreisky betont hat — die Einrichtungen des Rundfunks beim Staat verbleiben sollen (der österreichische Rundfunk ist ja eine privatrechtliche Institution in der Hand des

Staates), bleibt doch die Übertragung der Nutzungserlaubnis ausgerechnet an die Zeitungsverleger eine ausgesprochen fragwürdige Maßnahme. Denn hier würde eine neue Form des „Medienverbunds“ geschaffen: die Verleger, die sowieso schon über publizistische Mittel, nämlich ihre Zeitungen verfügen, dürften ihre Meinungen auch noch über den Rundfunk verbreiten. Daß dies kein gangbarer Weg ist, um Meinungsmonopole aufzubrechen, liegt wohl auf der Hand.

Kreisky befand sich, als er seinen Vorschlag machte, geradezu in einer klassischen medienpolitischen Situation, die wir auch in Deutschland kennen. Der Rundfunk braucht mehr Geld. Mehr Geld wäre nur über Gebührenerhöhung oder eine Erweiterung der Werbezeiten möglich. Als nun überdies die Verleger noch Subventionen verlangten, muß den Mitarbeitern des Bundeskanzlers der geniale Einfall gekommen sein, diese Probleme auf einen Schlag zu lösen: eben durch jene Rundfunkgesellschaft der Verleger, die einerseits Gebühren an den Rundfunk hätte zahlen müssen und andererseits den Verlegern weitere finanzielle Mittel zuschanzen sollte.

Aber in dieser Rechnung stecken viele Denkfehler. Einmal muß man bedenken, daß die Verleger sich mit einer eigenen Rundfunkanstalt, was die Werbeeinnahmen betrifft, selbst Konkurrenz machen würden. Das Werbeaufkommen der österreichischen Industrie ist sicherlich um ein ganzes Stück, jedoch nicht unbegrenzt, zu erhöhen. Da würde mancher Betrag nur von der einen Tasche in die andere wandern — ohne substantielle Verbesserung der finanziellen Lage der Verleger. In Deutschland haben sie das — nach geradezu wilden Anstrengungen für ein kommerzielles Verleger-Fernsehen Mitte der 60er Jahre — inzwischen eingesehen.

Zum anderen ist die Angst vor einer mäßigen Erhöhung der Werbeeinschaltungen im Fernsehen (die auch ein Motiv für Kreiskys Vorschlag waren) unbegründet. Eine derartige Erhöhung würde, wie zahlreiche Untersuchungen beweisen, das Werbeaufkommen der Zeitungen nicht entscheidend schmälern. Das Werbegeschäft der Zeitungen basiert viel stärker auf regionalen als auf nationalen und übernationalen Werbeeinschaltungen. Die Finanzprobleme beim Rundfunk wären also sowohl mit einer mäßigen Erhöhung der Werbezeiten als auch mit einer mäßigen Gebührenerhöhung zu

lösen. Dies gilt für Österreich wie für Deutschland. Es ist besser, zu derartigen, sicherlich unpopulären, Maßnahmen den Mut aufzubringen, als den Rundfunk privaten Veranstaltern auszuliefern.

Mit einer Erhöhung der Werbezeiten wäre übrigens der Druck der Industrie in Richtung auf ein privates Fernsehen weitgehend weggenommen. Auch dies ist ein entscheidender Grund für eine derartige Maßnahme.

Kurz und gut: Der Vorschlag Kreiskys würde die rundfunkpolitischen Probleme Österreichs nicht lösen. Er ist abzulehnen. Die sozialdemokratischen Parteien Europas sollten bald zu einer Koordination ihrer Kommunikationspolitik kommen; sonst spielen uns die Konservativen gegeneinander aus. Dann ist es nur ein schwacher Trost, wenn man darauf verweisen kann, daß sich die Konservativen auch keineswegs einig sind: in Österreich protestiert ironischerweise ausgerechnet die konservative Volkspartei gegen Privatfunkpläne, wie sie die CSU in Bayern betreibt. Verkehrte Welt.

4

Wer die rundfunkpolitische Szene in Bayern betrachtet, sollte sich hüten, sich mit dem berühmten Bayern-Kommentar Willy Brandts zu beschwichtigen: In Bayern gingen „die Uhren eben anders“. Niemand sollte sich täuschen: Die bayerische Ortszeit könnte bald bundesweit gelten. Die Union macht Bayern zum Exerzier- und Aufmarschfeld für ihre aggressive Medienpolitik. Sie strebt — wie die Fraktionsvorsitzenden ihrer Bundestags- und Landtagsfraktionen eindeutig festgestellt haben — überall eine Privatisierung und Kommerzialisierung des heute öffentlich-rechtlich organisierten Rundfunks an. Bayern soll der zweite „Testfall“ werden: hier soll nach dem ersten Versuch im kleinen Saarland (1967) der große Durchbruch des privaten Kapitals in den Rundfunk endlich gelingen.

Die Situation ist für die Opposition jedoch nicht ungünstig. Bayerns Verfassung enthält die Möglichkeit eines Plebiszits: das „Volksbegehren“. Nachdem die CSU durch ihre dillatantisch-plumpen Eingriffsversuche in die Rundfunkfreiheit viele gesellschaftliche Kräfte, darunter beide christliche Kirchen, gegen sich aufgebracht hat, hat sich jetzt ein überparteiliches Bürgerkomitee gebildet, das ein derartiges Volksbegehren betreibt. 90 000 Unterschriften sind für die erste Stufe (den Antrag, für den 25 000

Stimmen gereicht hätten) bereits gesammelt. Im zweiten Schritt müssen 10 Prozent der wahlmündigen Bürger Bayerns sich in die Listen eintragen, die in den Gemeinden ausgelegt werden. Im dritten Schritt, dem sogenannten „Volksentscheid“, reicht die Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Das Volksbegehren hat das Ziel, durch eine Änderung der Landesverfassung eine Parteilisierung und Kommerzialisierung des Rundfunks zu unterbinden. Im Antrag des Komitees, dem Vertreter kirchlicher Organisationen, DGB, SPD, FDP und viele prominente Einzelpersonen angehören, heißt es: „In die Bayer. Verfassung wird folgender Artikel 111 a aufgenommen:

Abs. 1: Hörfunk und Fernsehen werden ausschließlich von öffentlich-rechtlichen Anstalten betrieben. Die Anstalten werden von einem Rundfunkrat kontrolliert, der aus einem Vertreter der Staatsregierung, drei Vertretern des Senats, nach Maßgabe des Abs. 2 aus Vertretern des Landtags, sowie aus Vertretern der bedeutsamen weltanschaulichen und gesellschaftlichen Gruppen besteht. Der Anteil der Vertreter der Staatsregierung, des Senats

und des Landtags darf ein Drittel nicht übersteigen.

Abs. 2: Der Landtag entsendet für je angefangene 20 Mitglieder seiner Fraktionen einen Vertreter aus deren Mitte. Die weltanschaulichen und gesellschaftlichen Gruppen wählen oder berufen ihre Vertreter selbst.“

Zuerst gab es viele zaghafte, übervorsichtig-kritische Stimmen: Viele fürchteten die Wirksamkeit konservativer Agitation gegen „das Fernsehen“. In der Zwischenzeit ist diese Kritik abgeflaut; man spürt die breite Unterstützung aus den Kirchen, aus den Gewerkschaften und selbst aus dem liberal-konservativen Lager. Trotzdem: Keiner kann einen Sieg über die CSU – die alles aufbieten wird – mit Sicherheit voraussagen. Nur: An diesem Konfliktfall muß gezeigt werden, daß die Opposition alle, aber auch alle Mittel aufbietet, um den Rückschritt in die scheinheilige Provinz-Idylle abzublocken. Hier müssen vor allem die Sozialdemokraten „stehen“.

Die rundfunkpolitischen Auseinandersetzungen in Bayern sind, es muß noch einmal wiederholt werden, ein Testfall für die Bundesrepublik. Wenn privater Rundfunk dort qua Landesverfassung verhindert wird, bedeutet dies eine Haltemarkierung auch für andere Bundesländer. Der Kampf in Bayern verdient deshalb bundesweite Unterstützung.

„Die öffentlich-rechtliche und föderalistische Struktur, in der Hörfunk und Fernsehen in der Bundesrepublik Deutschland organisiert sind, entspricht der Forderung des Grundgesetzes nach Meinungsfreiheit und nach Freiheit der Information. Diese Struktur hat sich bewährt.

Die Privatisierung und Kommerzialisierung des Rundfunks müssen verhindert werden. Dazu notwendige Änderungen von Gesetzen, Staatsverträgen und gegebenenfalls des Grundgesetzes sind unter Berücksichtigung neuer Kommunikationssysteme anzustreben. Presse, Hörfunk und Fernsehen können wegen ihrer weitreichenden Wirkungen und der

Gefahr des Mißbrauchs zum Zwecke einseitiger Einflußnahme auf die öffentliche Meinung nicht dem freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte überlassen werden.

Gesellschaftliche Meinungsvielfalt und kultureller Standard der Programmgestaltung dürfen nicht den Profitinteressen kommerzieller Veranstalter geopfert werden. Aus diesem Grund ist die Überlassung von Hörfunk- und Fernsehsektoren an private Wirtschaftsgruppen ausgeschlossen.“

(Aus der Entschließung des außerordentlichen Parteitags der SPD 1971 in Bonn „zur Lage und Entwicklung der Massenmedien in der Bundesrepublik Deutschland“)

DOKUMENTE

Zeitschrift für übernationale Zusammenarbeit

Chefredakteur Paul Schallück

Aus dem Inhalt von Heft 1/1972:

Arbeiter und Literatur

Josef Reding	Zwischen Fabrikator und Fernsehschirm
Charles Marie Paumat	Les Maisons de la culture
Hanne-Lore von Canitz	Schreibende Arbeiter in der DDR
Christian Ferber	In England keine Klassenkunst
Marian Szyrocki	Der Arbeiter in der polnischen Literatur
Gustav Korlén/Vegesack	Von Strindberg bis 1972
Nicolò Mineo	Dante für italienische Arbeiter?
Hubert Maessen	Ist hier zufällig ein Arbeiter im Saal?

Großes Echo fand Heft 4/1971:

Die Emanzipation der Frau in Europa

Analysen aus Ost und West

Originalberichte aus Frankreich, England, Holland, Griechenland, Skandinavien, Spanien, Israel und den sozialistischen Ländern.

Bundesrepublik – Deutsche Demokratische Republik
(Eine vergleichende Untersuchung)

Erika Runge, Interview mit Frauen aus der DDR

DOKUMENTE

Preis DM 3,50 · Jahresabonnement 4 Hefte DM 12,- · Studenten DM 9,-

Bezug bei Ihrem Buchhändler oder VERLAG DER DOKUMENTE

5 KÖLN 1, Hohenstaufenring 11

Wege zur Nation: Von Italien bis zu den USA

„Staat und Nation der Deutschen“ waren im letzten Heft der NG Gegenstand eines ausführlichen Beitrages von Carlo Schmid. In der weiteren Behandlung des Themas setzt er sich im folgenden mit Bedeutung und Bedeutungswandel des Begriffs „Nation“ und mit der Entwicklung fremder Nationen (Italien, Frankreich, England, USA) auseinander.

I.

1. Diskussionen über Begriff und Realität der Nation sind wieder aktuell geworden. In der Dritten Welt sind neue Staaten entstanden, die sich auf das Nationalitätenprinzip beziehen, weil ihre Bevölkerungen im Befreiungskampf gegen die einstigen Kolonialmächte zu Nationen geworden seien und für sich nach innen und nach außen alle jene Rechte in Anspruch nähmen, die seit zwei Jahrhunderten von den klassischen Nationalstaaten geltend gemacht werden. In Europa, wo es nach 1945 zunächst den Anschein hatte, als seien die Völker des Nationalstaates müde geworden, und wo man im Begriffe steht, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu politisieren, wird vielerorts die Frage erörtert, ob in diesem Europa die Nationen nicht aufhören sollten, politische Individualitäten bleiben zu wollen.

Für uns Deutsche ist die Frage, was denn heute sich Deutsche Nation nennen könne, aus dem Bereich abstrakter Spekulationen herausgetreten und zu einem Element praktischer Politik geworden: der Auftrag des Grundgesetzes der Bundesrepublik und der Anspruch der DDR, nach Inhalt und Form die heute zeitgerechte politische Verkörperung der deutschen Nation zu sein, stehen sich in der konkreten Politik der beiden deutschen Staaten scheinbar unvereinbar gegenüber. Sie wirken sich über Deutschland hinaus auf die Politik der Mächte aus. Zudem stellt die Frage nach Idee und Wirklichkeit der Nation in Deutschland einen Faktor dar, der vielleicht mehr als irgendein anderer ein beherrschendes Element der Krise

ist, darin sich die neue Jugend und die Generation, die sich der angeblich so heften Welt ihrer Jugendzeit verpflichtet fühlt, in gegenseitigem Mißverständnis zu entzweien drohen. Es lohnt sich daher, sich Klarheit darüber zu verschaffen, was es denn mit der Nation auf sich hat. Ist sie notwendig und sogar das schlechthin Gute für die Ordnung der Welt, oder ist sie, wie nicht wenige gerade der jungen Deutschen meinen, ein Übel, zumindest eine abgestandene Ideologie der Großväterzeit, der man in gelassener Gleichgültigkeit gegenüberzutreten sollte, solange es nicht gelingt, an ihre Stelle neue Ordnungsformen der Völker zu setzen, z. B. eine klassenlose Gesellschaft oder den reinen Zweckstaat.

2. Die Epoche des Nationalstaates hat es mit sich gebracht, daß Staat und Nation immer wieder zusammengesehen wurden und werden. Nun aber hat es lange schon Staaten gegeben, ehe man glaubte, daß ein Staat sich notwendig auf eine Nation beziehen müsse, ja, daß er etwas mit dem Willen und dem Selbstbewußtsein des Volkes zu tun habe, das innerhalb seiner Grenzen lebt. Daß Nation und Staat in begriffsnotwendige Beziehung traten, ist ein spätes Stadium einer langen Entwicklung. Wie und wo dies geschah, soll der Gegenstand dieser Abhandlung sein, die naturgemäß in Betracht des geringen dem Verfasser zur Verfügung stehenden Raumes nur auf einige ihm wesentlich erscheinende Aspekte wird eingehen können.

3. Über die Definition des Staatsbegriffes ist man sich im Formalen seit langem einig. Dagegen streitet man immer noch darüber, was ein guter, was ein „rechter“ Staat ist. Allgemeine Übereinstimmung besteht darüber, welche formalen Eigenschaften eine Gebietsherrschaft aufweisen muß, die als Staat gelten will. Danach ist „Staat“ jede rechtlich geordnete Gebietskörperschaft, deren Bevölkerung auf einem bestimmten Gebiet durch eine geschlossene Rechtsordnung zusammengehalten wird und einer einheitlichen Herrschaftsgewalt un-

tersteht, deren Gebote sie befolgt. Diese Ordnung kann demokratisch sein; sie kann die Herrschaft einer Klasse darstellen; sie kann monarchisch oder republikanisch sein; sie kann sich den Charakter einer Art von Heilsanstalt für die Ordnung der irdischen Dinge zumessen, die das Dasein ihrer Bewohner ausmacht. Freilich fällt es uns heute nach zwei Jahrhunderten immer weiter fortschreitender Demokratisierung schwer, uns mit dieser formalen Definition zu begnügen. Wir verlangen heute, daß ein Staat sich in einer spezifischen, freilich mit der Zeit sich immer wieder verändernden Weise auf das Volk, das in seinen Grenzen wohnt und ihn erschaffen oder zumindest konstituieren will, bezogen fühlen muß. Die Art und Weise, wie dies verwirklicht wird, bestimmt die humanen und moralischen Qualitäten eines Staates, zu dessen Befugnissen es ja gehört, Menschen Pflichten aufzuerlegen — wie wir heute meinen, Pflichten, deren Notwendigkeit und Sinn von der Gemeinschaft der Betroffenen begriffen und anerkannt sein müssen. Damit stellt sich das Problem der Nation, denn, um solcherweise auf den Staat bezogen sein zu können, muß sich das Staatsvolk als ein politisch handelndes Subjekt begreifen können. Der moralisch und rational legitime Staat geht aus einem Akt des Selbstbewußtseins seiner Bewohner hervor; er ist ein Stück „Aufklärung“ im Sinne der Definition, die Immanuel Kant dieser gibt: *„Der Ausgang des Menschen aus selbstverschuldeter Unmündigkeit.“*

4. Wir haben in diesem Kontext zu unterscheiden zwischen dem, was wir schlicht die Bevölkerung des Staatesgebietes nennen können — diese kann ein bloßes passives Substrat der Staatsgewalt sein; sie kann ein „Volk“ sein, das heißt aus einer oder mehreren ethnischen Gruppen bestehen — naturhaft wachsenden Gebilden, deren Mutterboden von den Grenzen des Staates zusammengehalten wird, die den Staat erleiden oder mit ihm einverstanden sind, ohne seine Entstehung und sein Leben bestimmen zu können oder bestimmen zu wollen. Wir wissen, wie lange dies in der Geschichte der feidige Normalfall gewesen ist. Diese Völker können ihre eigenen Sitten und Gebräuche, ja sogar eigene Rechtsvorstellungen über die Beziehungen der Individuen zueinander haben; die ethnischen Gruppen können ein eigenes Geschichtsbewußtsein haben, wie zum Beispiel die Schotten und die Waliser in Großbritannien, die Tschechen, Kroaten in der österrei-

chisch-ungarischen Doppelmonarchie, die Basken in Spanien, die Südtiroler in Italien; doch stehen diese Nationalitäten dem Staat nicht als eigene politische Willensträger gegenüber. In manchen Staaten — der Schweiz, Jugoslawien, Belgien — macht ihr Verbund die Staatsnation aus; ihr kulturelles Bewußtsein kann durchaus, wie auch ihr geschichtliches Bewußtsein, Staatsgrenzen überlappen. Zur Nation gehört die eigene gewollte Geschichte, und diese hat in diesem Kontext seit zwei Jahrhunderten immer in Beziehungen zu einem Staat gestanden; dabei durchdringen sich sehr schwer entmischbar Erfahrenes und Erlebtes (Jacob Burckhardt), das heißt sowohl naturhaft Gewachsenes als auch von der Geschichte Geformtes und damit relativ Stabiles und Veränderliches, denn Geschichte ist ständige Veränderung von Vorgefundenem. Darum ist den Nationen immer etwas Fließendes zu eigen (Meinecke).

II.

1. Was bei den verschiedenen Völkern und innerhalb der verschiedenen Kulturbereiche unter Nation verstanden wurde, betraf nicht immer dieselben Sachverhalte. Die Wortinterpretation kann uns nicht weiterführen. Nation bedeutete ursprünglich nichts anderes als den Herkunftsort eines Menschen oder seines Geschlechtes. Berühmt ist die Selbstkennzeichnung Dante Alighieris auf dem Titelblatt seiner „Göttlichen Komödie“: *Florentinus natione, non moribus* (Florentiner der Herkunft, nicht der Lebensführung nach).

Unter Nation verstand man an den Universitäten des Mittelalters die Landsmannschaften, in die sich die Studenten gliederten. Mehr wurde dadurch nicht ausgesagt, denn wie hätten sonst in der *Natio Germanica* oder *Teutonica* da und dort auch die Polen und die Ungarn zusammengefaßt werden können, während die Sachsen und die Rheinländer eigene „Nationen“ bildeten?

2. Die erste Definition, die für unsere Betrachtung von Interesse sein kann, findet man bei Cicero. Für ihn ist das staatstragende Volk eine Gemeinschaft von Menschen, die sich durch identische Vorstellungen von dem, was ihnen nützlich sein könnte, kraft rechtlicher Institutionen zusammengeschweißt wissen. Diesem utilitaristischen Begriff stellt fast fünf Jahrhunderte später aus christlicher und platonischer Sicht der Heilige Augustinus einen anderen gegenüber: danach sei ein rechtes Volk

jenes, dessen Staat den Menschen Frieden und Recht garantieren kann und das eine der Vernunft zugängliche Gemeinschaft von Menschen darstellt, die sich durch gemeinsame Liebe zu gemeinschaftlich anerkannten Werten vergemeinschaftet wisse — eine Vorstellung, die neben dem Bilde des Gottesstaates und des Gott wohlgefälligen irdischen Staates, der eine Abspiegelung des himmlischen Jerusalem sein soll, viel zum Selbstverständnis des Heiligen Römischen Reiches als einer Art irdischer Heilsanstalt beigetragen hat.

Beiden Begriffsbestimmungen ist gemeinsam das voluntaristische Element: ein Volk wird geschichtsmächtig sowie selbstverantwortlich und steigt dadurch über das naturhafte, nur geschichtsträchtige Volksein zur Nation auf, wenn die Menschen, die es ausmachen, diesen Zustand wollen. Nation ist ein Volk nicht von Natur aus, sondern weil es Nation sein will. Hier zeichnet sich schon eines der Elemente der Kontroversen über den Begriff der Nation ab, denn dieser Definition steht die andere gegenüber, daß die Nationen in einem Naturprozeß aus dem Dunkel der Geschichte aufsteigen und im Laufe der Zeit im Zuge eines langen Wachstums eine eigenständige politische Identität ausbilden, die zum Ausdruck kommt in der gemeinsamen Sprache, in der Gemeinsamkeit der Sitten und in gemeinschaftlich „gewachsenen“ Vorstellungen von Gut und Böse, wie dies im klassischen Griechenland der Fall gewesen sei, wo „Hellenen sein“ darin bestand, daß man von den Vorfahren her an einer gemeinsamen Götterwelt teilhatte, an den Spielen zu Olympia und am Heiligtum zu Delphi, dies alles gemeinsam erlebt vor dem Hintergrund der homerischen Gesänge. Zuletzt mündete diese Vorstellung von der Nation in dem Glauben, daß die Nationen Gedanken Gottes seien, also von jeher mit einer besonderen Individualität begabte Faktoren der Weltordnung. Die voluntaristische Vorstellung ist am reinsten in Frankreich ausgebildet worden, die genuine im deutschen Kulturbereich, von dort ausgehend, bei den westslawischen Völkern. Diese Diskrepanz hat dazu geführt, daß wir im Gespräch mit unseren westlichen Nachbarn zwei Jahrhunderte lang aneinander vorbeigeredet haben.

3. Bei der Untersuchung des Werdegangs der Nation lassen sich einige Idealtypen unterscheiden.

a) Völker bilden sich zur Nation im Kampf ge-

gen fremde Unterdrücker. „In tyrannos“ ist mancherorts das Leitmotiv des Durchbruchs zur Nation geworden.

b) Ein anderer Weg war der Wille, sich durch den Sturz innerer Gewalthaber zur eigenen Bestimmung seines Geschickes fähig zu machen und aus sich ein eigenes geschichtliches Selbstbewußtsein zu entfalten. Der erfolgreiche Durchbruch unterdrückter Klassen und Religionen sowie ethnischer Gruppen hat mancherorts eigene Nationen entstehen lassen.

c) Schließlich ist Nationalbewußtsein auch entstanden, weil ein Volk sich gegen den Anspruch anderer Nationen wehren wollte, sie seien die eigentlichen, oft die einzigen Träger höherer Kultur. In Deutschland hat dies zu dem ersten Aufschwung eines zunächst defensiven Bewußtseins geführt, eine Nation eigenen Ranges und Verdienstes zu sein.

d) Schließlich und endlich hat das Bewußtsein, große Männer hervorgebracht zu haben, die auf den Gang der Welt bestimmenden Einfluß nahmen, das Bestreben geweckt, sich zur Nation zu bilden, um solche Männer als den Ausdruck einer eigenen, gerade diesem Volk eigentümlichen Kraft in Anspruch nehmen zu können. Freilich verfiel man dabei gelegentlich mythischen Gedankengängen, aus denen spätere Zeiten böse Gifte sogen.

e) Der frühe Besitz einer Hauptstadt, darin sich die Macht konzentrierte und Volksschichten sich durchdringen konnten, die, über Besitz und Bildung verfügend, im Laufe einiger Generationen neben und unter der Krone den Staat zu ihrer Sache zu machen verstanden, wurde manchmal das Fundament von Nationen, wenn diese Schichten eine Verpflichtung zum Staate zu entwickeln vermochten, deren Ethos im Lauf der Zeit das Volk zu durchdringen imstande war und das Gefühl allgemein machte, daß der Staat die Sache aller sein könnte. Ich denke an Paris, an London, an Wien, an Madrid, an das Berlin seiner großen Zeit.

III.

1. Im Mittelalter fehlten weithin die Faktoren, darin sich bei den Völkern selbst ein Bewußtsein eigener Geschichtsmächtigkeit ausbilden konnte. Die Geschichte machten — oft unter völliger Nichtachtung der Völker — bestimmte durch Geburt und politisch erworbenen Landbesitz mächtig gewordene privilegierte Schichten — Dynastien, der Adel, der hohe Klerus. Das Heilige Römische Reich war nicht Deutsch-

land, auch wenn seine Kaiser aus deutschen Fürstenhäusern stammten und gleichzeitig deutsche Könige waren. Das Reich war die politische Form der Christenheit, wie die Kirche ihrem Anspruch nach deren geistliches Gefäß. Diese vermittelte das Heil, jenes Frieden und Recht sowie irdische Wohlfahrt für alle Völker des rechten Glaubens. Der Kaiser war nach den Worten Dantes Richtschiel und Regel, an denen die Völker das Rechte erkennen konnten: im übrigen war es den Völkern je nach den natürlichen Bedingungen ihrer Existenz überlassen, ihr Dasein auf ihre Art einzurichten und zu organisieren. Als Selbstzweck erschienen sie erst sehr viel später.

Was sie an eigenem politischen Volksbewußtsein bildeten, geschah meist aus Eifersüchten verschiedenen Ursprungs, z. B. gegen den Anspruch anderer Christlicher zu sein als sie. Bei Deutschen und Franzosen kam dazu das Bewußtsein, von der Kurie finanziell ausgebeutet und politisch mißbraucht zu werden, deren Würdenträger und Nutznießer „Welsche“ waren. Mit den Kämpfen um die Vormacht im Reich, die durch die neu sich bildenden Territorialstaaten eingeleitet wurden, kamen die ersten Ansätze zur Bildung differenzierten Nationalbewußtseins zum Vorschein.

IV.

1. Italien

Ein besonders entwickeltes Gebiet in Europa war in der frühen Zeit Italien. Es hatte reiche Städte und einen land- und stadtsässigen unabhängigen Adel und reiche Bürger. In diesen Städten kam es zu Klassenkämpfen zwischen dem *popolo grosso* und dem Adel und schließlich zwischen diesem Volk der Reichen und dem Handwerkervolk. Mit dessen Sieg ging parallel ein feuriges Nationalbewußtsein: man fühlte sich als die echten „Römer“, die Nachfahren der Quiriten; Petrarca wurde auf dem Kapitol zum Dichter gekrönt und Rienzi zum „*patricius*“ erhoben. Man wollte nicht mehr Tummelplatz der Römerzüge der Fremden bleiben; man wußte sich den Barbaren aus dem Norden kulturell überlegen. Aus dem Gegensatz „hie Römer, dort Barbaren“ entstand das erste Nationalbewußtsein, das einem kulturellen Lebensgefühl entsprang. Später ist dann über viele Zwischenstadien Macchiavelli bis zur Forderung vorgestoßen, daß Italien unter einem italienischen Fürsten zur nationalen Einheit vorstoßen müsse, um des Ruhmes der

alten Roma willen und um endlich die Ausländer, die sich um den Garten des Reiches raufeten – die Kaiserlichen, die Spanier, die Franzosen –, aus dem Lande zu jagen.

Diese Einigungsbewegung kam nicht ans Ziel. Aber über alle Aufspaltungen in viele Staaten blieb das Bewußtsein erhalten, daß die italienische Halbinsel von einer Nation bewohnt sei, deren Wesen die „*italianità*“ ist und die das Recht und die Kraft habe, einen eigenen souveränen Staat zu bilden. Im Gefolge der Französischen Revolution und der liberalen, antikleikalischen Bewegung des *Risorgimento* haben nach drei Jahrhunderten die Italiener im Zeichen der „*italianità*“ und der Menschenrechte ihre staatliche Einheit erreicht – freilich nicht allein durch ihre Volksführer Mazzini und Garibaldi – wenn auch nicht ohne die Nationalbewegung, die diese Männer entfachten –, sondern, wie später die Deutschen unter Bismarck, durch den Staatsmann Cavour und das Haus Savoyen. „*Italia farà da se ...*“, war der Wahlspruch der italienischen Patrioten.

Im Fall Italien wird besonders deutlich, daß Nation und revolutionäre Erhebung gegen innere und äußere Mächte, die sich nur auf den historischen Rechtstitel berufen können, die beiden Seiten ein und derselben Medaille sind. Dasselbe gilt von der Paarung von Nation und Demokratie: der Drang des Volkes zu Herrschaft über sich selbst bewirkt die Integration zur Nation; und der Wille, Nation zu werden, bedingt und erzeugt den Willen zur Demokratie, zur Herrschaft des Volkes durch das Volk für das Volk. Die echten Nationalbewegungen waren so gut wie immer „linke“ Bewegungen. Mit dem Nationalismus verhält es sich freilich anders ...

2. Frankreich

In Frankreich ist es zu einem geläufigen Wort geworden, daß es die Könige waren, die Frankreich schufen. Das ist insoweit richtig, als es die anti-universalistische Politik der französischen Könige war, die es dem Lande erlaubten, sich abseits der dramatischen, die Entwicklung im Inneren hemmenden Wechselfälle des Heiligen Römischen Reiches zu halten und bei aller Frömmigkeit und Kirchlichkeit seine Politik entschieden zu säkularisieren, das heißt im Staat und in seinem Tun nichts anderes zu sehen als „Welt“ und einen Faktor, mit dem man rational und vom Interesse aus umgehen konnte.

Darüber hinaus erlaubte die Stabilität des Herrscherhauses und seiner Hofhaltung die Bildung einer Gesellschaft, bei der an der Seite des Adels, der schließlich zum Hofdienst verpflichtet wurde, eine Schicht wissenschaftlich ausgebildeter Praktiker der Verwaltung entstand, die mehr und mehr die Techniker für die Führung der Staatsgeschäfte wurden und neben dem Adel und den großen Herren über die Königsgerichte einen machtvollen Einfluß im Staat gewannen, indem sie auf der einen Seite der Krone möglich machten, auf legalem Wege den Sonderinteressen der Großen des Landes den Weg zu verlegen, auf der anderen Seite aber kraft ihres Privilegs, nur aufgrund von ihnen selbst registrierter königlicher Verordnungen Recht sprechen zu müssen, der Willkür der Krone oft in sehr wirksamer Weise Zügel anlegten.

Diese Schicht, die in den Generalständen des Königsreiches neben Adel und Geistlichkeit den Dritten Stand bildete, war entscheidend für die Entstehung eines fuziden französischen nationalen Bewußtseins. Zwar war man Untertan des Königs; aber dieser König wurde durch eine Rechtsordnung in Schranken gehalten, deren Machtmittel großenteils in der Hand des gebildeten und reichen Bürgertums — der sogenannten „noblesse de robe“ — lagen. Machiavelli hat dieses erkannt und daraus die Beständigkeit des französischen Staates abgeleitet.

Der Glanz des Hofes Ludwigs XIV., die Schlüsselrolle Frankreichs in allen europäischen Händeln erzeugte ein ungewöhnliches Selbstbewußtsein in allen Schichten, die bildungsgemäß imstande waren, sich um das Schicksal des Staates zu kümmern. Die geistige Blüte des „Großen Jahrhunderts“ erzeugte mit der Übernahme der feinen Lebensart (*l'honnête homme*) der französischen Oberschichten durch ihre Stammesgenossen überall in der Welt und mit dem Übergewicht der französischen Sprache und ihrer Literatur ein Überlegenheitsbewußtsein, das fast von selbst das französische Volk von den anderen Völkern wie durch ein Gefälle schied und eine Grenze errichtete, die nur von der französischen Seite her zu überschreiten war.

Ein solcher Zustand ist der Bildung eines eigenen nationalen Bewußtseins besonders förderlich, zumal des Drittel Frankreichs, dessen Muttersprachen in jenen Zeiten nicht das Französische war, sondern das Deutsche, das Pro-

vençalische, das Flämische, das Bretonische, das Baskische, das Italienische, in seinen führenden Schichten in zunehmendem Maße bildungsmäßig und schließlich auch in seiner politischen Vorstellungswelt sich mit Frankreich identifizierte.

Dieser Prozeß wurde in dem entscheidenden Jahrhundert gefördert durch den siegreichen Ausgang der Kriege des Königs mit seinen Erbfeinden, den Königen von England, die ihm lange Zeit einen Großteil seines Landes streitig machen konnten, und den österreichischen und spanischen Habsburgern, deren Lande jahrhundertlang das Königreich umklammert hielten.

Diese wachsende Verbürgerlichung des Staates kam zum Ausdruck in einer reichen staats-theoretischen Literatur, die sich bewußt an ein breites Publikum wandte und die nach Erkenntnis des Wesens des Politischen strebenden Bildungsschichten über das nur pragmatische und augenblickliche Interesse hinaus an den Staat als ihre eigene Sache herantführte. Dies begann schon mit den „*militis regis*“ um die Wende des 13. zum 14. Jahrhundert, vor allem mit dem Traktat des Pierre Dubois über die Wiedergewinnung des Heiligen Landes, darin das politische Bewußtsein völlig entzaubert wird. Von größerer Bedeutung war freilich die mit der Renaissance einsetzende, doch weit über diese hinaus führende staatsphilosophische Literatur, angefangen mit den sechs Büchern vom Staat des Jean Bodin bis zum „*Esprit des lois*“ Montesquieus und den völlig bürgerlich und „geschäftlich“ denkenden Physiokraten. Verlangt Bodin, der Staat habe sich im Fürsten zu verkörpern und dieser müsse unter Ausschaltung aller Zwischengewalten, nur dem göttlichen und sittlichen Recht unterworfen, souverän sein, so forderte er dies — es war die Zeit der schweren Religionskämpfe —, damit Menschen verschiedenen Glaubens innerhalb der Grenzen eines Staates in gesichertem Frieden miteinander leben können, denn dies gehe nur, wenn alle Bewohner des Staates einem Herrn und einer Rechtsquelle — der Vernunft des Staates — unterworfen sind und außer dessen Souverän niemand den Menschen zu gebieten hat.

Montesquieu forderte die Dreiteilung der Gewalten, nicht nur um der Allmacht der Krone zu steuern und deren Gefahren für die menschliche Freiheit zu neutralisieren, sondern um dem Staat das Starre, Maschinenhafte zu neh-

men, ihn durchsichtig zu machen, nicht zum mindesten, um den Schichten des Volkes, auf die allein es zu jener Zeit in Staatsdingen ankommen konnte, zu erlauben, dessen Wesen und Funktionen rational zu begreifen, bis sie schließlich das Begriffene zu ergreifen vermochten. Hieraus konnte der Dritte Stand das Selbstbewußtsein schöpfen, das den Mut, die große nationale Revolution herbeizuführen, und aus den Untertanen des Königs Bürger der Republik und aus der „Bevölkerung des Königreiches“ die „nation française“ schuf. Diese Leute waren noch keine Demokraten; sie waren aufgeklärte Liberale und Erwecker eines gemeinfranzösischen Selbstbewußtseins, das auch denen zuwuchs, die nur einen beschränkten Anteil an den Lebensformen dieser herausgehobenen Schichten hatten. Innerhalb jener Schicht bildeten sich, von Paris ausgehend bis in die kleinsten Städte, die *sociétés de pensée* (oft freimaurerischen Ursprungs), in denen vor allem die Frage nach dem Rechten, der Würde des Menschen, dem der Würde der Zeit angemessenen Staat immer wieder gestellt und diskutiert wurde. Auf diese Gesellschaften konnte man zurückgreifen, als es darum ging, der Nation ihr revolutionäres Gerüst zu bauen.

Den Durchbruch zur radikalen Demokratie und zur vollen, alle ständischen Grenzen sprengenden staatsbürgerlichen Freiheit aber schuf die Lehre Jean-Jacques Rousseaus: Bildung allein gibt dem Menschen noch nicht die letzte Würde; ohne Freiheit kann der Mensch nicht menschlich leben; ohne Ordnung aber kann es freiheitliche Gesellschaft nicht geben, und der Mensch ist ein gesellschaftliches Wesen; Ordnung jedoch verlangt Unterordnung unter die „allgemeinen Zwecke“. Wie kann dieser Zustand hergestellt werden, ohne die Freiheit zu kränken? Dadurch, daß man Staat und Gesellschaft als das Produkt eines Vertrages begreift, Kraft dessen alle ihre Freiheit in das Ganze einbringen und so die Möglichkeit schaffen, einen *volonté générale*, einen Gemeinwillen zu erzeugen, dem alle sich unterzuordnen haben. Da alle an der Bildung des Gemeinwillens teilhaben, sind sie auch dann, ja gerade dann freie Menschen, wenn sie sich diesem Gemeinwillen unterstellen. Das größte Verbrechen ist die Nichtachtung des Gemeinwillens um eigener partikularer Selbstsuchte willen. Da ein Volk, das sich so begreift, damit ein Gebot der Vernunft erfüllt, wird der Gemeinwille immer das von der Vernunft und der Gerechtigkeit Gefor-

derte zum Ausdruck bringen. Die Menschen werden dann endlich das Recht, das mit ihnen geboren ist, gefunden haben. Die klassische Aufklärung und die Romantizismen Jean-Jacques Rousseaus haben die Impulse geschaffen sowie die Kriterien und Kategorien aufgestellt, nach denen die französische Nation sich ihren Staat bilden konnte, geführt von so starken Männern wie Mirabeau, Danton, Robespierre und so rechtlichen, gebildeten und humanen Denkern wie Condorcet, Lavoisier und vielen anderen, in deren Gefolge freilich auch die Fouchés sich tummeln konnten – wir wissen wie: „*Freiheit, wie viele Verbrechen begeht man nicht in deinem Namen!*“

Um das Blutgerüst herum ist, die Tafeln mit den Menschenrechten in der Hand, unter dem Trommelwirbel der „*levée en masse*“ gegen die Armeen der Fürsten die Freiheitsgöttin im Zeichen der Nation aus den Tiefen der Sehnsucht des Volkes nach eigener Geschichte und politischer Individualität ins Licht der Geschichte getreten und sprengte den Ring, den die Gewalten eines nicht mehr geglaubten Gottesgnadentums neu um die Völker schmieden wollten, die für sie nur Objekte sein sollten. So konnte der Tag des Bastille-Sturms ein echter Feiertag der Nation und das „*Allons enfants de la patrie*“ zum Choral der Freiheit werden, darin sich die französische Nation bis zum heutigen Tage, trotz der Zwischenspiele der bourbonischen Restauration und der beiden napoleonischen Kaiserreiche über alle inneren Differenzen und Klassenkämpfe hin immer wieder erkannte.

Freilich darf nicht übersehen werden, daß die jakobinische Form der nationalen Freiheit – la France une et indivisible, zu der auch die *e i n e* Sprache für alle gehört – wenig Sinn für die sprachlichen Minderheiten hatte. Der Mythos des „*volonté générale*“ hat seine tyrannischen Komponenten, die ihn gelegentlich über der Klarheit der Begriffe im konkreten Fall die Freiheit vergessen lassen.

3. England

Hier scheint mir zum ersten Mal in einem mächtigen Staat zutage getreten zu sein, wie eine Nation ohne Doktrinen abstrakter Art zu sich selber kommen konnte. England entstand als Staat im Gefolge der Eroberung des angelsächsisch bevölkerten Landes durch die Normannen Wilhelm des Eroberers. Die Eroberer mußten, wenn sie sich durchsetzen wollten, einen star-

ken Herrschaftsapparat schaffen. Erst allmählich kam es zu einer Verschmelzung des angelsächsischen und des normannischen Elements, das in der ersten Zeit durchaus eine Fremdherrschaft war, die durch das Herrscherhaus und den hohen Adel noch lange engste Verbindung mit Frankreich und der französischen Geschichte hatte, die erst nach dem Hundertjährigen Krieg ein Ende fand. Man sprach zwei Sprachen, und erst spät, in der Zeit von Chaucers „Canterbury tales“ wurde aus dem angelsächsisch-normannischen Gemisch der Vulgärsprache eine Literatursprache, in der nach der Aufnahme der antiken Bildungswelt, Shakespeare möglich wurde. Es gab zwei Rechtsordnungen: das auf den angelsächsischen Volksrechten beruhende „common law“, das von den Vertrauensleuten der Volksgenossen angewandt wurde, und das Königsrecht für die Gerichte des Souveräns, die im wesentlichen nach dessen Staatsraison zu urteilen hatten.

Um den Willkürakten der Krone – Konfiskationen sowie neue Steuern, um die Kassen für die Feldzüge des Königs zu füllen; Hinrichtungen, um sich frondierender Adliger und aufsässiger städtischer Bürgerschaften zu entledigen – zu steuern, kam es 1215 zur Magna Charta, die eines der ersten Staatsgrundgesetze wurde, das es der Krone unmöglich machte, über die angestammten Rechte und über Leib und Leben sowie das Eigentum der freien Untertanen ausschließlich nach dem Gutdünken des Souveräns zu verfügen. Die Magna Charta war ein feudalistischer Vertrag der Großen des Landes mit der Krone, kein demokratischer Akt im modernen Verständnis. Das „niedere“ Volk hatte damit nichts zu tun, so wenig wie mit dem Parlament, das durch diesen Vertrag geschaffen wurde: die sowieso privilegierten Schichten des Königreiches sorgten in erster Linie für sich selber. Aber die Bestimmung der Charta, daß kein freier Mann in Haft genommen werden dürfe, es sei denn aufgrund eines Richterspruches, und die Einsetzung einer ständischen Versammlung, ohne deren Zustimmung der König keine Steuern sollte ausschreiben dürfen, haben im ganzen Volke der britischen Inseln das Bewußtsein geschaffen, einen besonderen Grad von Freiheit erreicht zu haben, der es von anderen Völkern unterschied, ihm eine besondere Würde gab, wenn es auch noch viele Jahrhunderte dauern sollte, bis dieses Parlament auch nur annähernd als ein Instrument wahrer Volksherrschaft betrachtet wer-

den konnte. Nichtsdestoweniger hat der Gedanke, daß infolge der Magna Charta und ihren späteren Legalinterpretationen das Volk der reinen Staatsmacht gegenüber „vertreten“ war, auch in den Schichten, die keinen eigenen Zugang zum Parlament hatten, das Bewußtsein entstehen lassen, daß es der Obrigkeit gegenüber eine eigene Persönlichkeit habe und nicht nur ein Objekt staatlicher Allmacht war.

Als sich mit diesen – letzten Endes noch feudalistischen – Realitäten aus der Begegnung mit dem Calvinismus die Vorstellung verband, daß dieses englische Volk in einem „Covenant“, einem „Bund“ gleich dem Israels mit seinem Gott, stand, wurde, wohl auch in Erinnerung an das alte Volksrecht der vorstaatlichen Zeit, der Gedanke lebendig, daß das Leben des Volkes in der Geschichte sich in einem dauernden Dialog mit dem Gott der Offenbarungsschriften vollziehe, vor denen auch die Obrigkeit sich zu rechtfertigen habe – und zwar nicht nur in der Innerlichkeit des eigenen Gewissens, sondern vor allen, die in diesem „Bunde“ stehen. Dies veränderte die Rolle des Parlamentes und „nationalisierte“ es in hohem Maße. In der Verurteilung des absolutistischen Königs Karl I. fand dies seinen dramatischen Ausdruck: das Parlament und damit das Volk ist Richter über den König, der gegen die Gebote handelt.

Man interpretierte die Magna Charta neu und ergänzte sie im 17. Jahrhundert durch die Habeas-corpus-Akte, deren Bestimmungen Jahrhunderte später in der ganzen Welt zum Garanten der individuellen Freiheit wurden. Als schließlich mit dem Wechsel der Dynastie die Krone veranlaßt werden konnte, nicht mehr durch sich selbst zu regieren, sondern die Regierung in die Hände eines Vertrauensmannes des Parlamentes zu legen, dem dieser verantwortlich sein sollte, war dem Volke Englands ein Bewußtsein erlebter politischer Subjektivität zugewachsen, worin schon alle Elemente vorhanden waren, die ausmachen, was wir eine Nation nennen. Das stolze Bewußtsein „we are a nation governed by Parliament“ wurde neben der Habeas-corpus-Akte zu dem Grundgefühl, darin die Engländer sich in ihrer den Staat tragenden Besonderheit erkannten und dies trotz der enormen Klassenunterschiede der einzelnen Volksschichten. Ich erinnere mich, wie in den fünfziger Jahren in der Beratenden Versammlung des Europarates ein Labour-Abgeordneter, ein „proletarischer“ Bergmann aus

Wales, seine Ablehnung eines supranationalen Europas mit den Worten kundgab: „We are a nation governed by Parliament“ und wollen darum nur Anordnungen gehorchen müssen, die von einem Parlament ausgehen, das vom englischen Volk gewählt wurde. Man mag diese Einstellung mißbilligen; sie entspricht aber durchaus dem Ethos, das sich mit dem Begriff Nation verbindet.

Justus Möser schwärmte vor zweihundert Jahren: „England, wo Redner, Schriftsteller und Dichter nicht nur für die Zwecke der Erziehung und des Vergnügens arbeiten, sondern mit ihrem Enthusiasmus auch den Staat unterstützen; wo der geringste Mann das Allgemeine Wohl zu seiner Privatangelegenheit macht ...“.

Zu diesem Prozeß trug der Stolz auf das „Rule Britannia“ bei, auf die durch harte Siege in blutigen Seeschlachten errungene Herrschaft der Meere; der Stolz auf die Achtung, die sich die englische Flagge überall in der Welt zum Nutzen eines jeden Briten zu erringen vermocht hatte – und seien diese Schlachten auch von Matrosen geschlagen worden, die man oft gegen ihren Willen und meist mit schändlichen und unwürdigen Methoden zum Dienst in der Flotte gepreßt hatte. So verschlungen und so in sich widerspruchsvoll können gelegentlich die Wege sein, auf denen ein Volk zum Bewußtsein seiner Geschichtsmächtigkeit gelangt.

Die Bildung des Bewußtseins, durch das Parlament zur Nation integriert zu sein, war abgeschlossen, als die Lehre Edmund Burkes sich durchgesetzt hatte, daß die in ihren Wahlkreisen gewählten Abgeordneten nicht die Aufträge ihrer Wähler zu erfüllen haben, sondern daß sie Vertreter der ganzen Nation sind, also in ihnen und durch ihre individuelle Gewissensentscheidung die ungeteilte und undifferenzierte Nation selber sprechen und so das Votum der Volksvertreter gleich einem Gewissen der Nation zu bestimmen habe, wie das Land zu regieren sei. An diesem Bewußtsein hat sich nichts dadurch zu ändern vermocht, daß Carlyle angesichts der Verheerungen der ersten industriellen Revolution ausrufen konnte, es gebe in diesem Lande im Grunde zwei Nationen – jene der Besitzenden und jene andere der Vielen, die nichts besitzen und von den Vorteilen des industriellen Fortschritts, im Gegensatz zu den privilegierten Schichten, nicht profitieren, sondern im Gegenteil nur Schaden leiden. Welches diese Zustände waren, kann man in Friedrich Engels'

Schriften von 1849 über „Die Lage der arbeitenden Klassen in England“ nachlesen.

4. USA

Ein besonders typischer Fall der Bildung einer Nation allein durch sich selbst und einen präzisen, quasi architekturellen Willen sind die Vereinigten Staaten von Amerika. Ihre Bevölkerung kam von außerhalb, aus vieler Herren Länder, bestand also aus lauter Immigranten, die, wenn auch in erster Linie angelsächsischen Ursprungs, eine ganze Reihe höchst verschiedener Traditionen mitbrachten und nicht viel mehr miteinander gemeinsam hatten als den Willen, in einem jungfräulichen Lande ein neues, von den gewohnten Unterdrückungen freies Leben beginnen zu können, das man niemandem anderen zu verdanken haben sollte als sich selbst. Viele hatten ihre Heimat um ihres Glaubens willen verlassen und hofften, in der Neuen Welt diesen Glauben frei von Verfolgungen und Reglementierungen durch Obrigkeiten leben zu können. Auch wo dieser Anspruch nur die Freiheit, ungestört dem Erwerb nachgehen zu können bedeutet haben sollte, war sie nichtsdestoweniger Ausdruck des Willens, Form und Inhalt seiner Lebensverhältnisse selbst bestimmen zu können.

Die Wirklichkeit war nicht überall so frei, wie sie die einzelnen erhofft haben mochten. Die neue Heimat war Kolonialland, und es galten die Gesetze Englands, Gesetze also, die von einem Parlament beschlossen wurden, an dessen Wahl man nicht beteiligt war. Der Unwille darüber, daß man nicht behandelt wurde wie die Engländer der alten Heimat, führte an einigen Orten zu Steuerverweigerungen: „No taxation without representation ...“. Ursprünglich wollte man nicht die Trennung von England; man wollte lediglich behandelt werden, wie Engländer glaubten, es nach englischem Recht für sich fordern zu können.

Dazu kam ein weiteres. Die vielen „denominations“, wie sich die Glaubensgemeinschaften nannten, waren meist freikirchlich, für ihre Ordnung galt das calvinistische Prinzip der Selbstbestimmung des Gemeindelebens durch die Mitglieder der Gemeinde. Manche unter ihnen waren obrigkeitlichen Gewalten eigenen Rechts durchaus abgeneigt, etwa die Quäker, die Mennoniten, die Mährischen Brüder und andere mehr. So kam es, daß man mehr und mehr glaubte, dem obrigkeitlichen Denken das genossenschaftliche Denken gegenüber stellen zu

sollen und dem Staat nur dort, wo die Gemeinschaften sich nicht selbst zu regulieren vermochten, eine Art von subsidiärer Rolle einräumen zu dürfen. Als es da und dort zu obrigkeitlichen Verboten bestimmter Druckschriften kam, die die Obrigkeit für gefährlich hielt, wurde die Gedankenfreiheit und die Ablehnung jeglicher Art von Zensur eine weithin wirksame Parole. Die Freiheit zu denken und zu glauben, die Freiheit, sich sein Leben unter eigener Verantwortung nach seinen eigenen Vorstellungen einrichten zu können, begann ein Merkmal des neuen Volkes in der Neuen Welt zu werden.

Unterdessen war in den östlichen Teilen Neu-Englands eine beachtliche Bildungsschicht entstanden, der die heimatliche Tradition als Leitfaden für ihr Verhältnis zum Staat nicht mehr genügte. Sie wollte so, wie sie selbst durch den Glauben an den selbsterlebten Gott frei geworden war, auch den Staat durch den neuen Glauben der Zeit, den Glauben an die Vernunft, gerechtfertigt wissen. Wo so viel unterschiedliche Glaubensbekenntnisse neben- und durcheinander lebten, wurde die allen Menschen gleich einsichtige Vernunft fast zwangsläufig als der Generalnenner gefordert, aus dem verbindliche Regeln für das Zusammenleben auch der unterschiedlichsten Gemeinschaften abgeleitet werden konnten. Die Vernunftlehre der Freimaurerei, die Gott als rational operierenden Weltarchitekten begriff, hat dabei eine große Rolle gespielt. In diesen Kreisen hatte man die Gesellschaftslehren der Aufklärung sorgfältig gelesen, so die Lehre vom Gesellschaftsvertrag, so die Lehren John Lockes, daß der Staat nur die Aufgabe habe, die innere und äußere Sicherheit der Menschen und ihres Eigentums durch Ordnung und Gericht zu garantieren; dies konnte von allen Betroffenen gleichermaßen als für sie nützlich angesehen werden. So glaubte man Prinzipien gefunden zu haben, durch deren Verwirklichung es möglich sein werde, den Menschen so verschiedener Herkunft und Glaubensrichtungen ein Gemeinwesen schaffen zu können, das imstande war, sich selbst zu tragen, sowie Recht und Ordnung zu verwirklichen, vor allem aber sich selbst Gesetze und eine vollziehende Gewalt zu geben, der man die Macht anvertrauen könnte, das Land gegen innere und äußere Gefahren zu verteidigen.

Es entstanden zusammen mit der die Befugnisse des Staates regelnden Verfassung die Menschenrechts-Deklarationen, in denen ge-

schrrieben stand, daß alle Menschen ohne Unterschied frei geboren sind und daß darum Obrigkeiten aller Art nur aufgrund von Wahlen legitim sein können; daß der Zweck der Rechtsordnung ist, Freiheit und Menschenwürde der Individuen und ihrer Gemeinschaften zu schützen sowie daß dem Menschen das Recht zustehe, nach einem gesicherten Leben zu streben. Wie einst die Pilgerväter der Mayflower, ehe sie das neue Land in Besitz nahmen, einen Vertrag über die gegenseitigen Rechte und Pflichten geschlossen hatten, so wurden nunmehr die Verfassungsprinzipien zum Inhalt des „Contrat social“ der neuen Bürger eines neuen Gemeinwesens. Hier ist paradigmatisch deutlich die Nation durch das Plebiszit einer Gemeinschaft entstanden, die sich aus Vernunft und durch die gleiche Liebe zu identischen Menschheitswerten zur Nation bilden wollte und gebildet hat. Ein Problem freilich konnte sie dabei trotz Abraham Lincoln in der Lebenswirklichkeit nicht lösen; das Problem nämlich, wie aus den Abkommen der afrikanischen Sklaven nicht nur formal, sondern auch in allen Bereichen der Lebenswirklichkeit Vollbürger der Substanz nach werden könnten. Vorvernünftige Instinkte und Affekte sowie Klasseninteressen bildeten eine Sperrmauer, die bisher nur an einzelnen Orten und partiell durchlöchert werden konnte.

Aufruf zur Besinnung

4. Internationale Arbeitstagung der IG Metall

Spätestens im Jahr 2100 kommt das Ende der Menschheit. Diese düstere Prognose stammt von einem Forscher-Team des renommierten Massachusetts Institute of Technology. Seine Untersuchung mit Hilfe eines Computers kommt zu folgender Erkenntnis: Bevölkerung, Nahrungsbedarf, Industrialisierung, Rohstoffverbrauch treiben rapide an absolute Wachstumsgrenzen auf der Erde. Seine Studie wurde kurz vor Beginn der Oberhausener 4. Internationalen Arbeitstagung der IG Metall in der Bundesrepublik veröffentlicht. An ihr nahmen über 1250 Gewerkschafter, Politiker und Wissenschaftler teil. In rund 60 Referaten und zahlreichen Diskussionsbeiträgen — u. a. in 8 Arbeitsgruppen — versuchte man zu klären, wie die Zukunft humaner, qualitativer gestaltet werden kann. Auch die Arbeit der amerikanischen Wissenschaftler zeigte, wie notwendig und aktuell die Themenwahl dieses Kongresses war. Der IG Metall ging es dabei um den Einsatz der Technik zur Verbesserung der Qualität des Lebens, wozu auch die gesellschaftspolitischen Strukturen von technisch hochentwickelten Ländern gehören.

Bereits in den Begrüßungsreden kam immer wieder eines zum Ausdruck: um weiterzuleben müssen wir weiterdenken, dabei sind insbesondere gesellschafts- und wirtschaftspolitische Dogmen in Frage zu stellen. Bundespräsident Heinemann, der prominenteste Gast, faßte es in folgende Worte: *„Es ist an der Zeit, deutlich zu machen und auszusprechen, daß sich niemand — ich wiederhole: niemand — der durchgreifenden Überprüfung unserer Lebensgrundlagen und unserer Wertvorstellungen mehr entziehen kann.“* Lebensführung und Lebensstandard der Industrievölker könnten fragwürdig werden. Um so mehr werde davon abhängen, daß auch die großen Organisationen und Stände sich dem Notwendigen nicht entzögen. Heinemann nannte zwei konkrete Ziele: zum einen gehe es darum, die Tatsachen überzeugend darzulegen; zum anderen auszusprechen, welche Änderungen unseres Handelns geboten seien.

Auf die Tatbestände, genauer: die Mißstände wiesen international bekannte und anerkannte Fachleute, auch aus der Sowjetunion und der DDR, während der viertägigen Konferenz ausgiebig hin. Bevor sie ein düsteres Zukunftsbild zeichneten — Stichworte: „Bedrohung der Umwelt“, „steigende öffentliche Armut“ oder „wachsende Verkehrsmisere“ —, hatten Politiker bereits Antworten zu geben. Bundesminister Erhard Eppler wertete die Einsicht der Wissenschaft in die Grenzen des wirtschaftlichen und demographischen Wachstums als eine historische Zäsur in der ersten Hälfte der 70er Jahre. Und weiter: *„Ohne einen grundlegenden Wandel in unseren Wertsystemen im Individuellen, nationalen und internationalen Bereich sind die jetzt sichtbar werdenden Aufgaben nicht zu bewältigen.“* Wenn der ökonomische Vorteil — und damit nannte Eppler bereits den zentralen Punkt — durch ökologischen Nachteil mehr als aufgehoben werde, dürfte bald nicht mehr umstritten sein, daß wirtschaftliches Wachstum nicht als Maßstab für den Fortschritt taue.

Der schwedische Ministerpräsident Olof Palme konkretisierte diesen Gedanken auf das bestehende ökonomische System in den westlichen Staaten. Die Marktwirtschaft könne die Probleme nicht bewältigen, da das Prinzip der kurzfristigen und größtmöglichen Verzinzung langfristige Perspektiven notwendigerweise verhindere. Palme: *„Die Bereitschaft zu politischen Eingriffen ist erforderlich.“* Die Zukunft zu gestalten, setze Demokratie voraus, zugleich hänge das Weiterbestehen der Demokratie von der Lösung der anstehenden Probleme ab. Der Ministerpräsident verwies auf den Ruf nach autoritären „starken“ Männern, nach anonymen Kräften, also Elitegestalten und Erlösungsfiguren, von denen man das Heil erwartet. Um zu verhindern, daß die Zukunft von derartigen Kräften geformt wird, forderte Palme: *„Es ist erforderlich, die Demokratie auf Gebiete zu erweitern, in denen bisher andere Prinzipien gelten.“* Und ganz deutlich: *„Die arbeitenden Menschen müssen größeren Ein-*



DM 4,80



DM 4,80



DM 4,80



DM 3,80



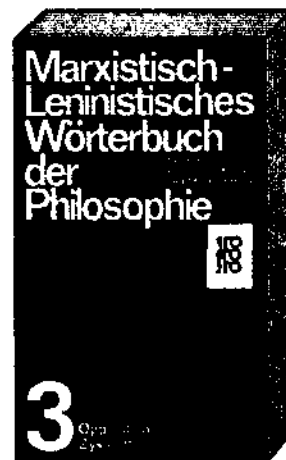
DM 3,80



DM 3,80



DM 5,80



DM 6,80

fluß auf ihre Arbeitsbedingungen und auf den Produktionsprozeß erlangen.“

Derartige Schlußfolgerungen wurden auch in den Referaten führender Gewerkschafter während der Eröffnungsveranstaltung gezogen. In einem Referat, das vor der Tagung verlesen wurde, betonte der IG-Metall-Vorsitzende Otto Brenner – er konnte wegen seiner schweren Erkrankung, die Tage später zu seinem Tode führte, nicht persönlich teilnehmen – den Wert der Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Er kennzeichnete sie als vom Ansatz her „radikaldemokratisch und antikapitalistisch“. Brenner verwies auf den Konzentrationsprozeß, auf Grund dessen die Mitbestimmung zwei Zielrichtungen habe.

1. *„Sie ist eine notwendige Ergänzung der traditionellen Formen gewerkschaftlicher Interessenvertretung.“*

2. *„Sie schlägt die Brücke zur gesellschaftlichen Neuordnung im Rahmen eines sozial-reformerischen Übergangsprogrammes.“*

Der DGB-Vorsitzende Heinz O. Vetter, der konkrete Entwürfe, mit denen die Arbeitnehmer in der betrieblichen Praxis arbeiten könnten, forderte, stellte seinerseits die grundsätzliche politische Erkenntnis dieser Arbeitstagung heraus: *„Wir haben keine andere Wahl: Wir müssen radikal brechen mit den bislang unsere Wirtschaft und Gesellschaft beherrschenden Prinzipien des privaten Gewinns und des unkritisch gesehenen Wachstums.“*

Die meisten Wissenschaftler unterstützten durch ihre Analysen die politischen Argumente. Nur einige Beispiele: Prof. Kapp von der Universität Basel erklärte, daß die Umweltgefährdung schneller zunehme als das Wachstum der Bevölkerung und des Bruttosozialprodukts. Die Umweltkrise werde dadurch verursacht, daß Produktionsverfahren und Produkte ohne Rücksicht auf die zerstörenden Wirkungen eingesetzt werden.

Prof. Schäfer, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Sozialmedizin, sagte, trotz aller Fortschritte der Medizin beginne die Lebenserwartung abzusinken. Die Medizin verliere den Wettlauf mit den wachsenden Gefahren von Tag zu Tag. Die Kosten für ein verbessertes Gesundheitssystem bezifferte Schäfer auf etwa 2300 Mark pro Person jährlich. Im Vergleich mit dem jetzigen Luxuskonsum erscheinen sie jedoch tragbar.

Prof. Blankertz von der Universität Münster

äußerte die Ansicht, das bestehende Ausbildungssystem sei undemokratisch und ineffektiv. Nur 10 bis 15 Prozent der jungen Leute erhielten eine systematische Ausbildung. Die übrigen Auszubildenden führten für die technisch-ökonomischen Anforderungen kommenden Jahrzehnte zu einer Qualifikationslücke.

Die Experten waren sich jedoch darin ziemlich einig, daß mehr Wissen, mehr Information sowohl für die Demokratisierung wie für die Bewältigung vieler einzelner Probleme, etwa der Umweltgefährdung, notwendig sind.

Diese – wie die meisten anderen – Klagen und Bestandsaufnahmen waren schon bekannt. Und deshalb ist es auch verständlich, wenn sich einige der Teilnehmer markante Lösungsvorschläge erwarteten, die den Teufelskreis beenden. Der Zukunftsforscher Robert Jungk meinte etwa, man habe auf der Tagung zwar viele Arien und Liebeslieder gesungen, niemand aber sei auf die Idee gekommen, ein Kind zu zeugen. Dieser Kritik schlossen sich andere Teilnehmer an, unter ihnen Joachim Steffen. In einer Erklärung forderten sie deshalb: die 4. Arbeitstagung sollte eine Fortsetzung finden mit dem Thema: *„Demokratischer Sozialismus – Strategien und Modelle.“* In der Begründung heißt es: Die Arbeitstagung in Oberhausen sei kein Kongreß gewesen, „der umfassende und konkrete Alternativen aufgezeigt hätte, es wurde zwar der entscheidende Punkt der privaten Verfügungsmacht über die Produktionsmittel vereinzelt angesprochen; es wurde jedoch von den Referenten nicht aufgezeigt, wie diese Macht aufgehoben werden kann.“ Solange die Kritik am Wert des uneingeschränkten Wirtschaftswachstums und seinen Folgen nicht mit konkreten Strategien und Modellen für eine zukünftige Gesellschaft verbunden werde, müsse die Stabilisierung der Produktion auf Kosten der Lohnabhängigen gehen.

So richtig es ist, praktische Konsequenzen zu fordern, so unberechtigt erscheint andererseits eine verdeckte Kritik. In vier Tagen läßt sich keine Heilslehre ermitteln. Wichtig ist vor allem, daß die Diskussion weitergeht und daß ein Anstoß erfolgte. Die IG Metall selbst wird dafür sorgen. Der Organisator der Tagung, der „Zukunftsexperte“ der IG Metall, Dr. Günter Friedrichs, kündigte an, daß die Themen der Tagung in örtlichen Arbeitskreisen weiter behandelt werden sollen. Damit kann eine wichtige Voraussetzung für die Erfüllung einer Auf-

gabe gegeben sein, die Otto Brenner noch nannte: *„Die Gewerkschaften dürfen die Planung der Zukunft weder der Regierung, noch den Unternehmen oder den Wissenschaftlern allein überlassen. Die Gewerkschaften müssen der Öffentlichkeit klarmachen, daß auch die Arbeitnehmer mitreden und mitbestimmen wollen, wenn es um die Zukunft geht.“*

Daß sich eine Arbeitnehmerorganisation vor vielen anderen gesellschaftlichen Gruppen über die weitere Entwicklung Gedanken macht, ist freilich der IG Metall nicht hoch genug anzurechnen. Denn dabei ist zu berücksichtigen, daß die Erfolge der Internationalen Arbeitstagen erst nach einem längeren zeitlichen Abstand genau erkannt werden können.

Auf der letzten Konferenz befaßte man sich mit den Folgen der Automation. Der damals von den Experten konzentriert vorgetragene Warnruf vor den Auswirkungen des technischen Fortschritts fand in der Öffentlichkeit ein breites Echo. Die Zahl von 1,5 Millionen Arbeitsplätzen, die jährlich in der Bundesrepublik durch Automation verloren gehen, — sie wurde in Oberhausen mehrfach vorgetragen — wirkte schockierend. Mittlerweile gibt es hierzulande ein Arbeitsförderungs-gesetz, das vielfältige Maßnahmen und Hilfen bei Arbeitslosigkeit wegen des technischen Wandels, wegen der Automation bereitstellt.

Aber auch für die gewerkschaftliche Tagesarbeit ging und geht ein wichtiger Meinungsbildungsprozeß aus. Nicht zuletzt unter dem Eindruck der Warnungen der Wissenschaftler hat sich die IG Metall verstärkt für einen tarifrechtlich verankerten Rationalisierungsschutz eingesetzt und schließlich ein entsprechendes Abkommen unter Dach und Fach gebracht.

Zweifelloos werden auch die Erkenntnisse dieser 4. Tagung die Politik der Arbeitnehmer-Organisationen beeinflussen. So haben sie sich die Frage zu stellen, falls es notwendig erscheint, den privaten Konsum im Interesse der öffentlichen Ausgaben zu bremsen, muß sich dann nicht auch die Tarifpolitik neu orientieren? Wenn Eugen Loderer dazu bemerkte, die Tarifpolitik werde selbstverständlich ihre Bedeutung behalten, dann ist dies nur folgerichtig. Denn die Gewerkschaften können heute nicht auf die legitime Interessenvertretung der Arbeitnehmer verzichten, wenn der erste Schritt, nämlich breitere und begleitende gesellschaftspolitische Reformen, nicht garantiert ist.

Schließlich hat sich die IG Metall nicht gescheut, ihre eigene Zukunft zu analysieren. Zwei extreme Gegenpositionen wurden dabei bezogen. Der stellv. sowjetische Gewerkschaftsvorsitzende Plimenov hob die Rolle der Gewerkschaften als eine „wichtige Institution der sozialistischen Demokratie“ heraus. Der französische Publizist André Gorz sagte eine notwendige Politisierung der Gewerkschaften voraus, die sie vor die Aufgabe eines Abbaues des gewerkschaftlichen Apparates zugunsten spontaner Organisationsformen stellten. In seiner ausführlichen Erwiderung, die in diesem Heft der „Neuen Gesellschaft“ vollständig wiedergegeben ist, betonte IG-Metall-Vorstandsmitglied Olaf Radke: *„Die deutschen Gewerkschaften haben die Humanisierung der Gesellschaft zum Ziel. Für sie ist aber der Weg alles. Wir können angebotene geschlossene Gesellschaftssysteme nicht akzeptieren, von denen behauptet wird, daß sie eine Art Endzustand in der menschlichen Geschichte darstellen ... Vollkommene Systeme sind inhuman, da sie vollkommene Menschen voraussetzen. Wir glauben, der Weg in die Freiheit ist ein mühseliger Prozeß von Entscheidung zu Entscheidung. Es ist eine Millimeteroffensive.“* Dies genau dürfte auch für den Kampf um ein qualitativeres Leben aller gelten.

Erziehung zur Politik

Dr. Ernst-August Roloff, ordentlicher Professor an der Universität zu Göttingen, ist seit vielen Jahren als Dozent und Lehrgangsleiter in der Lehrerfortbildung in verschiedenen Ländern der Bundesrepublik tätig. Von seinem Werk „Erziehung zur Politik“ liegt jetzt der Band 1 vor:

„Eine Einführung in die politische Didaktik — Sozialwissenschaftliche Grundlagen“

1972. 144 Seiten. 8 Abb. 12,50 DM, ISBN 3 509 00577 5

Rolloffs „Einführung“ verbindet Politikwissenschaft, Soziologie, Sozialpsychologie und Kommunikationswissenschaft zu einem einheitlichen System, das unmittelbar auf die pädagogische Praxis und politisches Handeln bezogen ist.

Band 2 „Didaktische Musteranalysen für die Sekundarstufe I“ vertieft diese Gedanken. In Fortführung der „Vorüberlegungen zu einem Gesamtcurriculum“ operationalisiert der Verfasser zunächst den didaktischen Leitwert „Würde des Menschen“, indem er die „Betroffenheit“ der Schüler durch die Grundrechte und den dadurch gegebenen Entscheidungsraum erkennbar macht und in Lerneinheiten gliedert. Unter Mitarbeit von Lehrern und Studierenden werden dann Beispiele für die didaktische Erschließung einzelner Problemkreise anhand des im ersten Band erläuterten Grundmodells der Didaktik vorgestellt.

Band 3 wird Beispielsanalysen für die Sekundarstufe II und für die Erwachsenenbildung enthalten. Hier münden die Erfahrungen des Verfassers ein, die er nicht zuletzt auch in der Gewerkschaftsarbeit gesammelt hat.



VERLAG OTTO SCHWARTZ & CO.

34 Göttingen, Annastraße 7

Vielleicht ein erster Schritt

Gewerkschaftskongreß über Fragen der Migration in Belgrad

Mehr als die Hälfte des Kommuniqués wurde von der Aufzählung der teilnehmenden 26 Organisationen aus 15 Ländern beansprucht, der Rest war dürrig. Auf der Schlußveranstaltung des Kongresses waren sich die Gewerkschaftskollegen aus Europa und Nordafrika einig, daß der Kongreß über Probleme der Immigration und Emigration von Arbeitskräften – kurz Migration – eine größere Bedeutung hatte, als dem Kommuniqué zu entnehmen war, das als „konkreten“ Inhalt nur die gute Arbeitsatmosphäre und den Beschluß verzeichnete, sich möglichst nach gründlicher Vorbereitung wieder zu treffen (wahrscheinlicher Gastgeber wäre – die Zustimmung des Vorstands vorausgesetzt – der Deutsche Gewerkschaftsbund). Aber eben diese größere Bedeutung für alle Beteiligten akzeptabel zu formulieren, war einem Redaktionskomitee nach langen, teilweise heftigen Diskussionen nicht gelungen.

Während der drei Tage in Belgrad war es den delegierten Gewerkschaftern nicht geglückt, über eine Aufzählung der Probleme ausländischer Arbeitnehmer und der Aufnahme- bzw. Abgabelländer hinaus auch Lösungsvorschläge auszuarbeiten. Dies wäre für einen ersten Versuch auf diesem bislang eher vernachlässigten Gebiet auch wohl zuviel verlangt gewesen. Nicht zuletzt deswegen, weil ideologisches Fundament und spezifische Interessenlage der Beteiligten manchmal stark voneinander abwichen, ungeachtet der häufig beschworenen und wohl auch beachteten „Internationalen Solidarität“. Jedenfalls hatte der Jugoslawische Gewerkschaftsbund als Gastgeber – und damit an einem Erfolg des Kongresses in ganz besonderem Maß interessiert – die nicht ganz leichte Aufgabe, auftretende Spannungen möglichst auszugleichen und Auseinandersetzungen im Rahmen gewerkschaftlicher Solidarität bleiben zu lassen.

Vor Beginn der Tagung konnte man hören, es sei eine Front der „Geberländer“, d. h. der Länder, aus denen Arbeitskraft in andere, industrialisierte Länder exportiert wird, gegen die

„Nehmerländer“ zu erwarten. Daß diese Voraussage nicht eintraf, hatte verschiedene Gründe, vor allem wohl den, daß trotz eines gewissen patriotischen Bewußtseins, das in manchen Diskussionsbeiträgen spürbar war, die Delegationsteilnehmer sich nicht zuallererst als Vertreter ihrer Länder, sondern als Vertreter der Arbeitnehmer und deren Interessen empfanden. Damit wurden ihre möglichen Kontrahenten aus den Einwanderungsländern zu Kollegen, die als Gewerkschafter für das gleiche Ziel stritten. Als ein weiterer Grund muß die – bedauerliche – Tatsache angesehen werden, daß trotz häufiger Beschwörungen, die besonders von der DGB-Delegation kamen, konkrete Probleme, von Ausnahmen abgesehen, nur gestreift wurden. Man beschränkte sich zu häufig auf grundsätzliche Erwägungen, sprach mit erhobenem Zeigefinger von den Mißständen beim Import und Export menschlicher Arbeitskraft und bot keine Lösungsvorschläge an (die DGB-Delegation stellte in dieser Hinsicht eine der wenigen rühmlichen Ausnahmen dar und bemühte sich in zahlreichen Referaten nicht nur um grundsätzliche Erklärungen und moralische Appelle, sondern auch um detaillierte Darstellung der vom DGB angestrebten Lösungen). Es habe keinen Zweck, mit Tränen in der Stimme das Schicksal der ausländischen Arbeitnehmer (und ihrer Herkunftsländer) zu beklagen, ohne zu sagen, wie und was verbessert werden solle und könne, meinte deshalb auch Max Diamant von der IG Metall und Mitglied der deutschen Delegation. Vor allem aber sei es falsch, nur die negativen Aspekte der Migration, die nicht geleugnet werden sollten, zu sehen und dabei alles das, was die Gewerkschaften teilweise in internationaler Zusammenarbeit oder gegenüber ihren Regierungen an Verbesserungen für die ausländischen Arbeitnehmer geleistet hätten, zu übersehen.

An diesem Punkt vor allem schieden sich die Geister: Die Gewerkschafter aus den Einwanderungsländern bestanden in ihren Diskussionsbeiträgen darauf, daß die Migration zwar eine

Unzahl von Problemen aufwerfe und noch vieles getan werden müsse, um das Los der ausländischen Arbeitnehmer zu verbessern, aber daß andererseits die Migration nicht nur Schattenseiten habe. So helfe die Migration z. B. Arbeitslosigkeit in den Auswanderungsländern zu bekämpfen, neues Wissen und Können mit den Rückwanderern in ihre Heimatländer zu importieren und vor allem auch den Lebensstandard der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien zu verbessern.

Dagegen bestanden die Kollegen aus den Entsendungsländern teilweise darauf (die Delegation des Schwedischen Gewerkschaftsbundes schloß sich dieser Meinung interessanterweise an), daß die Migration zumindest den Entsendungsländern nur Nachteile bringe. In späteren Gesprächen zwischen einzelnen Delegierten wurde diese krasse Meinung zwar modifiziert, aber die Meinungsverschiedenheit verhinderte u. a. die Verabschiedung eines inhaltsreichen Kommuniqués. Von deutscher Seite aus wurde mit einer gewissen Logik argumentiert, es könne den Gewerkschaften in den Einwanderungsländern schwerlich zugemutet werden, falls man dieser Ansicht der Entsendungsländer zueigne, eine Sache zu dulden und sogar organisatorisch zu unterstützen, die auf die Ausbeutung und die dauernde Schädigung anderer Gesellschaften hinauslaufe. Konsequenter sei es, wenn die Gewerkschaften, die der Meinung seien, die Migration sei etwas Schädliches, forderten, die Migration zu bekämpfen und ganz zu stoppen.

Daß diese Konsequenz auch nicht den Beifall der Delegationen aus den Auswanderungsländern fand, versteht sich am Rande. Ohne Migration würden die zahlreichen sozialen Probleme in manchen Ländern noch drückender, als sie es ohnehin schon sind; man braucht sich zur Verdeutlichung dieser Tatsache nur vorzustellen, in welche wirtschaftliche Krise beispielsweise Jugoslawien geriete, wenn die 25 Prozent der jugoslawischen Arbeitnehmer, die ihren Lebensunterhalt im Ausland verdienen, gezwungen würden, auf dem jugoslawischen Arbeitsmarkt nach ohnehin knappen Arbeitsplätzen zu suchen.

Aber trotz dieser Argumente kam eine Einigung im Redaktionskomitee für das Kommuniqué nicht zustande. Dies bewirkte, daß auch auf die Formulierung von gemeinsamen Forderungen an eine zukünftige Gewerkschaftspolitik auf diesem Gebiet verzichtet wurde.

Ein weiterer strittiger Punkt, der die politischen Schwierigkeiten der gewerkschaftlichen Zusammenarbeit über nationale Grenzen hinweg verdeutlicht, war das Problem der Freizügigkeit der Arbeitnehmer. Nach den EWG-Verträgen haben die Arbeitnehmer aus EWG-Ländern das Recht, sich innerhalb der EWG einen Wohnsitz (und einen Arbeitsplatz) ohne Einschränkungen zu suchen. Das bedeutet für einen italienischen Arbeiter, daß er nach Stuttgart, Brüssel oder Marseille fahren kann, um sich dort mit der gleichen Berechtigung wie ein einheimischer Arbeiter einen Arbeitgeber zu suchen. Diese Regelung gilt nicht für Arbeitnehmer aus Nicht-EWG-Ländern, die aufgrund von bilateralen Abkommen je nach der Arbeitsmarktlage in die Aufnahmeländer vermittelt werden. Daß dies seinen Sinn, gerade auch für die ausländischen Arbeitnehmer, hat und daß auch eine „Kontingentierung“, möglichst mit den Gewerkschaften der Aufnahmeländer abgesprochen, dringend notwendig ist, ergibt sich aus der Überlegung, daß anderenfalls in den Industrieländern durch eine uneingeschränkte Einwanderung ein neues – ausländisches –, immer mehr verelendendes Proletariat entstünde, aus dem die Arbeitgeber als Druckmittel gegen die Gewerkschaften eine beliebige Zahl von billigen Arbeitskräften schöpfen könnten. Daß diese Sorge nicht unbegründet ist, verdeutlicht die bekannte „Liste“, auf der nach türkischen Angaben 1 Million Türken verzeichnet sind, die sich ihren Lebensunterhalt in der Bundesrepublik verdienen möchten. Im Augenblick werden die türkischen Arbeitnehmer in die Bundesrepublik vermittelt, die sich 1968 in diese Liste haben eintragen lassen.

Nach längeren Diskussionen wurde auch über diesen Punkt keine Einigkeit erzielt. Die Gewerkschaften aus den Aufnahmeländern in der EWG blieben ebenso bei der Meinung, daß die Römischen Verträge nicht ignoriert werden könnten und daß absolute Freizügigkeit der Arbeitnehmer auch aus den oben angeführten Gründen nicht wünschenswert wäre, wie die meisten Emigrationsländer – einschließlich der Delegation aus dem EWG-Land Italien – darauf bestanden, daß eine zumindest vergrößerte Freizügigkeit der Arbeitnehmer auch aus den Nicht-EWG-Ländern wünschenswert wäre.

Im Zusammenhang mit der EWG-Problematik fand der Vorschlag des jugoslawischen Gewerkschaftsbundes, bei der Brüsseler Kommission zu den Fragen der Beschäftigung auslän-

discher Arbeitnehmer auch Nicht-EWG-Länder zu Wort kommen zu lassen, wohlwollende Beachtung. Ebenso wurde der Vorschlag des deutschen Delegationsleiters Woschek begrüßt, ein europäisches Arbeitsamt parallel zum internationalen Arbeitsamt in Genf (das einen Vertreter entsandt hatte) zu schaffen, das sich besonders mit den Problemen der ausländischen Arbeitnehmer befassen solle.

Ein weiteres Problem, das zwar nicht vor dem Kongreß in aller Deutlichkeit angesprochen wurde, aber zumindest am Rande Diskussionen auslöste, war die gewerkschaftliche Vertretung der ausländischen Arbeitnehmer. Offiziell war man sich zwar einig, die Immigranten sollten sich möglichst zahlreich den Gewerkschaften der Einwanderungsländer anschließen, und eine „Spaltung der Arbeiterklasse“ sei in jedem Falle von Übel, aber der Verdacht blieb bei einigen Delegierten aus Aufnahmeländern, daß hier und da bei manchen Gewerkschaften der Entsendungsländer der Gedanke an eine eigenständige Vertretung „ihrer“ Arbeiter ventiliert wird. Daß dieses Problem den Deutschen Gewerkschaftsbund – in der Bundesrepublik arbeiten zur Zeit ungefähr 2,2 Millionen Ausländer – besonders beschäftigen muß, ist verständlich und auch, daß er mit aller Entschiedenheit jede „Fraktionierung“ des gewerkschaftlichen Kampfes ablehnt.

Ein Übersetzungsfehler bei der Rede eines italienischen Kollegen – die drei nichtchristlichen Gewerkschaftsbünde hatten eine gemeinsame Delegation entsandt – hätte fast zu einer Kontroverse zwischen der DGB-Delegation und der italienischen Delegation geführt: Max Diamant, in der IG Metall zuständig für ausländische Arbeitnehmer, hatte die italienischen Kollegen gefragt, ob die bislang schon bestehenden „Patronati“, Betreuungsorganisationen für italienische Arbeitnehmer im Ausland, über diese Funktion hinaus eine weitere – gewerkschaftliche – Aufgabe übernehmen sollten. Das etwas verklausulierte Nein wurde in der Übersetzung zu einem sehr bestimmten Ja, so daß eine Auseinandersetzung unvermeidlich schien. Glücklicherweise klärte sich der Fehler rechtzeitig; aber ein gewisses Mißtrauen blieb zumindest bei der deutschen Delegation.

Im Zusammenhang mit der Frage, inwieweit die Migration den beteiligten Ländern und den Migranten Vor- bzw. Nachteile bringe, wurde ein Problem angesprochen, das für die Entsendungsländer ebenso wie für zumindest die

kleineren Aufnahmeländer (z. B. Schweiz, Holland, Belgien) mit starken Emotionen belastet ist – nämlich die Frage, ob und wie viele der ausländischen Arbeitnehmer in dem Land, in dem sie Arbeit gefunden haben, auch eine neue Heimat finden würden. Hierzu waren die Standpunkte auch in den beiden Gruppen der Aufnahme- und Entsendungsländer alles andere als einheitlich. Für den Schwedischen Gewerkschaftsbund ist beispielsweise der Begriff „Ausländischer Arbeitnehmer“ tabu: In Schweden gibt es nur Einwanderer, die möglichst effektiv assimiliert werden, d. h. zu Schweden werden sollen. In der Schweiz wäre zumindest vorläufig eine solche Einstellung undenkbar (s. die bekannte Schwarzenbach-Aktion, die mit Hilfe einer Volksabstimmung generell die Einwanderung von „Fremdarbeitern“ verhindern wollte und nur sehr knapp scheiterte). Der DGB sagt in seinen „Leitsätzen“ über die ausländischen Arbeitnehmer, daß sie integriert, aber nicht assimiliert werden sollten und meint mit dieser auf den ersten Blick nicht ganz klaren Formel, daß die ausländischen Arbeitnehmer jede Chance erhalten sollten, in der Bundesrepublik mit den deutschen Kollegen innerhalb der deutschen Gesellschaft ein gleichberechtigtes Leben zu führen, aber daß die Entscheidung, ob sie in der neuen Heimat bleiben möchten oder lieber in die alte zurückkehren wollen, absolut frei sein müsse.

Ihrer Interessenlage gemäß entspräche es den Vorstellungen der Gewerkschafter aus den Entsendungsländern mehr, wenn ihre Kollegen nach einiger Zeit im Ausland, reicher an Erfahrung und materiellen Gütern, wieder zurückkehrten. (Zumindest von jugoslawischer Seite wurde dabei betont, dieser Schritt sei selbstverständlich freiwillig, aber es müsse alles erfolgen, damit der Kontakt zum Herkunftsland in sozialer und gerade auch in kultureller Hinsicht nicht abreiße, die Gewerkschaften der Emigrations- und Immigrationsländer müßten sich also vermehrt und in solidarischer Zusammenarbeit dieser Aufgabe annehmen, aber natürlich sei zumindest von jugoslawischer Seite nicht an eine irgendwie geartete gewerkschaftliche Ersatzorganisation gedacht.) Wie weit patriotische Gefühle bei der Hoffnung auf Rückkehr der im Ausland arbeitenden Kollegen eine Rolle spielen, ist ohne Interesse, jedenfalls aber ergibt sich aus eben dieser Hoffnung eine gewisse Diskrepanz in den gewerkschaftlichen Anstrengungen, denn mit zu-

nehmender Gleichberechtigung der ausländischen Arbeitnehmer in ihren Gastländern und ihrer verstärkten Integration nicht nur am Arbeitsplatz – so erwünscht sie unter dem Gesichtspunkt des gewerkschaftlichen Kampfes für ein menschenwürdigeres Leben sein mag – ergibt sich ein höherer Prozentsatz derjenigen, die die neuen Lebensumstände ihrer ehemaligen sozialen Umgebung vorziehen. Aber auf die Dauer wird wahrscheinlich unter den beteiligten Gewerkschaften Einigkeit darüber zu erzielen sein, daß das Wohl des einzelnen dem Wohl des jeweiligen Staates so oder so vorzugehen habe.

Schriftenreihe
des Forschungsinstituts
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Gerhard Eisfeld
**Die Entstehung der liberalen
Parteien in Deutschland
1858-1870**

Studie zu den Organisationen und
Programmen der Liberalen
und Demokraten
240 Seiten, broschiert 24,80 DM

Im Gegensatz zur bisherigen überwiegend Ideengeschichtlichen Betrachtung des Liberalismus stellt Eisfeld in den Mittelpunkt seiner Arbeit die politische Wirklichkeit: Organisation und Führungsstruktur der liberalen Parteien in Deutschland werden auf Grund von Parteibeschlüssen und -programmen untersucht. Im Kongreß Deutscher Volkswirte, in den Fortschrittsparteien und der National-liberalen Partei zeigt sich schon früh die Trennung zwischen den National-liberalen, denen es vor allem um die Einigungspolitik ging, und den Demokraten, die sich für einen parlamentarisch-demokratischen, sozialen Staat einsetzten.

Verlag für Literatur und Zeitgeschehen

osteuropa

Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens

Gegründet 1925 in Berlin von Professor Dr. Otto Hoetzsch
Herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde
Redigiert von Professor Dr. Klaus Mehnert
Seit 1969 mit OSTEUROPA-ARCHIV

OSTEUROPA ist mit über 1800 Seiten pro Jahrgang die umfang- und materialreichste unter den vergleichbaren Zeitschriften der Welt.

OSTEUROPA behandelt alle Fragen der kommunistischen Welt, vorwiegend der Sowjetunion und osteuropäischer Länder, aber auch anderer kommunistisch regierter Staaten sowie des Weltkommunismus insgesamt.

OSTEUROPA analysiert, informiert und dokumentiert.

OSTEUROPA brachte vor kurzem unter anderem Beiträge von

Endre Antal (über die Werbung in Osteuropa)

Oskar Anweiler (über die „Ostpädagogik“)

Dieter Burrack (über die sowjetische Afrika-Politik)

Werner Gumpel (über Integration und Integrationskriterien im RGW)

Aloys Hasrich (über die sowjetische Rechtsanwaltschaft)

Peter Hübner (über die Zensur in der Sowjetunion)

Wolfgang Kasack (über die sowjetische Wissenschaftsplanung)

Alexander Uchakow (über die Ostrechtsforschung)

OSTEUROPA brachte im Februar-Heft Beiträge von

Robert Stupperich **Eugen Voss**, **Baymirza Hayit**, **Karl Hartmann** und **Gerhard Simon**
über die Probleme von Kirche — Religion — Staat

OSTEUROPA bringt in Kürze unter anderem Aufsätze von

René Beermann (über Wandlungen des Dostojewskij-Bildes in der UdSSR)

Arnold Buchholz (über die wissenschaftlich-technische Revolution und den Wettbewerb der Systeme)

Robert K. Furtak (über Parteilonismus und Interessenpluralismus in Osteuropa)

Leopold Grünwald (über den Mythos „Weltsystem“ und „Weltbewegung“)

Wolf Oechles (über Rauschgift und Drogensucht in der ČSSR)

Gothold Rhode (über den Warschauer Parteitag)

Paul Roth (über die sowjetische Zeitschriftenpresse)

Alvin Z. Rubinstein (über „Nach Tito — was dann?“)

Walter Schilling (über die Sowjetpolitik im Nahen Osten)

OSTEUROPA erscheint monatlich. Jahresabonnement DM 48,— = \$ 13,10 = sfr. 58,60 zuzüglich Porto; für Studenten, Schulen und ähnliche Institutionen im Abonnement jährlich DM 32,— zuzüglich Porto.

Bestellung durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag.

Probehefte kostenlos bei der



Deutschen Verlags-Anstalt
7 Stuttgart 1, Postfach 209

Entwicklung und Umwelt

Zu einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung

„Wer bei der Entwicklungspolitik beginnt, endet beim Umweltschutz und umgekehrt.“ (Bundesminister Erhard Eppler)

Die Zahl der „umweltbewußten“ Bürger in der Bundesrepublik hat sich im vergangenen Jahr auf fast 100 Prozent erhöht und somit mehr als verdoppelt. Die Forderung nach Umweltschutz rangiert heute, nach dem Verlangen nach besseren Schulen, an zweiter Stelle.

Die Beziehung zwischen Entwicklungspolitik und Umweltschutz wurde bisher nicht ausreichend erkannt. Es sind aber voneinander abhängige und untrennbare Probleme. Mit diesen Feststellungen leitete Erhard Eppler seinen Vortrag anlässlich der zum Thema „Entwicklungspolitik und Umweltschutz“ von der Friedrich-Ebert-Stiftung veranstalteten Tagung ein.

Gefahren für physische und soziale Umwelt

W. Manshard von der UNESCO verdeutlichte die sehr komplexen Umwelteinflüsse anhand eines Dreiecks, dessen Basis das Ökosystem und die beiden Schenkel die Wirtschafts- und Landschaftsentwicklung bilden. Letztere, Wirtschafts- und Landschaftsentwicklung, können das Ökosystem außer Gleichgewicht bringen. Sie hängen voneinander ab und sind in Industrie- und Entwicklungsländern unterschiedlich stark ausgebildet.

1. Das Ökosystem. Die Biosphäre umfaßt alles Leben auf der Erde. Sie wird in Ökosysteme untergliedert. Jedes Ökosystem ist in sich geschlossen, das heißt, alle in ihm lebenden Organismen können voneinander und miteinander leben. Sie sind, je nach der Vielfalt ihrer „Bewohner“, gegenüber Schwankungen im Klima, Feuchtigkeit, Lichtverhältnissen etc. anfällig. Als Ökosysteme können tropische Regenwälder, Savannen, Flüsse oder Ozeane bezeichnet werden.

Das Ökosystem muß sich ständigen Einflüssen von außerhalb anpassen. Diese Anpassung kommt in der Mutation und Auslese seiner „Einwohner“ zum Ausdruck. Werden die Stö-

rungen so stark, daß sich das System nicht mehr beizeiten anpassen kann und eine Vielzahl seiner „Einwohner“ ausstirbt, bricht es zusammen.

2. Die Landschaftsentwicklung. Eine vielseitig strukturierte, von kleinen Wäldern durchsetzte Agrarlandschaft mit Fruchtwechselwirtschaft wäre ideal, um das Ökosystem regenerationsfähig zu erhalten. Die Landwirtschaft geht aber in verstärktem Maße zu Monokulturlandschaften über. Die Monokulturen ermöglichen uns zwar, größere Flächen rationeller zu bearbeiten, sie bieten aber nur wenigen Arten einen Lebensraum. Einerseits entzieht eine Großzahl von gleichen Pflanzen dem Boden auch immer die gleichen Wirkstoffe (deshalb verlangen Monokulturen auch zunehmende Düngung), andererseits bieten große Flächen gleicher Pflanzen spezifischen Schädlingen einen guten Lebensraum. Daher werden Schädlingsbekämpfungsmittel (Pestizide) in steigendem Maße erforderlich. Die Pestizide, die ja nicht nur Schädlinge vergiften, führen zu einer stärkeren Verarmung des Ökosystems, die Kunstdünger zu einer erhöhten Anfälligkeit der Pflanzen, also zu einem steigenden Bedarf an Pestiziden.

Düngemittel, die in das Wasser gelangen, führen zur Eutrophierung. Pestizide hingegen können Wassertiere vergiften und das Wasser auch für den Menschen ungenießbar machen.

Bedenkt man, daß nach den Schätzungen der FAO bis 1985 das gesamte agrarisch nutzbare Land der Erde unter Agri-Kultur liegen und eine Zunahme der Nahrungsmittelproduktion nur noch durch erhöhte Erzeugung pro Flächeneinheit möglich sein wird, und bedenkt man ferner, daß allein in den 15 Jahren zwischen 1951 und 1966 sich die Anwendung von Pestiziden verdreifacht und die von Düngemitteln vervierfacht hat, während die Ernten nur um 1/3 zugenommen haben, kann man die ökologischen Schäden, die auf uns zukommen, ahnen. Es sei denn, es werden andere Mittel gefunden.

3. Stadt und Industrie. Die Bevölke-

rungszuwachsrare ist in den ärmsten Entwicklungsländern am höchsten. Sie führt zu einem überaus schnellen Wachsen der Großstadt-slums. Eine schnelle Industrialisierung scheint, zumindest kurzfristig, die einzige wirksame Maßnahme gegen Armut, Krankheit und Arbeitslosigkeit der Slumbewölkerung zu sein. Wird aber eine Industrie schnell und mit wenig Mitteln aufgebaut und kann so Umweltschutzmaßnahmen nicht berücksichtigen, hat sie negative Rückwirkungen auf das Ökosystem: ungeklärte, giftige Abwässer gelangen in die Flüsse, und giftiger Rauch stömt in die Luft. Auch die Industrie, betonte H. Giesecke vom Industrie- und Handelstag, habe erkannt, daß die Umweltprobleme der Entwicklungsländer in erster Linie durch die Belastung der Ökosysteme ausgelöst werden. Die Erhaltung der gesunden Umwelt aber sei uns allen auferlegt — auch die ohnehin durch Umweltschutzaufgaben belastete Industrie müsse hierbei helfen. Das Ziel aber könne nur durch eine Zusammenarbeit aller Nationen erreicht werden.

Auf die wichtigsten Umweltprobleme der Großstädte in den Entwicklungsländern wies B. H. Dieterich von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) hin. Sie werden noch nicht durch die Industrie verursacht, sondern sind in erster Linie Probleme der Gesundheit. Besonders schnell verbreiten sich in den dichten Siedlungsräumen die durch Wasser übertragenen Krankheiten. Da es in den Slums weder Klär- noch Abfallbeseitigungsanlagen gibt, erkranken Hunderte von Millionen Menschen, hauptsächlich Kinder und Säuglinge, jährlich an Magen- und Darmkrankheiten.

Bodenzerstörung und „Versumung“ bilden den Teufelskreis, der von einem kaum bekämpfbaren Faktor ausgelöst wird.

4. Die Bevölkerungsexplosion. Eine Weltbevölkerung, die sich alle 30 Jahre verdoppelt, benötigt einerseits immer mehr Nahrungsmittel, die wegen der begrenzten Bodenressourcen in zunehmendem Maße aus Monokulturen stammen werden, und andererseits immer mehr Arbeitsplätze, deren Beschaffung eine wachsende Industrialisierung voraussetzt. „Wir sind ... überzeugt, daß der Bevölkerungsdruck in der Welt bereits ein solches Ausmaß erreicht hat ..., daß schon dies allein die Menschheit zwingen muß, einen Gleichgewichtszustand auf unserer Erde anzustreben ... (der) sich nur dann einstellen kann, wenn das Los der sogenannten Entwicklungs-

länder wesentlich verbessert wird und zwar sowohl in absoluten Begriffen wie im Vergleich zu den wirtschaftlich entwickelten Ländern ...“ (Minister Eppler nach Meadows, „The limits of Growth“). „Nun ist es eine Binsenwahrheit“, meinte Eppler weiter, „daß das Bevölkerungswachstum in Entwicklungsländern zu tun hat mit dem Mangel an Bildung, Beschäftigung, Ernährung oder sozialer Sicherung, kurz mit dem Elend in diesen Ländern.“

Wege zur Lösung

Die Umweltprobleme der Entwicklungsländer lassen sich nur durch deren Entwicklung eindämmen. Da eine Verschlechterung der Ökosysteme in den Entwicklungsländern sich auf die gesamte Biosphäre auswirkt, müssen die Industriestaaten den Entwicklungsländern beistehen, nicht zuletzt, um selbst überleben zu können. Wegen dieser engen Beziehungen zwischen Entwicklung und Umwelt ist es, so meint Erhard Eppler, „nicht nur ein zeitlicher Zusammenfall, daß die UN vier Wochen nach Beendigung der dritten Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) in Santiago de Chile zu ihrer ersten weltweiten Umweltkonferenz nach Stockholm eingeladen haben. Es besteht auch ein sachlicher Zusammenhang. Bei den Stockholmer Diskussionen wird klar werden, daß der Umweltschutz keine Alternative zur Entwicklungspolitik, sondern eine ergänzende Maßnahme ... ist. Die Entwicklungsländer werden in Stockholm mit der These konfrontiert werden, daß sie keine Industrialisierung nach dem Muster und nach den Methoden der Industriestaaten anstreben können ... Auf der anderen Seite ist es weder vertretbar noch durchsetzbar, daß die mächtigen Industrieländer einen Weltmorgenthauplan für die Entwicklungsländer verabschieden, der diese zur Agrarprovinz unseres industriellen Wohlstandes macht.“

Aus dem Referat von Prof. Manshard ging hervor, daß der Zusammenhang zwischen Unterentwicklung, Zerstörung der natürlichen Ressourcen und Bevölkerungsentwicklung auch den Wissenschaftlern der Entwicklungsländer bewußt ist. Auf der UN-Tagung in Canberra 1971 drückten sie ihre Besorgnis über diese Entwicklung aus, meinten aber zugleich,

- es brauche keinen Konflikt zwischen ökologischen und sozio-ökonomischen Faktoren zu geben, wenn sie gemeinsam geplant werden;
- die positiven Auswirkungen der Wirtschaft

müßten intensiviert, die negativen vermieden werden. Dies lasse sich nur durch die Anwendung ökologischer Methoden durchführen. Wegen der Verschiedenheit der Ökosysteme, der Kultur und der Wirtschaft könnten ausländische Berater nur bedingt behilflich sein. Die Ökosysteme der Tropen sollten von den Wissenschaftlern aus diesen Regionen untersucht und die gewonnenen Daten jeder Regierung zur eigenständigen Planung ihrer Umweltschutzmaßnahmen zur Verfügung stehen.

500 Wissenschaftler aus 98 Entwicklungsländern, die in einer Fragebogenaktion eines Mitarbeiters von Prof. Manshard befragt wurden, zeigten sich in erster Linie besorgt wegen der

- Entwaldung durch Baumschlag und Brandrodung,
- Bodenerosion, die fruchtbare Böden zerstört,
- Bodenverunreinigung durch Biozide (Schädlingsbekämpfung),
- zunehmenden Verstädterung, „Verslumung“ und der damit verbundenen Gesundheitsprobleme,
- Migration und Landflucht.

Botschafter Phiri aus Sambia stützte diese Erkenntnisse der Wissenschaftler, indem er auf die Realitäten seines Landes verwies. Er betonte z. B., daß in seinem Land die schwersten Umweltschäden in der Bergbauprovinz, dem Copperbelt, und in den urbanen Zentren festzustellen sind.

Die Entwicklungsländer nehmen alle neuen Studien, die sich mit Ökologie und Umweltschutz befassen, zur Kenntnis, sie sind dabei auf die Erfahrungen der Industrieländer angewiesen, müssen aber das souveräne Recht behalten, die Maßnahmen zum Schutz ihrer Umwelt selbst zu bestimmen.

In diesem Sinne ist auch die von Brasilien eingebrachte Resolution 2849 der Vollversammlung der Vereinten Nationen vom 20. Dezember 1971 zu verstehen. Sie wurde von fast allen Entwicklungsländern allein gegen die Stimmen der USA und Großbritanniens unterstützt und von der Vollversammlung angenommen. Minister Eppler nannte ihre wichtigsten Punkte:

1. Weltweite Umweltverschmutzung wird in erster Linie von den hochentwickelten Ländern verursacht, die konsequenterweise die Finanzierung von Korrekturmaßnahmen zu tragen haben.

2. Voll zu respektieren ist das souveräne Recht eines jeden Landes, ökonomische Prioritäten, Umweltstandard und -maßnahmen auf nationaler Ebene selbst zu bestimmen. Insbesondere gilt die permanente Souveränität über Bodenschätze als unantastbar.
3. Zusätzliche finanzielle und technische Entwicklungshilfe ist über die Ziele der zweiten Entwicklungsdekade hinaus zu leisten. Die Entwicklungsländer erhalten das Recht, für die Einhaltung dieser Maßnahmen zu sorgen.

Das seien legitime Forderungen der Entwicklungsländer, meinte Minister Eppler, denn „solange Hunderte von Millionen unterbeschäftigter, unterernährter, notdürftig behauseter Analphabeten keine andere Chance haben, als noch mehr unterbeschäftigte, unterernährte, übel behausete Analphabeten hervorzubringen, sind alle gefährdet ... Das Ausbrechen der Entwicklungsländer aus dem Unheilszirkel von Bevölkerungszuwachs und Elend, (kann) nur gelingen ... wenn auch gesellschaftliche Strukturen sich ändern, so wird die Einsicht in die Bedeutung der Ökologie auch uns vor neue politische Aufgaben stellen ... Ob wir es wollen oder nicht: in den vor uns liegenden Jahren wird sich unser politisches Denken, unser politisches Wertesystem, werden sich die Prioritäten unseres politischen Handelns gründlicher verändern, als wir es uns heute vorstellen können. Die beiden Hauptbegriffe, von denen dieser unausweichliche Prozeß der Neuorientierung ausgehen wird, heißen: Entwicklung und Umwelt.“

**VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA – INSTITUT
FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG – HAMBURG**

Market and Marketing in the Federal Republic of Germany

von Christian Wilhelms und Klaus Boeck

Dieser Exportleitfaden für Entwicklungsländer analysiert Marktverhältnisse und Absatzmöglichkeiten für das Marketing Ihrer Konsumgüter in der Bundesrepublik. Dabei werden die Struktur und die Entwicklungstendenzen des Konsumpotentials und der Absatzchancen für Entwicklungsländer ebenso dargestellt wie die Marketinginstrumente und die Grundzüge der Importregelung in der Bundesrepublik. In seiner zweiten Funktion als Nachschlagewerk enthält der Exportleitfaden bedeutsame Quellen- und Adressenhinweise zur Marktinformation und Kontaktabnahnung sowie Statistiken über Marktdaten und Konsumgüterimporte aus Entwicklungsländern. (In englischer Sprache)

Großoktav, 253 Seiten, 1971, broch. DM 19.80

VERLAG WELTARCHIV GMBH • HAMBURG

Für ein größeres Europa

Zum Internationalen Kongreß der Friedrich-Ebert-Stiftung in Leverkusen

Die deutschen Sozialdemokraten haben Europa nicht erst nach dem Zweiten Weltkrieg entdeckt. Ihre Europa-Politik reicht zurück bis in die Zeit vor der Reichsgründung 1871, und die Kontinuität dieser Politik läßt sich bis auf den heutigen Tag nachweisen. Doch zu keiner Zeit sind von deutschen Sozialdemokraten derart starke Impulse in die europäische Einigungsbewegung hineingebracht worden wie seit der Bildung der sozialliberalen Koalition und der Regierung unter Bundeskanzler Willy Brandt. Willy Brandt selbst war es, der in seinem Referat auf dem Europa-Kongreß der Friedrich-Ebert-Stiftung in Leverkusen auf die erfolgreichen Bemühungen der Haager Gipfelkonferenz im Dezember 1969 hinwies, den festgefahrenen Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien eine neue Basis zu verschaffen. Im November 1970 wurden dann in einer Regierungserklärung für das beginnende Jahrzehnt fünf wesentliche Ziele anvisiert:

- Die baldige Erweiterung der Gemeinschaft um die beitragswilligen Staaten,
- die Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion, die die Römischen Verträge weiterführen und vervollständigen soll,
- die beginnende westeuropäische politische Zusammenarbeit so zu entwickeln, daß daraus eine politische Gemeinschaft werden kann,
- die Partnerschaft der Gemeinschaft mit Amerika zu etablieren und auf angemessene Weise weltpolitische Verantwortung zu übernehmen,
- und nicht zuletzt den jeweils gegebenen Möglichkeiten der Kommunikation und Kooperation mit den Staaten Osteuropas nachzugehen und sie im allseitigen Interesse zu nutzen.

Nach anderthalb Jahren läßt sich unzweifelhaft feststellen, daß alle genannten Ziele in Angriff genommen worden sind und daß in allen wesentlichen Fragen Übereinstimmung zwischen der Bundesregierung und den EWG-Partnern besteht. Die Gipfelkonferenz der er-

weiterten Gemeinschaft im Oktober dieses Jahres in Paris, so der Bundeskanzler, wird die nächsten Ziele in diesem Prozeß festlegen. Mit Nachdruck verwies Willy Brandt auf die notwendige Effizienz der Gemeinschaftsinstitutionen: *„Europäisches Parlament, Ministerrat und Kommission müssen ihre spezifischen Mitwirkungsmöglichkeiten an der Willensbildung und am Entscheidungsprozeß als Ergebnis der Gipfelkonferenz gestärkt sehen.“* Dies gelte z. B. für die Mitwirkung der Kommission beim Aufbau einer Wirtschafts- und Währungsunion.

Im gesellschaftspolitischen Bereich müsse und könne sich Westeuropa *„innerhalb des nächsten Jahrzehnts als sozial fortschrittlichster Raum der Erde qualifizieren“*.

Besondere Verantwortung trage die erweiterte Gemeinschaft gegenüber den Staaten Westeuropas, die aufgrund ihrer besonderen Lage nicht Mitglied der EWG werden können und doch daran interessiert sind, ihr Verhältnis zur Gemeinschaft so gut wie möglich zu ordnen.

Das Motto „Für ein größeres Europa“ schließt für Willy Brandt auch die Möglichkeiten des Austausches und der Kooperation mit den osteuropäischen Staaten in die Überlegungen der Gemeinschaften ein, denn der westeuropäische Zusammenschluß einerseits und die Kooperation zwischen West- und Osteuropa andererseits stünden nicht im Widerspruch zueinander, sondern sie ergänzten sich und stellten wesentliche Bauelemente einer europäischen Friedensordnung dar. Denn: *„Die von der Bundesregierung geführte Ost-West-Politik ist ja ein Bestandteil der sich langsam herausbildenden Ost-West-Politik des westlichen Europas, überdies abgestimmt in der Atlantischen Allianz... Es gilt, beides im rechten Zusammenhang zu sehen, auch in der beiderseitigen und wechselseitigen Bedeutung für die dauerhafte Organisation des Friedens in unserem Teil der Welt.“*

Mut zur realen Utopie!

Jean Monnet, der erste Präsident der suprana-

tionalen Hohen Behörde der Montanunion, ging in seinem Referat davon aus, daß es in „jedem großen menschlichen Unternehmen einen Anteil von Traumdenken gibt, das zu seinem Gelingen führen soll. Aber der Traum, dauert er fort, wird eines Tages Wirklichkeit, weil sich dann die Menschen bemühen, die für die Verwirklichung notwendigen Schwierigkeiten zu überwinden. Allmählich entgleitet der Traum, und die Verwirklichung tritt ein. Das trifft für uns zu, das ist die Einheit Europas.“

Monnet ließ die diversen Phasen in den mehr als 20jährigen Einigungsbemühungen Revue passieren: „Seit mehr als 20 Jahren setzen die Regierungen trotz der Schwierigkeiten und Fehlschläge Schritt für Schritt ihre gemeinsamen Anstrengungen zur Überwindung der Hindernisse auf dem Weg der Verwirklichung dieser großen Hoffnung fort.“

Monnet ist ganz Realist, wenn er eines der großen Hemmnisse der nicht reibungslosen Verwirklichung der Einheit Europas in der Furcht vor Veränderungen bei einem großen Teil der Bevölkerung sieht. Aber: „Wir sehen schon die Perspektiven der Veränderung, die der begonnene europäische Aufbau in der Welt bringen wird: Das so starke Amerika hat lange den Aufbau Europas unterstützt. Dann haben manche in den Vereinigten Staaten angesichts des Zögerns der europäischen Länder, sich zusammenzuschließen, denken können, daß der Zusammenschluß Europas in kollektiven Verhandlungen mit den USA gelöst werden kann.“

Nach Monnet resultieren die gegenwärtigen Unsicherheiten aus der Tatsache, daß die Veränderungen, die diese Anpassung erfordert, noch nicht abgeschlossen sind. Es sei einerseits notwendig, daß die USA in ihren Beziehungen zu Europa den Begriff der Gleichheit anerkennen, und andererseits erforderlich, daß Europa aus einer Lage der Teilung und Unterlegenheit zu Einheit und Gleichheit gelangt.

Im Hinblick auf Großbritannien und die drei weiteren beitrittswilligen Staaten stellt Jean Monnet für die „Vereinigten Staaten von Europa“ die zuversichtliche Prognose: „Wir werden das geeignete und organisierte Europa mit einer Stimme und gleichberechtigt an den Diskussionen der großen Weltmächte – USA, Sowjetunion und China – teilnehmen sehen, und es wird in diesen Diskussionen seinen Beitrag zum Frieden leisten.“

Der Vizepräsident der Kommission der Euro-

päischen Gemeinschaften, Wilhelm Haferkamp, stellte trotz einer kritischen Bilanz dessen, was die Gemeinschaften aufgrund der Ziele, wie sie in den Römischen Verträgen konzipiert sind, realisiert haben, fest, daß sich die Gemeinschaften positiv auf die Volkswirtschaften der Mitgliedsstaaten ausgewirkt haben. Sichtbare Beispiele dafür seien:

- Zwischen 1958 und 1971 hat sich der Handel zwischen der Europäischen Gemeinschaft und Drittländern verdreifacht; der Handel innerhalb der Mitgliedsstaaten vervielfachte sich sogar.
- Die ausländischen Investitionen in der Europäischen Gemeinschaft haben rasch zugenommen.
- Es gibt erste Beispiele für transnationale Konzentration und Kooperation innerhalb der Europäischen Gemeinschaft.
- Ein Netz der spezifisch geordneten Handelsbeziehungen nach außen ist entstanden (40 Assoziierungs- und Handelsabkommen).

Aber der Grad der Realisierung ist nach Haferkamp nicht immer zufriedenstellend. Auch dafür gebe es Beispiele:

- Der Warenverkehr, in dem technische Handelshemmnisse, die Verzögerung bei der Einführung der Mehrwertsteuer und Kontrollen an den Grenzen wegen unterschiedlicher Steuern eine Rolle spielen.
- Der Kapitalverkehr, der noch weitestgehend national gehandhabt wird. Der „europäische Kapitalmarkt“ existiert praktisch nur in Form des unkontrollierten EURO-Devisenmarktes.

– Der Personenverkehr, der durch Grenzkontrollen gekennzeichnet ist.

- Die Wettbewerbsverfälschungen. Hier genügt ein Hinweis auf die Beihilfenflut.

Die Umsetzung der ökonomischen Realität in politisches Handeln sei nur im Ansatz sichtbar: Regionale, strukturelle Diskrepanzen; regionale und sektorale Strukturpolitik; soziales Gefälle – Sozialpolitik.

Aus all dem zog Haferkamp drei Schlußfolgerungen für die Zukunft:

- Wir müssen den Gemeinsamen Markt vollenden und sichern.
- Wir müssen die Entscheidungsprozeduren in der Gemeinschaft verbessern.
- Wir müssen mehr Entschlußfreudigkeit zeigen, wenn es darum geht, aus der Realität „Gemeinsamer Markt“ Schlußfolgerungen für politisches Handeln zu ziehen.

250 Millionen Verbraucher

Nach Meinung des Staatssekretärs im Wirtschafts- und Finanzministerium Detlev Rohwedder, erhalten wirtschaftliches Wachstum und Wohlstandsvermehrung durch den rund 250 Millionen Verbraucher umfassenden Binnenmarkt einer erweiterten Gemeinschaft kräftige Impulse. Die neuen Beschlüsse über die Wirtschafts- und Währungsunion seien in der Substanz bereits angereichert und im Detail konkretisiert worden.

Die eingesetzte Koordinierungsgruppe biete zumindest in der gegenwärtigen Integrationsstufe bessere Voraussetzungen für eine tatsächliche Abstimmung der Konjunkturpolitik der Mitgliedsstaaten. Insbesondere seien auch die währungspolitischen Abmachungen so beschaffen, daß das in den stabilitätsbewußten Ländern befürchtete „Integrationsopfer“ in Grenzen gehalten werden kann. In der Haushalts- und Steuerpolitik, in denen die Integration bisher nur wenig vorangekommen ist, sei es unerlässlich, zu einer Koordinierung bzw. Harmonisierung zu kommen.

Auf handelspolitischem Gebiet erfordert die Tatsache, daß die EWG einen immer größer werdenden Präferenzraum darstellt, nach Auffassung Rohwedders eine um so liberalere und weltoffenere Haltung.

Gemeinsame Außenpolitik

Zum Thema „Die außenpolitische Bedeutung einer erweiterten Gemeinschaft“ stellte der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Sigismund Frhr. v. Braun, fest: *„Europa ist eine außenpolitische Realität, hat aber noch keine eigene Außenpolitik, die es befähigen würde, in allen außenpolitischen Fragen mit einer Stimme zu sprechen.“* Auf der Gipfelkonferenz im Oktober dieses Jahres werden nach Ansicht des Staatssekretärs die zehn Regierungschefs insbesondere darüber beraten, auf welche Weise die Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten auf dem Gebiet der eigentlichen Außenpolitik vertieft und näher an die Gemeinschaft gebracht werden kann.

Zum spezifischen außenpolitischen Problem der Beziehungen der Gemeinschaft zu den USA war der stellvertretende US-Außenminister, Nathaniel Samuels, der Auffassung, daß Amerikaner und Europäer ihre wechselseitigen Beziehungen den gewandelten politischen Verhältnissen anpassen sollten, denn die „bipolare Welt der fünfziger Jahre“ haben im letzten Drittel unseres Jahrhunderts den „multiplen

Machtzentren“ deutlich Platz machen müssen, was für die Amerikaner notwendigerweise manche Probleme heraufbeschworen habe. Von der EWG forderte er nachdrücklich Welt-offenheit und nichtdiskriminierende Handelspraktiken. *„Zusammenarbeit und nicht Konfrontation, Wettbewerb und nicht Konflikt sollen unsere Ziele sein.“*

Permanenter Dialog

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans Apel, räumte ein, daß die EWG aufgrund ihrer Struktur und ihrer Wachstumsprobleme nicht immer in der Lage sei, den *„umfassenden Dialog mit den USA über die Gesamtheit der gemeinsamen Probleme“* zu führen. Die *„Willensbildungsprozesse“* in der Gemeinschaft seien noch immer unzureichend organisiert und liefen nicht schnell genug ab. *„Jede handelspolitische Entscheidung verlangt einen wachsenden politischen Konsensus unter den Mitgliedsstaaten.“* An praktischen Beispielen (Kennedy-Rundel) wies Apel jedoch nach, daß auch der Verhandlungsspielraum der Regierung in Washington nicht unbegrenzt sei. Um so wichtiger sei es, daß die Partner dem *„permanenten politischen und wirtschaftlichen Dialog“* zwischen USA und EWG eine ihm angemessene Form geben.

Ausgewogenere Kompetenzen

Der Präsident des Europäischen Parlaments, Walter Behrendt, wies auf die derzeitige unzulängliche Kompetenzstruktur des Europäischen Parlaments hin. Alle entscheidenden Befugnisse – u. a. Gesetzgebungs- und Budgetrecht – fehlten diesem Parlament, dessen Abgeordnete bis heute von den nationalen Parlamenten delegiert würden. Demgegenüber sei der Rat eine Super-Institution gegenüber Kommission und Parlament und praktisch von keiner Seite kontrollierbar. Es sei jedoch zu hoffen, daß die beitretenden Staaten mit ihrer großen demokratischen und pragmatischen Tradition den gegenwärtigen institutionellen Charakter der EWG-Organen in eine demokratisch progressive Richtung verändern werden.

EUROPA-ARCHIV

Zeitschrift für Internationale Politik

Herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft
für Auswärtige Politik

In den letzten Folgen erschienen u. a. folgende Beiträge:

Wolfgang Wagner:

Die Zukunft der Europäischen Gemeinschaft nach ihrer Erweiterung. Wirtschaftliche Macht erfordert politische Form.

Ludwig Rosenberg:

Die Verantwortung der Gewerkschaften in einer zukünftigen Wirtschafts- und Währungsunion.

Theodor Schweisfurth:

Sowjetunion, westeuropäische Integration und gesamteuropäische Zusammenarbeit. Ideologie und Machtpolitik in der sowjetischen Haltung der EWG.

Harry G. Gelber:

Nixons Peking-Reise: Perspektiven und Konsequenzen.

Pierre Werner:

Die Wirtschafts- und Währungsunion im Hinblick auf den politischen Zusammenschluß Europas.

Bitte fordern Sie kostenlose Probehefte und weitere Informationen an.

Verlag für Internationale Politik GmbH

5300 Bonn, Stockenstraße 1-5, Postfach 643

Tito—Visionär der Zukunft

Die Würdigungen Marschall Titos in der deutschen Presse sind bzw. waren Legion. Wenn in diesem Heft eine weitere hinzugefügt wird, so hat die nur deshalb eine Berechtigung, weil sie sich von den anderen durch eine besondere Tatsache abhebt: Sie ist von einem Jugoslawen verfaßt. Sie mag also der Vorwurf der mangelnden Objektivität treffen. Aber wer wollte überhaupt ein Urteil über die Persönlichkeit Titos, das das Prädikat „objektiv“ verdient, für sich in Anspruch nehmen? Mangelnde Nähe und fehlende Kenntnis der Details zu bzw. um Tito sind sicher ebenso wenig geeignet, ihn adäquat zu zeichnen, wie die Befangenheit, die aus dem unmittelbaren Erleben seiner Person resultiert. Ein Weg zur „objektiveren“ Urteilsfindung scheint uns daher gegeben, aus beiden Möglichkeiten der Porträtierung das dem jeweiligen Leser Glaubhafte auszusondern und zu einem neuen, eigenständigen Bild zusammenzusetzen.

Von einer Identifikation der Redaktion mit den im folgenden wiedergegebenen Ausführungen kann also nicht die Rede sein.

Die Welt glaubt mehr an den Sozialismus, seit Tito über Sozialismus spricht. Mehrfach wurde ihm, dem achtzigjährigen Staatsmann, der Titel „Weltbürger“ zugeschrieben, dennoch spricht er nur im Namen Jugoslawiens. Denn Jugoslawien ist ein zu kleines Land, um Maßstäbe, Vorbilder oder Exportmodelle in Sachen Sozialismus weltweit zu liefern.

Ein Vierteljahrhundert ist eine zu kurze Zeit, um eine alte, unterentwickelte und armselige in eine sozialistische Gesellschaft umzuwandeln. Der jugoslawische Weg zum Sozialismus, die jugoslawischen Experimente und Errungenschaften im Aufbau der modernen sozialistischen Gesellschaft sind aber seit mehr als 27 Jahren als bedeutsamer Beitrag zur erfolgreichen Verwirklichung des Sozialismus, als Ansporn der verschiedenen progressiven und



Tito bei seinem Hobby: an der Drehbank

sozialistischen Kräfte in der Welt anerkannt worden, und zwar größtenteils dank Tito, der weit über Jugoslawiens Grenzen hinaus als ein kühner Visionär der sozialistischen Zukunft angesehen wird.

In der Geschichte der Menschheit sind immer dann Visionäre in Erscheinung getreten, die über die Überwindung bestehender Schwierigkeiten nachdachten, die für eine bessere Lage ihrer Klasse kämpften und die neue Ideen und Ideale in die Diskussion brachten, wenn sie gleichzeitig Ausdruck einer geschichtlich reifen Entwicklung gewesen sind. Nur die objektiven Bedingungen allein können die Gesellschaft nicht ändern, wenn das menschliche Gedankengut und die Erkenntnis nicht gleichzeitig der bewußte Schöpfer und Träger der Änderungen und Umwandlungen geworden sind. Sieg-

reich ist erst jene Bewegung, die fähig ist, die Notwendigkeiten der Zeit und die in ihnen implizierten Ansatzpunkte für revolutionäre Veränderungen zu erkennen. Damit beginne auch die Rolle Titos in der Geschichte der Arbeiterklasse und Völker Jugoslawiens, stellte sein langjähriger Mitkämpfer und Mitarbeiter Edvard Kardelj anlässlich des 80. Geburtstags Titos fest.

Tito steht nun volle 35 Jahre an der Spitze des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens. Er ist die führende schöpferische Persönlichkeit der revolutionären Arbeiterbewegung der kommunistischen Partei Jugoslawiens. Erst seine Erkenntnisse haben ihre Erfolge und Siege ermöglicht. Andererseits erwuchs Tito aus dieser Partei und fand immer Unterstützung und Kraft in ihr und in der Arbeiterklasse.

Tito ist einer der wenigen revolutionären Staatsmänner unserer Zeit, der den langen Weg vom jungen Arbeitergesellen bis zum höchsten Rang in der Weltpolitik und der Geschichte zurückgelegt hat. Der Name Tito hat längst die Grenzen Jugoslawiens überschritten und ist zum Symbol für all jene geworden, die Frieden brauchen, die sich in der Verteidigung ihrer nationalen Existenz erheben, für Unabhängigkeit, für die gleichberechtigte Gemeinschaft der Völker, für die Befreiung von jeglichen Formen der Ausbeutung und Unterwerfung und für die Beseitigung der Politik der Stärke, der Pression und Drohung in den Beziehungen zwischen den Staaten und Völkern kämpfen.

Der 80. Geburtstag Titos ist Anlaß genug, die wichtigsten Etappen des Lebensweges und Lebenswerkes dieser außergewöhnlichen Persönlichkeit unserer Zeit nachzuzeichnen.

Mitte der dreißiger Jahre, bis etwa 1937, gelang es Tito nach langen Kämpfen, die kommunistische Partei Jugoslawiens aus den Richtungs- und fraktionellen Kämpfen herauszulavieren, die Partei zu erneuern, vor der Drohung der Komintern, sie aufzulösen, zu retten und ihr neue Kräfte und Selbstvertrauen zu geben, wodurch sie eine breite Bewegung und Avantgarde der Arbeiterklasse in Jugoslawien der Vorkriegszeit wurde. Das war der erste wichtige Abschnitt im Leben Titos.

Der zweite Abschnitt begann, als er — mit den überkommenen Dogmen brechend — die alte Ordnung der Dinge aufhob, sich gegen jegliche Vormachtstellung erhob, gegen Bevormundung und gegen die Ideologie des Druckes und der Drohungen, womit er gleichzeitig — nicht ohne

Gefahr — die volle Souveränität der Revolution und der jugoslawischen Variante des Sozialismus ausrief.

Der dritte Abschnitt begann mit der weiteren Entwicklung der Strategie der autonomen Entwicklung, mit der Verwirklichung der Idee des selbstverwaltenden Sozialismus.

Der vierte Abschnitt wird bestimmt durch die langjährigen Bemühungen Titos und seiner Mitarbeiter, neue Wege in einer Zeit der Unruhe in der Welt, Wege zum Frieden, zur nationalen Integrität und Unabhängigkeit, außerhalb aller Machtblöcke, Wege zur aktiven friedlichen Koexistenz zu finden und zu festigen.

Mit Titos Namen sind drei revolutionäre Etappen in der Entwicklung Jugoslawiens fest verbunden. Als Generalsekretär der KPJ seit 1937 hat er konsequent die Verteidigung gegen Aggressionen des deutschen und italienischen Faschismus vorbereitet. Während des vierjährigen Befreiungskampfes in den Jahren 1941 bis 1945 schuf er die ersten Voraussetzungen für den Aufbau der neuen sozialistischen Gesellschaft.

Die zweite Revolution war der Widerstand gegenüber dem Kominform und Stalin, als sich Tito, die KPJ und alle Völker Jugoslawiens für ihre Unabhängigkeit gegen die ultimativen Forderungen des Kreml zur Wehr setzten. Dieser 1948 begonnene Kampf führte trotz enormer Schwierigkeiten zum Sieg im Jahre 1955/58.

Die dritte Revolution ist mit der Realisierung der marxistischen Ideen und Entfaltung der Arbeiterselbstverwaltung — eines spezifischen jugoslawischen Modells und Weges zum Sozialismus — eng verbunden, womit die humanen, sozialistischen und demokratischen Werte der gesellschaftlichen Entwicklung in unserer Zeit zum Ausdruck gebracht worden sind.

In den vielen Gesprächen anlässlich des achtzigsten Geburtstages antwortete Tito auf die Frage nach der schwierigsten Entscheidung, die er in seinem Leben habe treffen müssen: *„Es ist gar nicht einfach, die schwierigste hier auszusuchen. Ich glaube jedoch, daß es am schwierigsten im Jahre 1948 war. Es war eine durchführbare psychische Anstrengung: Ich mußte innerlich mit der Disziplin eines Kommunisten und der Überzeugung, daß uns ein tiefes Unrecht angetan worden ist, ringen.“*

Dreieinhalb Monate wurde dieses Ringen sozusagen hinter den Kulissen der Geschichte ausgetragen, was für Tito und seine engsten Mitarbeiter aus der Führung der KPJ noch schwieri-

ger war. Bereits am 10. Februar 1948 hatte Stalin ultimativ von Jugoslawien verlangt, sich mit Bulgarien zu einem künstlichen staatlichen Gebilde zu vereinigen, wodurch Jugoslawien der stalinistischen Willkür und endloser Unterwerfung ausgeliefert werden sollte. Am 27. März 1948 hatte dann der sowjetische Botschafter Lavrentiev den ersten ultimativen Brief Stalins übergeben. Als er nun, mehr als 24 Jahre später, darüber sprach, gab Tito erneut zu erkennen, wie ihn eine derartige Politik der Drohung und Stärke erbittert hatte: *„Ich habe Lavrentiev gar nicht erst angeboten, Platz zu nehmen, und ich bat ihn, sofort das Zimmer zu verlassen“*, erzählt Tito heute.

Tito und das ZK der KPJ hatten Mitte April 1948 als erste Antwort auf Moskaus Ultimatum beschlossen, die Briefe und Forderungen Stalins und Molotows den Mitgliedern der KPJ zur Lektüre zu übergeben. Das war schon ein mutiger Schritt gegen die Dogmen.

Mitte Mai entschied sich Tito, nicht an der Sitzung des Kominform teilzunehmen, die in der Tat als Anklage gegen ihn und die KPJ bereits vorgesehen war. Nur zwei Tage später verlangte Stalin von Tito, nach Kiew zu kommen. Es sei offensichtlich, erzählt Tito jetzt, die Absicht Stalins und Molotows gewesen, *„uns, die jugoslawischen Kommunisten, vor ein willkürliches Gericht zu stellen und den Willen der jugoslawischen Völker zu mißachten“*.

Nur drei Wochen nachdem der Kreml und Stalin sich eingemischt und versucht hatten, die Völker Jugoslawiens zum Aufstand und zur Verschwörung gegen die eigene Führung aufzurufen, sprach sich der fünfte Parteitag der KPJ im Juli 1948 für die Linie der KPJ und Titos aus.

Im August 1948 warnte Tito, angesichts der gegenstandslosen Anschuldigung aus Moskau, daß es nicht um einzelne Funktionäre oder den Sozialismus in Jugoslawien ginge, sondern darum, allen Freunden und der ganzen Welt zu beweisen, daß die Interessen *„unseres sozialistischen Landes nicht eng oder nationalistisch sind, wie es uns vorgeworfen worden ist“*, daß es gleichzeitig um die Interessen der Werktätigen der ganzen Welt ginge, daß die Jugoslawen in diesem Sinne internationale Interessen verträten und einen gar nicht kleinen Beitrag für den Sieg des Sozialismus in der Welt darstellten. Aus gegenwärtiger Sicht betonte Tito in diesen Tagen: *„Der Hauptgrund, warum wir die Moskauer Deklaration der zwölf Parteien im November 1957 und den Beitritt zum so-*

nannten sozialistischen Lager abgelehnt haben, war, weil wir gegen die Teilung der Welt in Blöcke sind.“

Die Verteidigung der jugoslawischen Unabhängigkeit gegenüber den äußeren Gefahren und Drohungen in der Nachkriegszeit war nur ein Teil des Werks Titos für die Stärkung des sozialistischen Jugoslawien. Er wachte die ganze Zeit auch über innere Mißstände, warnte vor verschiedenen Abweichungen, wie es in den Fällen Djilas, Rankovic und ähnlichen geschehen ist. In bezug auf Djilas sagte Tito später: *„Er hat die Arbeiterklasse außer acht gelassen. Dies führt zur Anarchie. Er hat nicht eingesehen, daß seine Ideen überhaupt keine revolutionäre Dynamik, sondern nur Revisionismus – und zwar des schlimmsten Typs: –, reformistischen Opportunismus darstellen.“*

Gefragt nach den ehemaligen Mitarbeitern, die ihn aus Mißbilligung des Parteikurses verlassen hatten, sagte Tito Mitte Mai dieses Jahres ohne Zögern: *„Ich habe keinen Haß gegenüber ihnen empfunden. Ich behalte in der Erinnerung, was früher gewesen ist. Ich lüthte eher Verblüffung. Für mich war es eine Überraschung: Warum dies alles? Wenn es Probleme gibt, sollte man reden.“*

Tito ergänzt: *„Was ist Demokratie für uns? Sie ist das Mittel, um das Hauptziel zu erreichen: den Sozialismus, in dem auch die demokratischste Form des Regierens enthalten ist. Es gibt keine echte Demokratie ohne Sozialismus und keinen echten Sozialismus ohne Demokratie.“*

Tito war nie ein Befürworter des Schemenhaften, der Schablonen. In Gesprächen mit Jugendlichen sagte er einmal: *„Auch Marx, Engels oder Lenin konnten nicht wissen, wie die heutige Welt aussehen wird. Auch sie sind Sterbliche gewesen. Leben und Praxis aber bringen neue Elemente, die die marxistische Wissenschaft bereichern.“*

Vor fast zwanzig Jahren erklärte Tito: *„Sozialismus wird dann erreicht sein, wenn jeder Mensch ökonomisch, kulturell und politisch gesehen alle Voraussetzungen besitzen wird, um sich entwickeln zu können.“*

Wir verneinen die Persönlichkeit nicht. Wir schaffen keine Schablone, keine Kaste. Wir möchten den Sozialismus auf möglichst humane Weise schaffen, mit Berücksichtigung aller Rückständigkeiten und Unterentwicklungen, die bei uns bestehen und auch unter Berücksichtigung der nationalen Vielfalt.

Mehrmals hat Tito betont, daß es einen nationalen Kommunismus nicht gibt, daß jugoslawische Kommunisten Internationalisten sind. Dies hat sich in vielen Fällen und Fragen der praktischen internationalen Politik erwiesen.

Ende 1971 erwarb sich Tito unermesslich große Verdienste dabei, die Einheit der Partei und der Völker Jugoslawiens wiederzugewinnen und zu verstärken. Er hat auf den konterrevolutionären Charakter des Nationalismus und Partikularismus hingewiesen und energisch dazu beigetragen, solche Abweichungen zu überwinden.

„Ich sehe mit Optimismus“, sagte Tito kurz vor seinem 80. Geburtstag, „das sozialistische Jugoslawien im internationalen Zusammenhang und im Prozeß der internationalen Entwicklung. Ich sehe ein starkes, einiges Jugoslawien mit immer neuen Errungenschaften und mit großer Zukunft.“

Nicht umsonst wurde Tito im Ausland mehrfach als erfolgreichster Jugoslawe bezeichnet. Er hat mehrere hundert Begegnungen mit den Staatsechefs und Staatsmännern aus aller Welt gehabt, hat viele Länder besucht, aber, wie sein Außenminister Tepavac meint, „für Tito

besteht staatsmännische Tätigkeit nicht nur aus Begegnungen zwischen den Staaten, sondern vor allem aus einer Verständigung zwischen den Menschen und Völkern“.

Ist er, nach einem 80jährigen Leben, nach mehr als 50 Jahren der revolutionären Tätigkeit und mehr als 35 Jahren an der Spitze der jugoslawischen Partei, mit sich und mit seinem Werk zufrieden? Tito hat auf diese Frage gesagt: *„Wenn ich mein Leben wieder neu beginnen könnte, ich glaube, ich würde den gleichen Weg gehen. Vielleicht würde ich manche Dinge besser tun. Ich kann nur sagen, daß es mir leid tut, daß ich nicht noch mehr erreicht habe.“*

Auf die Frage der Historikerin Phyllis Ott, was er möchte, das von ihm in Erinnerung bleibe, sagte Tito: *„Das ist nicht meine Sache, die Geschichte soll entscheiden, was positiv in meinem Leben war, und das Volk wird es danach in Erinnerung behalten. Die Geschichte wird aber auch entscheiden, was nicht gut war. Meinetwegen, ich bin überzeugt, daß ich versucht habe, mein Leben dem Wohle der Völker und dem Wohle des Landes zu widmen, und diesen Weg werde ich weiter gehen, so lange ich kann.“*

FRIEDRICH EBERT

1871 1925



Mit einem Geleitwort von
Bundespräsident D. Dr. Dr. Gustav Heinemann
und einem einführenden Aufsatz
von Peter-Christian Wilt

216 Seiten, davon 127 Seiten Bilder und
Dokumente und 18 Seiten Bibliographie.

Format 23 x 28 cm.

Ganzleinen im Schuber 78,- DM.

Verlag Neue Gesellschaft GmbH

Ab XVII. Jahrgang 1972 in unserem Verlag

NEUE POLITISCHE LITERATUR

Berichte über das internationale Schrifttum

Herausgegeben von Erwin Stein, Helmut Ridder, Georg Strickrodt in Verbindung mit: Karl Otmar Frhr. von Aretin, Helmut Böhme, Karl Dietrich Bracher, Werner Conze, Eugen Kogon, F. A. Krummacker, Alfred Milatz, Theodor Schieder. Redaktion: Erwin Viehhaus.

Erscheint vierteljährlich mit 144 Seiten pro Heft, Jahresabonnementspreis DM 44,—.

Die Zeitschrift „Neue Politische Literatur“ besteht seit 1956. Sie berichtet über das internationale politisch-zeitgeschichtliche Schrifttum in grundsätzlichen und zusammenfassenden, kritischen und problemorientierten Aufsätzen und Übersichten, in Einzelbesprechungen und kürzeren Hinweisen. Ihre Autoren, anerkannte und bekannte Fachwissenschaftler, informieren über den Stand der Forschung und behandeln die großen Themen der Politik und der Sozialwissenschaften in ihrer Gesamtentwicklung.

Die Themenkreise:

Politische Ideen und Theorien · Politische Bildung und Erziehung · Gesellschaft und Wirtschaft · Verfassung, Regierung und Verwaltung · Parteien und Verbände · Internationale Politik · Völkerrecht · Außen- und Innenpolitik einzelner Länder · Marxismus, Kommunismusforschung u.a.

Aus den Urteilen:

„Im weiten Rund der Blätter, die regelmäßig Rezensionen politischer Bücher publizieren, hält diese Vierteljahreszeitschrift die Spitze; sie steht sogar auf einsamer Höhe. Dabei ist sie alles andere als eine Fachzeitschrift, bestimmt für einen esoterischen Kreis von Fachleuten. Sie ist vielmehr ein politisches Periodikum, das über den Buchanzeiger hinaus an Hand des aktuellen in- und ausländischen Schrifttums politische, ökonomische und soziologische Analysen liefert.“

Die Zeit

FRANZ STEINER VERLAG GMBH · WIESBADEN

Das Ziel ist eine Veränderung von Grund auf

Der Villacher Parteitag 1972 österreichischer Sozialdemokraten verbindet Theorie und konkrete Politik

Der vom 16. bis 19. April 1972 in Villach (Kärnten) abgehaltene 21. ordentliche Parteitag der Sozialistischen Partei Österreichs kann zweifellos zu den großen Parteitagen der österreichischen Sozialdemokratie gezählt werden. Im Zeichen des bisher größten Wahlerfolges der SPÖ stehend, die bei der Nationalratswahl 1971 50,04 Prozent der gültigen Stimmen auf sich vereinigen konnte, fand er besonderes Interesse, was sich in der großen Zahl prominenter Vertreter ausländischer Bruderparteien, durch die Repräsentanten der bedeutendsten diplomatischen Vertretungsbehörden und durch mehr als 100 Journalisten zeigte.

Der Villacher Parteitag brachte eine Bestandsaufnahme der offenen Probleme, die es in Österreich zu lösen gilt – die Zusammenfassung der verstaatlichten Eisen- und Stahlgesellschaften zu einem Gesamtkonzern, der Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung, der Einsatz der Raumplanung als gesellschaftliches Gestaltungselement, der Schutz der Umwelt, die Reform des veralteten Bodenrechtes, der Einsatz familienpolitischer Maßnahmen als Mittel der Umverteilung, die große Einkommenssteuerreform, die Einführung der Mehrwertsteuer, der Konsumentenschutz.

Besondere Publizität fanden der mit nur zehn Gegenstimmen gefaßte Beschluß, die Straffreiheit des Schwangerschaftsabbruchs innerhalb der ersten Monate zu fordern, und der vom Parteivorsitzenden Bundeskanzler Dr. Kreisky gemachte Vorschlag, durch eine zweite, genossenschaftlich geführte Rundfunkgesellschaft die ungesunde und politisch unerträgliche Monopolstellung des Österreichischen Rundfunks ORF zu beenden.^{*)}

Aber dieser Parteitag war eben darüber hinaus das Forum der Selbstverständigung des österreichischen Sozialismus über seine Grundsätze und weitreichenden Zielvorstellungen.

Höhepunkt war das beiden Aufgaben des Parteitages gerecht werdende Referat Bruno Kreiskys, der es verstand, theoretische Überlegungen und konkrete Politik zusammenhängend darzustellen.



Karl Blecha

Für eine sozialistische Partei schlägt die Stunde der Wahrheit, wenn sie über eine abso-

^{*)} Es ist umstritten, ob es in einer Demokratie „Instanzen“ geben darf, die vorschreiben, was objektiv ist. Überparteilichkeit liegt immer im Ermessen der Verfügungsberechtigten – und diese sind beim ORF Personen, die sich der Rechten zurechnen. Der sie kontrollierende Aufsichtsrat wiederum hat eine Mehrheit der konservativen ÖVP, also jener Partei, die nur in zwei Bundesländern eine absolute Mehrheit der Wählerstimmen besitzt. Die Demokratie muß auf den mündigen Staatsbürger setzen, der die Möglichkeit, wählen zu können, auch im Bereich der Massenkommunikation besitzen soll. Kommt ein dem Staat gehörendes Rundfunkmonopol seinen Aufgaben, Stätte der Begegnung verschiedenster Meinungen und Mittel zur Sichtbarmachung der gesellschaftlichen Konflikte zu sein, nicht nach, so erscheint die Schaffung einer Wettbewerbssituation durch ein von der Öffentlichkeit kontrollierbares Konkurrenzunternehmen legitim.

lute Parlamentsmehrheit verfügt. „Denn früher oder später“, so schrieb Bruno Kreisky im Januar 1972 zum Auftakt der Ideologiediskussion in der SPÖ, *„werden wir mit dem Problem konfrontiert werden, inwieweit wir uns in der praktischen Politik von unseren Grundsätzen leiten lassen und wieweit unsere Reformen vermittelnden Zielen dienen.“*

Es war daher für die SPÖ notwendig, vor aller Öffentlichkeit ihre gesellschaftspolitischen Absichten darzulegen und zu diskutieren. Auf der einen Seite galt es, das Hauptziel, die Überwindung des bestehenden spätkapitalistischen Gesellschaftssystems, herauszustellen, auf der anderen aber auch die diesem Hauptziel dienenden Vermittlungen zu bestimmen, die den Sinn dieser Überwindung erkennbar machen sollen.

Schon bei der Eröffnungsfeier umriß Bruno Kreisky die gegenwärtige Situation mit einem Zitat Bertolt Brechts: *„Wir haben die Mühen der Gebirge überwunden, wir werden auch die Mühen der vor uns liegenden Ebenen überwinden.“*

Um jedoch den Weg durch die Ebenen zu finden, ist ein Kompaß notwendig — die unverrückbaren Grundsätze der Sozialdemokratie.

Die SPÖ kann und will keine linke Volkspartei sein, sie kann und will nicht der Juniorpartner eines Systems sein, in dem alle paar Jahre über etwas mehr Einkommenszuwachs der Lohn- und Gehaltsabhängigen diskutiert wird, über etwas mehr Liberalität im Rechtsbereich, über etwas mildere Steuerprogression für mittlere Einkommen und über etwas mehr Chancengleichheit im Bildungssektor. Die SPÖ will den Organisationsstaat effizienter machen und die Wirtschaft modernisieren, aber sie will gleichzeitig auch das bestehende System von Grund auf verändern. Denn — so wurde in Villach durch Kreisky wieder in Erinnerung gerufen — *„die Sozialisten wollen eine Gesellschaftsordnung, also eine Ordnung der Lebensverhältnisse und der Beziehungen der Menschen zueinander, deren Ziel die freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit ist. Sie wollen die Klassen beseitigen und den Ertrag der gesellschaftlichen Arbeit gerecht verteilen. Daher kämpfen die Sozialisten für die Freiheit der Menschen, für ihre volle Gleichberechtigung und für soziale Gerechtigkeit innerhalb der Gesellschaft. Die Demokratie ist der politische Boden, auf dem allein die freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit möglich ist ...*

Sozialismus ist uneingeschränkte politische, wirtschaftliche und soziale Demokratie: Sozialismus ist vollendete Demokratie.“

Die Übernahme dieser Sozialismus-Definition aus dem Wiener Programm 1958 für die SPÖ 1972 war keine Selbstverständlichkeit.

Auch die Österreicher waren in der Vergangenheit einem Prozeß der Entideologisierung unterworfen worden. In der Zeit des Wiederaufbaues, in zwei Jahrzehnten Großer Koalition konnte die SPÖ bedeutsame Erfolge für die arbeitenden Menschen erringen. Der mit ihrer Hilfe entstandene moderne Wohlfahrtsstaat führte zu einer Verschleierung der sozialen Konflikte und zu einer Integration der österreichischen Sozialdemokratie in das durch ihre Kraft verbesserte bestehende System. Selbst von den Gegnern der SPÖ wurde nie bestritten, daß die großen Entwicklungslinien der Zweiten Republik von ihren Ideen mitgezeichnet wurden. Unter ihrem Einfluß kam es in Österreich zur Verstaatlichung der Bergbaue, nahezu der gesamten Schwerindustrie des Landes, aller Großbanken und der heimischen Chemie-Industrie. Damit wurden der Wiederaufstieg des unkontrollierbaren Monopolkapitalismus verhindert und Österreich viele seine Existenz gefährdende Konflikte erspart. Der Kulturkampf und seine historischen Schlachtfelder wurden liquidiert. An seine Stelle trat ein ehrlicher, von den Prinzipien der Toleranz und gegenseitiger Achtung geprägter Dialog. Trotz Entideologisierung blieb die SPÖ in programmatischen Erklärungen grundsatzbewußter als manche ihrer Bruderparteien und damit weitgehend von einer Kritik von links verschont. Eine der Ursachen für diese „gebremste Entideologisierung“ war dem Umstand zuzuschreiben, daß in der Großen Koalition jede der beiden österreichischen Großparteien über die entsprechenden Ressorts jene sozialen Schichten betreute, aus denen sie die überwältigende Mehrheit ihrer Stammwähler bezog.

Die damals noch sehr kleine Wechselwählergruppe wählte immer so, daß weder die Volkspartei noch die SPÖ ein entscheidendes Übergewicht bekommen konnte. Sie traf ihre Entscheidung nicht aus Sympathie für die gerade gewählte Partei, sondern aus Angst vor der eben nicht gewählten Partei. Kennzeichnend für diesen echt österreichischen „Gleichgewichtswählertyp“ war, daß er nicht für eine Partei, sondern gegen die andere stimmte. Diesem Zustand hatte sich die Wahlwerbung an-

gepaßt: man operierte weniger mit positiven Argumenten, die für die eigene Partei sprachen, sondern mit negativen Argumenten, die gegen die andere Partei wirkten.

Die ÖVP beherrschte dieses Metier meisterhaft. Eine absolute Mehrheit im österreichischen Nationalrat konnte ihr jedoch erst eine Kombination verschiedenster Bedingungen, deren Zustandekommen außerhalb ihrer Einflusssphäre lag, einbringen: Die durch den ehemaligen SPÖ-Innenminister Olah entstandene Krise, die die SPÖ schwer erschütterte, und die Wahlempfehlung der KPÖ zugunsten der SPÖ. Der Sieg vom 6. März 1966 hatte jedoch für die Volkspartei schlimme Folgen. Sie verschlief die Anpassung an die neuen Verhältnisse, die der soziale Strukturwandel gebracht hat.

Eine zunehmende vertikale und horizontale Mobilität der Bevölkerung im Gefolge einer neuen Industrialisierungswelle und die stetig wachsende Zahl von Stimmbürgern, die keine Beziehungen zu den Konfliktstellungen der Vergangenheit besaßen, entzogen dem Spiel mit den Ängsten von gestern den Boden.

Die letzte erfolgreiche Angstwahl in Österreich wurde 1966 geschlagen. Die SPÖ hatte sich in vier Jahren Opposition und unter der Führung Dr. Bruno Kreiskys zu einer offenen, modernen Partei entwickelt, die es verstand, gesamtgesellschaftliche Ziele in den Vordergrund der Diskussion zu stellen, eine neue unorthodoxe Politik zu formulieren, die sich an den sich ändernden Gegebenheiten der österreichischen Gesellschaftsentwicklung orientierte und gerade deshalb an den großen Ideen der Sozialdemokratie festhalten konnte. An die Stelle geistiger Entleerung und Entideologisierung traten Besinnung auf die humanistische Tradition der Sozialdemokratie und Verwissenschaftlichung der auf diesen Ideen beruhenden Politik.

Zweifelloos kamen die entscheidenden Impulse zu dieser Entwicklung von Kreisky selbst, doch wurde auch die jüngere Generation der Partei zu einem Faktor im Prozeß der Selbstbesinnung und ideologischen Profilierung.

Nach dem Wahlsieg 1970 startete die SPÖ-Regierung die Verwirklichung ihres Modernisierungsprogrammes für Österreich, welches vorwiegend aus technokratischen Maßnahmen und liberalen Nachziehverfahren besteht. Der Gewinn der absoluten Mehrheit bei den Oktoberwahlen 1971 aber warf die Frage auf, ob die Partei bei der Modernisierung Österreichs ste-

henbleiben wird. Die Antwort gab der Villacher Parteitag.

Die SPÖ will den Spätkapitalismus überwinden, die verstaatlichte Industrie reorganisieren und rationalisieren, planwirtschaftliche Methoden anwenden, die Mitbestimmung erweitern und die Demokratisierung aller Bereiche der Gesellschaft durchsetzen.

Sie bekennt sich zu einem Prozeß permanenter Reformen. Bruno Kreisky drückte das in seinem Referat auf dem Parteitag so aus: *„Es handelt sich also bei der Verwirklichung des demokratischen Sozialismus um einen ununterbrochenen – wenn ich so sagen darf – dialektischen Prozeß ... Die kommende Gesellschaft wird – und hier scheue ich mich nicht, ein Wort Marxens zu gebrauchen – das Ergebnis einer ganzen Reihe geschichtlicher Prozesse sein, durch welche die Menschen wie die Umstände gänzlich umgewandelt werden.“*

Was vor kurzer Zeit noch unmöglich gewesen wäre, wurde auf diesem Parteitag zu einer Selbstverständlichkeit – das Bekenntnis zur Beseitigung der Klassen, welches unermüdlich von jedem Debattenredner, der zu ideologischen Fragen Stellung bezog, wiederholt wurde. Und als Kreisky in seinem Schlußwort meinte, daß *„unser Bekenntnis zur klassenlosen Gesellschaft der kategorische Imperativ für unsere Grundlinie: Mehr Gleichheit! bedeutet“*, da zeigte der allgemeine Beifall die Übereinstimmung und Geschlossenheit der Partei in dieser Grundsatzfrage an.

Manchem Beobachter fehlte die „Opposition von links“ bei diesem der Ideologie gewidmeten Parteitag. An diese Beobachter richtete Kreisky die Feststellung: *„Wenn es bei uns nicht die Stürme gab, die es anderswo auf Parteitagen gibt, so nicht deshalb, weil wir nicht genügend junge Menschen mit neuen Ideen hätten, und auch nicht deshalb, weil wir intolerant sind, sondern weil wir eine Tugend bewahrt haben: Solange die Menschen der Partei ihre Loyalität erweisen, haben sie das Recht, in dieser Partei jede Meinung zu vertreten. Wir brauchen diese Meinungsfreiheit in der Partei, weil gerade sie uns in die Lage versetzt, jederzeit zu prüfen, ob das richtig ist, was wir tun. Wir bekennen uns nicht zu dem Satz: Die Partei hat immer recht! Wir sehen vielmehr in der Meinungsbildung innerhalb der Partei das Ergebnis eines Prozesses zwischen denen, die da sind und ihre Aufgaben erfüllen, und denen, die ihre Aufgaben erfüllen wollen.“*

Die Hoffnungen der Konservativen, daß die so-

zialistische Mehrheitspartei auf eine von jungen Radikalen getragene Linksoption stößen würde, haben sich nicht erfüllt. Die „Junge Generation in der SPÖ“, die Parallelorganisation zu den „Jungsozialisten“ in der BRD, ist eine 14 000 junge Funktionäre und Mitarbeiter umfassende Arbeitsgemeinschaft, die sich in keiner Weise als Partei in der Partei versteht. Sicher sind ihre Mitarbeiter kritischer in ihren Äußerungen, konsequenter in den Aktionen, grundsatztreuer in der Diskussion tagespolitischer Ereignisse als die meisten älteren Genossen, aber sie wirken in der SPÖ, weil diese die einzige Kraft der Gesellschaftsreform in Österreich ist. Was in Deutschland zu großen Spannungen innerhalb der Sozialdemokratie führt, bringt der regierenden SPÖ neue Antriebskräfte, die verhindern, daß sie im Pragmatismus erstarrt. Fast ein Drittel der Debatte durch welche die Menschen wie die Umstände gänzlich umgewandelt werden.“

tenredner des Villacher Parteitages kamen aus den Reihen der JG. Sie lieferten kritische und konstruktive Beiträge. Für sie war klar, was manchem bürgerlichen Journalisten unverständlich blieb, daß die SPÖ durch die Revitalisierung ideologisch nach links gerückt ist. Wenn es eine klare Zielvorstellung und volle Meinungsfreiheit gibt, ist destruktiven Sekten die Agitationsbasis entzogen und konstruktive Mitarbeit auch den jungen Linken gesichert. Die SPÖ hat gerade durch Villach viel an Anziehungskraft bei den politisch engagierten jungen Österreichern gewonnen und die Hoffnungen der Konservativen, mit dem Juso-Gespenst auf „Angstwähler“-Fang gehen zu können, zerschlagen.

**Schriftenreihe
des Forschungsinstituts
der Friedrich-Ebert-Stiftung**

Kurt Müller

**Die Entwicklungshilfe
Osteuropas**

274 Seiten, broschiert 28,— DM

Nach Strategie und Taktik untersucht der Verfasser im ersten Teil der Arbeit die Ergebnisse der Politik Osteuropas in der Dritten Welt; Erfolge und Mißerfolge, die zu Revisionen der Konzeption führten, werden analysiert. Die von kommunistischen Entwicklungsländer-Experten jetzt aufgeworfenen Fragen, ob das sowjetische Modell in den Entwicklungsländern anwendbar und eine Industrialisierung bei vorrangiger Entwicklung der Schwerindustrie möglich ist, werden gründlich behandelt.

Im zweiten Teil der Arbeit werden die Schwerpunkte der Entwicklungshilfepolitik Osteuropas untersucht. Der Autor teilt diese in drei Ländergruppen ein: 1. Länder, die schon traditionell eine Politik der positiven Neutralität betreiben; 2. Staaten des CENTO-Paktes, die bisher westlich gebunden und orientiert waren; 3. Länder des arabischen Raumes, die gleichzeitig Brückenköpfe einer nichtkapitalistischen Entwicklung sind.

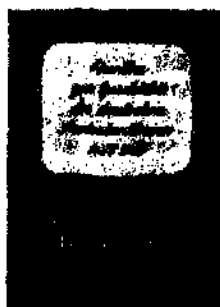
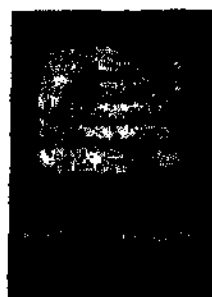
Der Verfasser vermittelt ein ausführliches Bild über die Kredit- und technische Hilfe, über das Bauprogramm und den Außenhandel Osteuropas mit den Entwicklungsländern.

**Verlag für Literatur
und Zeitgeschehen GmbH
Hannover**

QUELLENSAMMLUNG ZUR KULTURGESCHICHTE

Herausgegeben von Prof. Dr. Wilhelm Treue

Ziel dieser Reihe ist es, der heutigen Generation eine geschlossene und dokumentarisch einwandfreie Auswahl historischer Zeugnisse zu bieten und damit ein lebendiges Bild unserer Kulturgeschichte zu vermitteln.



- Band 1 Prof. Dr. Dr. h. c. Fritz Hartung
Die Entwicklung der Menschen- und Bürgerrechte von 1776 bis zur Gegenwart
4., erw. Auflage, in Vorbereitung
- Band 3 Dr. Wolfgang Treue
Deutsche Parteiprogramme, 1861 bis zur Gegenwart; Neuauflage
4., erw. Aufl., 508 Seiten, 2 Abb., 8°, Ln. 47,- DM
- Band 4 Prof. Dr. Wilhelm Ebel
Bürgerliches Rechtsleben zur Hansezeit in Lübecker Ratsurteilen
VIII und 88 Seiten, 8°, kart. 8,80 DM
- Band 5 Dr. Ernst Schraepfer
Quellen zur Geschichte der sozialen Frage in Deutschland
Band 1: 1800-1870, 2. Aufl., 212 S., 8 Abb. auf Tafeln, 8°, kart. 24,80 DM
- Band 7 Dr. Eilonor von Puttkamer
Föderative Elemente im deutschen Staatsrecht seit 1848
191 Seiten, 1 Abb., 6 Karten, 8°, kart. 18,80 DM
- Band 9 Dr. Ernst Schraepfer
Quellen zur Geschichte der sozialen Frage in Deutschland
Band II: 1871 bis zur Gegenwart, 2. erw. Aufl., VIII u. 270 Seiten, 8 Abb. auf Tafeln, 8°, kart. 28,80 DM
- Band 11 Dr. E. Kurt Flecher
Dokumente zur Geschichte des deutschen Rundfunks und Fernsehens
XII und 314 Seiten, 17 Tabellen, 11 Diagramme, 8°, kart. 32,- DM
- Band 12 Prof. Dr. Werner Conze
Quellen zur Geschichte der deutschen Bauernbefreiung
218 Seiten, 8°, kart. 18,80 DM
- Band 13 Dr. Dr. Wolfram Flecher
Quellen zur Geschichte des deutschen Handwerks,
Selbstzeugnisse seit der Reformationszeit
193 Seiten, 8°, kart. 18,80 DM
- Band 14 Prof. Dr. Karl Kupisch
Quellen zur Geschichte des deutschen Protestantismus
1871-1945
312 Seiten, 8°, kart. 24,80 DM
- Band 15 Prof. Dr. Gerhard Glase
Quellen zur deutschen Schulgeschichte seit 1800
372 Seiten 8°, kart. 28,80 DM
- Band 16 Prof. Dr. Wilhelm Ebel
Quellen zur Geschichte des deutschen Arbeitsrechts (bis 1849)
288 Seiten, 8°, kart. 24,80 DM
- Band 17 Prof. Dr. Wilhelm Treue, Dr. Herbert Pöncke, Karlheinz Menegold
Quellen zur Geschichte der industriellen Revolution
288 Seiten, 8°, kart. 38,- DM
- Band 18 Dr. Karl Heinrich Höfle
Geld und Gesellschaft der Bismarckzeit (1870-1890)
320 Seiten, 8°, kart. 43,- DM
- Band 19 Dr. Störzbecher
Deutsche Arztbriefe
in Vorbereitung

Die Reihe wird fortgesetzt!



MUSTERSCHMIDT GÖTTINGEN

Göttingen
Hospitalstr. 3 b

Zürich 24
Weidmannstr. 10 a

Frankfurt
Roßmarkt 23

Die ideologische Offensive der Sozialdemokratie

Zum Kongreß der „Internationale“ in Wien

Der 12. Kongreß der Sozialistischen Internationale nach dem Krieg tagt Ende Juni in Wien zu einem Zeitpunkt, da sich der demokratische Sozialismus Europas einer noch nie dagewesenen Stärke erfreut. Quer durch den Norden Europas verläuft ein Staatengürtel mit sozialdemokratischen Regierungen. Dieser Gürtel mag zwar in der Bundesrepublik ein wenig „dünn“ sein – es gibt auch noch andere bedauerliche Lücken; Großbritannien fällt dabei am meisten ins Auge –, aber die Tatsache bleibt bestehen, daß vom Norden Skandinaviens über die Bundesrepublik, Belgien, Österreich und die Schweiz bis hin zu dem Zwergstaat Malta Sozialdemokraten an der Regierung sind. Kurz gesagt, Europas Sozialdemokratie verfügt heute über eine Stärke und Vitalität, die zu gewinnen noch vor wenigen Jahren jenseits aller Erwartungen und Hoffnungen gelegen hätte.

Viele Faktoren zusammen brachten diesen Aufschwung zuwege. Ein Umstand war dabei von entscheidender Bedeutung, ein Umstand, der in bewährter dialektischer Weise teils Ursache, teils Wirkung dieser neuen Lebenskraft der Sozialdemokratie war, nämlich der, daß es ihr nach zwei Jahrzehnten des Niedergangs gelang, eine ideologische Offensive zu starten, bislang zwar noch mit verhaltener Kraft, aber nichtsdestoweniger von grundsätzlicher Bedeutung für ihre künftige Entwicklung.

Die gegenwärtige Stabilität der europäischen Sozialdemokratie ist das Resultat einer bemerkenswerten Veränderung; besonders charakteristisch in diesem Zusammenhang war der in den 50er und 60er Jahren allgemein herrschende Mangel an Vertrauen, der schließlich zu den hochgespannten Hoffnungen (und beachtlichen Errungenschaften) der unmittelbaren Nachkriegsjahre führte. Die Wahlbeteiligung und die Mitgliederzahlen der Parteien gingen ständig zurück, und viele Kommentatoren machten sich mit dem Gedanken vertraut, die Sozialdemokratie als geschichtlich überholt abzuschreiben. Dann kam am Ende der 60er Jahre der Wandel. Überall in Europa begannen sozialistische und

Arbeiterparteien bei den Wahlen aufzuholen. Sogar in Großbritannien gelang es der Labour-Partei, in einem Handstreich die Wahlen von 1970 zu gewinnen. Zur gleichen Zeit kehrte auch allmählich das Vertrauen in die eigene Ideologie und Tatkraft zurück. Die Sozialdemokraten begannen damals, ihre politischen Debatten mit mehr Nachdruck zu betreiben. Neben der Einführung von Reformen unterzogen sie das Gesellschaftssystem als solches einer kritischen Prüfung und waren bestrebt, der sozialdemokratischen Politik in den 70er Jahren einen neuen ideologischen Rahmen zu geben.

In ganz Europa ist dieses Interesse an sozialistischer Ideologie spürbar. Es überrascht nicht mehr, wenn Sozialdemokraten Werke von Rosa Luxemburg, Engels, Marx und anderen lesen. Einige Parteien haben umfangreiche interne Diskussionen darüber geführt, was demokratischer Sozialismus in der heutigen Zeit bedeutet; und dabei sind zahlreiche außerordentlich wertvolle Dokumente entstanden. Einige Parteien haben sogar regelrechte Konferenzen über Fragen der Ideologie abgehalten. Die ständige kritische Betrachtung der letzten Labour-Regierung in Großbritannien und die Debatte darüber, welchen Standpunkt die nächste einnehmen solle, sind ganz klar Bestandteil dieser weitgreifenden Bewegung, obwohl die besonderen englischen Umstände der Diskussion eine spezifische Note verleihen.

Auf dem Kontinent nahm eine der interessantesten ideologischen Offensiven in Österreich ihren Ausgang. Die regierende Sozialistische Partei unter Kanzler Bruno Kreisky versucht dort, nicht nur den Inhalt ihres Regierungsprogrammes für die laufende Legislaturperiode darzustellen, sondern auch die ideologischen Grundsätze, die für eine sozialdemokratische Partei der 70er Jahre von Bedeutung sind. Dies war das zentrale Thema des kürzlich in Villach abgehaltenen Parteitages. Das soll nun keineswegs heißen, daß die SPÖ sich auf einen links-extremistischen Kurs begeben hätte oder in marxistische Metaphysik versinken würde.

Die Ideologische Offensive der Sozialdemokratie

Ganz im Gegenteil, die Diskussion wurde bislang sehr verhalten, ruhig in der Sprache und umfassend in der Thematik geführt. Mit der Einleitung dieser Debatte verfolgte die Parteilührung im wesentlichen das Ziel, den ideologischen Rahmen für eine sozialdemokratische Volkspartei abzustecken, die für nicht-sozialistische Wählerschichten – deren Unterstützung Bruno Kreisky bei den letzten Wahlen seine absolute Mehrheit verdankt – eine ständige Attraktion darstellen kann.

Unabhängig davon geht jedoch wie eh und je die Diskussion über Grundsatzfragen weiter. Was sich geändert hat, ist der soziale Kontext. Hierbei ist es wichtig zu vermerken, daß sich die Sozialistische Partei Österreichs eindeutig dafür ausgesprochen hat, das bestehende Gesellschaftssystem lieber zu verändern als zu reformieren, die gesellschaftlichen Verhaltensregeln lieber umzuwandeln als sich ihnen unterzuordnen. Die Partei ist sich darüber im klaren, daß das eine weitaus komplexere und schwierigere Aufgabe ist, als die herkömmlichen sozialistischen Schlagwörter es vermuten lassen.

Die Umriss der ideologischen Offensive der europäischen Sozialdemokratie werden nun deutlich. In Norwegen haben neue Gedanken ihren Ursprung, wie man Demokratie auch auf das tägliche Leben ausdehnen könnte, insbesondere am Arbeitsplatz. In Frankreich konzentriert man die Bemühungen hauptsächlich auf den wirtschaftlichen Bereich; man fragt sich, wie man am besten soziale Kontrolle über Industrie und Finanz ausüben könnte, während die italienischen Sozialisten neue Ideen über Wirtschafts- und Regionalplanung präsentieren. Die holländische Arbeiterpartei ist an vielen Fronten gleichzeitig aktiv; der vielleicht interessanteste Versuch gilt dem Problem, wie man am besten die Parteilätigkeit über den Bereich der Politik im engeren Sinne auf die Gesellschaft insgesamt ausweiten könnte. In Schweden bemühen sich die Sozialdemokraten darum, ein umfassendes Gleichheitsprogramm zu verwirklichen, von dem sie zu Recht annehmen, daß es zum Kernstück sozialdemokratischer Strategie gehört.

Dies sind nur einige der Strömungen, die heute machtvoll in den Sozialdemokratien Europas spürbar werden, wobei alle nationalen Parteien von unbeschränktem Ideen- und Erfahrungsaustausch profitieren. Und da die Entwicklung hin zu einer europäischen Zusammenarbeit im-

mer schneller voranschreitet, innerhalb und außerhalb der EWG, wächst auch ständig der Umfang und das Bedürfnis nach einer einheitlichen sozialdemokratischen Vorstellung darüber, wie die Gesellschaft organisiert sein sollte. Die Ideologie-Offensive der Sozialdemokratie ist dabei, diese Konzeption zu liefern.

Wie gesagt, geht man bei dieser Offensive eher sondierend und vorsichtig vor. Bruno Kreisky selbst hat geäußert, daß die Sozialdemokraten sich vor allem darum bemühen müßten, den Spielraum dessen, was politisch möglich ist, auszudehnen. Sie müßten in der Lage sein, ihre Ideale in Politik umzusetzen, die praktisch durchführbar und für eine moderne Industriegesellschaft bedeutungsvoll ist. Wenn sie die bestehenden Grundlagen der Gesellschaft ändern wollten, müßten sie die Leute erst einmal davon überzeugen, daß ihre neuen Maßstäbe besser seien. Und das ist nicht so leicht, wie jeder sozialdemokratische Politiker weiß. Man braucht sich nur die Lage der Sozialdemokraten in der Bundesrepublik vor Augen zu halten, um zu erkennen, wie eng der Spielraum des politisch Durchsetzbaren in Wirklichkeit ist.

Diskussionen über die Ausweitung des politischen Spielraums sind nicht dazu angetan, die Begeisterung der militanten Mitglieder vieler sozialistischer Parteien zu erregen. Sie ziehen es vor, auf die wohlbekannten Versäumnisse der „revisionistischen Sozialdemokratie“ seit dem Kriege hinzuweisen und die Rückkehr zu sozialistischer Reinheit zu fordern. Man kann für diesen Standpunkt einiges Verständnis aufbringen, denn es stimmt, daß die Sozialdemokraten in den letzten zwei Jahrzehnten kaum eine bedeutende strukturelle Veränderung der westlichen Gesellschaft zustande gebracht haben. Aber andererseits fällt es schwer, die Behauptung hinzunehmen, daß die Sozialdemokratie total bankrott gemacht habe oder daß die Führer der sozialdemokratischen Parteien sich samt und sonders der Verrätere schuldig gemacht hätten.

Viel realistischer ist die These, daß die Sozialdemokratie aus einer Reihe von Gründen heraus (polarisierende Wirkung des Kalten Krieges, Erfolg des Kapitalismus nach dem Kriege usw.) einfach nicht über genügend politische Autorität verfügte, um Einfluß auf den Gang der Dinge zu bekommen. Lenin würde gesagt haben, es war nicht der richtige Zeitpunkt. Auch die zahlreichen Reden der Neo-Leninisten über die Verbürgerlichung und das mangelnde Rück-

grat der sozialdemokratischen Führungsspitze konnten nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß der notwendige Spielraum ganz einfach nicht vorhanden war.

Ende der 60er Jahre begann der notwendige Spielraum allmählich Wirklichkeit zu werden. Es kam zur Entspannung zwischen Ost und West. Im Westen zeigte sich immer deutlicher, daß ungezügelter Kapitalismus eine Bedrohung für die Gesellschaft darstellt und zu regionalen Gleichgewichtsstörungen, willkürlichem Überfluß, zu Umweltverschmutzung und wirtschaftlichen Ungleichheiten führt. Zur selben Zeit trat das ein, was man mit „demokratischem Aufstand“ in ganz Europa bezeichnen könnte. Überall, in Fabriken, Universitäten, Städten verspürten die Menschen den Wunsch, bei den Entscheidungen, die ihr eigenes Leben betreffen, mitzuwirken.

Die sozialdemokratischen Parteien übernehmen allmählich die ihnen gemäße Rolle als Hüter und Verfechter der sozialen Kontrolle über die Wirtschaft und die Rolle als Medium zur Kanalisierung demokratischer Beteiligung der Bevölkerung.

Zur gleichen Zeit erlebte die Sozialdemokratie eine beschiedene Stärkung ihres Ideologie-Vertrauens. Sie braucht und verdient dieses Vertrauen. Professor Jahn schreibt über diesen Punkt am Ende seines jüngst erschienenen Buches:

„Die praktische Überzeugung, daß Anstand, Mäßigung und Freiheit nicht nur wesentliche Zielvorstellungen eines guten Lebens sind, sondern auch im Leben praktiziert werden können, ist fast heroisch in einem Jahrhundert, das soviel Schrecken und Grausamkeit erlebt hat, die alle im Namen großer Ideale begangen wurden. Aus diesem Grunde wehren sich Sozialdemokraten gegen das Etikett „Idealist“. Ihre größte Stärke liegt darin, daß ihre Ideale diejenigen sind, nach denen alle zivilisierten Menschen leben müssen, wenn sie ehrlich gegenüber sich selbst sein wollen.“

Der bevorstehende Kongreß der Sozialistischen Internationale in Wien bietet die Gelegenheit zur Demonstration dieses neugewonnenen Vertrauens, der neuentdeckten Überzeugung, daß die Ideale der Sozialdemokratie in Wirklichkeit die Ideale aller zivilisierten Menschen sind.

Schriftenreihe
des Forschungsinstituts
der Friedrich-Ebert-Stiftung

Friedrich Engels 1820–1970

Referate – Diskussionen – Dokumente

Internationale wissenschaftliche Konferenz in Wuppertal vom 25.–29. Mai 1970

Redaktion: Hans Pelger,

Karl-Marx-Haus, Trier

376 Seiten, Ganzleinen, 40,- DM

Am 28. November 1970 jährte sich zum 150. Mal der Geburtstag von Friedrich Engels. Aus diesem Anlaß hat die Stadt Wuppertal im Mai 1970 eine internationale wissenschaftliche Engels-Konferenz veranstaltet. Die auf dieser Konferenz von deutschen und ausländischen Wissenschaftlern vorgetragenen Referate werden in diesem Band vorgelegt. Die Themen waren:

Der junge Engels / Engels als Geschäftsmann und Wirtschaftswissenschaftler / Engels und die Militärwissenschaft / Engels und die deutsche Arbeiterbewegung / Engels und die Internationale Arbeiterbewegung / Engels' Weltanschauung und Geschichtsauffassung.

Ergänzend wird jeweils ein Kurzbericht über die Diskussion der in einzelnen Sessionen gehaltenen Referate gegeben. Zusätzlich zu den auf der wissenschaftlichen Engels-Konferenz vorgetragenen Referaten wird im Teil „Dokumentation“ eine Reihe von Korrespondenzen und bisher unveröffentlichten Dokumenten von, an oder über Engels publiziert.

Verlag für Literatur und Zeitgeschehen

Analysen – Diskussion

Hans Apel

Gewinnmaximierung – für wen?

Die Frage nach der sozialen Gerechtigkeit im kapitalistischen Wirtschaftssystem

Mit der Frage nach der sozialen Gerechtigkeit wird das Grundproblem der kapitalistischen Wirtschaftsordnung angesprochen, das zumindest seit Karl Marx die Diskussion beherrscht. Die Marxisten sind davon überzeugt, daß durch eine Überwindung des kapitalistischen Systems eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung geschaffen werden kann, in der dieses Problem entsprechend „den wahren menschlichen Bedürfnissen“ gelöst ist. Wir würden es uns allerdings zu einfach machen, wenn wir mit dem Hinweis auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der planwirtschaftlichen Systeme der sozialistischen Staaten die Debatte über eine sozial gerechte Wirtschaftsordnung ablehnen wollten.

Obwohl sich die Ideologie des Kapitalismus im Laufe der Geschichte unübersehbar gewandelt hat, ist nach wie vor das Kernstück dieser Konzeption die Verwirklichung einer Wettbewerbsordnung auf der Grundlage des Privateigentums. Das Funktionieren dieser Ordnung beruht auf der Hypothese, daß das Gewinnstreben der Menschen auch dem Allgemeininteresse dient. Dieses „Kunststück“ soll mit Hilfe des konkurrenzwirtschaftlichen Preismechanismus vollbracht werden. Er spornt die Menschen zu höchster Leistungsfähigkeit an, maximiert den Wohlstand aller und sichert gleichzeitig eine gerechte Einkommensverteilung.

Leider ist es aber nun so, daß dieser Mechanismus nur als Denkmodell funktioniert. Denn zahlreiche Voraussetzungen sind in der Realität nicht gegeben, insbesondere die, daß alle Menschen gleich sind. Fehlt diese Gleichheit jedoch, dann wird der „Stärkere“ im Machtkampf siegen, ganz gleich, ob seine Stärke auf Besitz, manuellen oder intellektuellen Fertigkeiten oder auf Rücksichtslosigkeit und Profitstreben beruht. Der wirtschaftlichen Macht steht wirtschaftliche Ohnmacht gegenüber. Es kommt zu dem, was man mit der Gefahr der „Akkumulation der Ungerechtigkeit in der freien Marktwirtschaft“ umschreiben könnte.

Nun ist es nicht etwa so, daß die Theoretiker

der liberalen Wirtschaftsordnung die Mängel des Systems einfach übersehen bzw. hingegenommen haben. Vielmehr wurden von ihnen im Laufe der Zeit zahlreiche Reformvorschläge zur Sicherung des Wettbewerbs zur Diskussion gestellt. Nur wenige haben allerdings, wie der englische Neoliberale Hutt, den Mut gehabt, die Forderung nach einem perfekten Marktmechanismus konsequent zu Ende zu denken. Denn er schlägt zur Erhaltung und Sicherung der marktwirtschaftlichen Ordnung vor, die Produktionssphäre einer strengen staatlichen Kontrolle zu unterwerfen, die in ihrer Art jedem Polizeistaat zur Ehre gereichen würde. Betrachtet man seinen Maßnahmenkatalog, so kann man sich eine Vorstellung davon machen, wohin es führt, wenn die widersinnige Konstruktion einer „liberalen Zwangswirtschaft“ versucht wird (siehe Hans Apel, „Edwin Cannan und seine Schüler, die Neuliberalen an der London School of Economics“, Tübingen 1961). Auch die Vorstellung, daß die christliche Ethik das Profitstreben der Menschen begrenzen würde, erwies sich als ein Trugschluß. Denn die Menschen verstanden es einerseits meisterhaft, Christentum und Geschäft voneinander zu trennen. Andererseits gab es christliche Religionen, wie z. B. den Calvinismus, der mit seiner „Lehre von der Auserwähltheit“ das Profitstreben sanktionierte.

Trifft nun die soziale Ungerechtigkeit und Existenzunsicherheit nicht nur einzelne, sondern stürzt sie ganze Bevölkerungsschichten in Not, dann bleibt als einziger Ausweg der Zusammenschluß der wirtschaftlich Schwachen, der zwangsläufig zum Klassenkampf führt, und zwar nicht nur zum Klassenkampf auf der ökonomischen, sondern auch auf der politischen Ebene.

Die geschilderten Konsequenzen des kapitalistischen Wirtschaftssystems wurden seit dem Ende des 19. Jahrhunderts zunehmend durch die staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik gemildert. Sie wirkte jedoch nicht auf die Ursachen der sozialen Mißstände ein, sondern

war nur ein Kurieren an Symptomen. Die an sich erforderlichen ordnungspolitischen Konsequenzen wurden jedoch nicht gezogen. Auch die Wirtschaftspolitik in der Zeit der nationalistischen Gewaltherrschaft vollzog nur einen Stillwandel. Die Wirtschaftsordnung blieb im wesentlichen unverändert. Bei prinzipieller Aufrechterhaltung des Privateigentums wurde der Marktmechanismus zunehmend von einer staatlichen Wirtschaftslenkung abgelöst. Maßnahmen wie Preis- und Lohnstopp, ein System direkter Kontrollen in allen Bereichen der Wirtschaft und eine durch Rüstungsaufträge vollbeschäftigte Wirtschaft sollten mit Hilfe einer riesigen Propagandamaschine den Eindruck vermitteln, daß die soziale Frage in Deutschland ein für allemal gelöst sei. Jedoch war dies, wie wir alle wissen, eine der größten Lügen dieser Zeit. Die ökonomische Rechnung für diese Politik wurde uns mit der Währungsreform des Jahres 1948 präsentiert.

Die negativen Erfahrungen mit den zwangswirtschaftlichen Systemen faschistischer und kommunistischer Prägung und die wirtschaftliche und soziale Not der ersten Nachkriegsjahre führten zu einem übertriebenen Individualismus nach 1945. Es war deshalb verständlich, daß die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft zur Lösung der vielfältigen sozialen und ökonomischen Probleme nach 1945 erneut überschätzt wurde. Diese als „soziale Marktwirtschaft“ bezeichnete Wirtschaftsordnung sollte sich allerdings durch eine größere Wirklichkeitsnähe, stärkere Betonung sozialpolitischer Ziele und durch ein soziales Verantwortungsbewußtsein der Träger ökonomischer Macht gegenüber früheren Ordnungsvorstellungen auszeichnen.

Die vom Liberalismus vertretenen ordnungspolitischen Prinzipien bleiben jedoch auch für die Konzeption der sozialen Marktwirtschaft prinzipiell gültig. Denn die Vertreter der sozialen Marktwirtschaft sind nach wie vor der Überzeugung, daß nur die uneingeschränkte unternehmerische Freiheit, orientiert am Gewinnprinzip, auf der Grundlage des privaten Eigentums, insbesondere an den Produktionsmitteln, wirtschaftliches Wachstum garantieren könne. Diese Freiheiten sollen allerdings dort ihre Grenzen finden, wo mit ihrer Hilfe ökonomische Macht entsteht, die zum Nachteil des einzelnen ausgeübt wird. In diesen Fällen ist der Staat zur Überwachung und Beschränkung verpflichtet.

Die Vorstellung, daß ein funktionsfähiger Wettbewerb automatisch in der Lage sei, „Wohlstand für alle“ durch „Sozialisierung des Fortschritts und Gewinns“, so Ludwig Erhard 1957, zu bewirken, erwies sich im Laufe der Jahre als unrealistisch. Zwar läßt sich nicht bestreiten, daß die deutsche Wirtschaft im Zeichen der sozialen Marktwirtschaft einen enormen Aufschwung genommen hat. Gleichwohl weist die Tatsache der ungleichen Vermögensverteilung und die Diskrepanz von privatem Reichtum und öffentlicher Armut darauf hin, daß die soziale Marktwirtschaft Erhardsscher Prägung die Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht aufheben konnte und wollte. Insbesondere die Steuerpolitik der CDU/CSU bewirkte eher das Gegenteil. Statt einer „Sozialisierung der Gewinne“ kam es folglich zunehmend zu einer „Privatisierung der Gewinne“ und „Sozialisierung der Verluste“.

Nachdem die Rezession der Jahre 1966/67 die Mängel der sozialen Marktwirtschaft Erhardsscher Prägung schonungslos offengelegt hatte, lebte die Diskussion über die zukünftige Gestaltung unserer Wirtschaftsordnung wieder auf. Im Mittelpunkt der Diskussion steht dabei die Frage, ob es möglich ist, die marktwirtschaftliche Ordnung so zu gestalten, daß sie der Forderung nach sozialer Gerechtigkeit entspricht oder ob sie durch eine andere Wirtschaftsordnung – etwa im Sinne des Marxismus – abgelöst werden soll.

Bevor jedoch auf die Möglichkeiten einer Reform unserer Wirtschaftsordnung eingegangen wird, sollen zunächst kurz die alternativen Möglichkeiten skizziert werden. Dabei ist für uns in erster Linie die Antwort auf die Frage interessant: wie kommt es zum Ausgleich der eigennützigen Bestrebungen mit den gemeinnützigen Erfordernissen? Die marxistische Antwort erscheint auf den ersten Blick plausibel. Sie lautet nämlich: Weil die alten Ordnungsformen, Privateigentum und marktwirtschaftliche Warenproduktion, auf denen der Konflikt der „kollektiven Produktion“ und der „individuellen Aneignung“ beruht, beseitigt sind, ist dieser Interessengegensatz aufgehoben. Denn nach marxistischer Auffassung ist dem Menschen an sich der Gegensatz egoistischer und altruistischer Interessen fremd. Sie werden vielmehr erst durch die kapitalistischen Verhältnisse sich selbst entfremdet, ihrer eigentlichen Wesensart entäußert. Mit der Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung wird somit der

Mensch von seinen egoistischen Trieben befreit und sein Handeln allein am Gemeinwohl ausgerichtet.

Abgesehen von der Tatsache, daß dieses Menschenbild unrealistisch ist – denn wie die Erfahrung zeigt, trug der Mensch zu jeder Zeit egoistische und altruistische Triebe und Bedürfnisse in sich –, ist es auch in den bestehenden sozialistischen Wirtschaftsordnungen bislang nicht gelungen, den Widerspruch zwischen Teil- und Gesamtinteressen zu lösen. Deshalb werden auch hier, um das Gemeinwesen so gut wie möglich mit wirtschaftlichen Gütern versorgen zu können, die Erfolgsinteressen der Menschen durch Leistungsanreize materieller (Prinzip der materiellen Interessiertheit) und immaterieller Art (sozialistischer Wettbewerb) aktiviert. Um jedoch zu verhindern, daß das Eigeninteresse in einen Widerspruch zum Gesamtinteresse gerät, werden Leistung und Einzelinteresse zugunsten des Gesamtinteresses streng kontrolliert und reglementiert. Mit anderen Worten, die Interessen der wirtschaftenden Menschen werden durch politischen und rechtlichen Zwang darauf ausgerichtet, daß mit ihrer Selbstverwirklichung zugleich dem Gesamtinteresse entsprochen wird.

Das Macht- und Verteilungsproblem wird somit nicht ökonomisch, sondern politisch gelöst. Da jedoch die Machtausübung der politischen Führung nicht demokratisch kontrolliert wird, besteht noch stärker als in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung die Gefahr, daß die Machtballung mißbraucht wird. Denn die bei uns wirksamen politischen, gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Gegenkräfte sind im Herrschaftsbereich des Kommunismus weitgehend unwirksam. Hinzu kommt, daß diese Wirtschaftsordnung bisher den Beweis einer unserem System gleichwertigen Leistungsfähigkeit nicht erbracht hat.

Auch das jugoslawische System des „Konkurrenzsozialismus“ („Jugoslawisches Modell“), d. h. die Synthese von zentralverwaltungsweise wirtschaftlichen und marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzipien, ergänzt durch eine wirtschaftliche Selbstverwaltung der Betriebe (Arbeiterselbstverwaltung), konnte das Macht- und Verteilungsproblem nicht ökonomisch befriedigend lösen. Die „ökonomischen Disproportionalitäten“ – ungleiche Einkommensverteilung, Erhöhung der Konsumgüterpreise, Engpässe und Überkapazitäten in der Güterproduktion – zwangen die Regierung in jüngster Zeit zuneh-

mend zu verstärkten Kontrollen des Wirtschaftsablaufs.

Fassen wir zusammen:

1. Weder in der kapitalistischen Marktwirtschaft noch in einer sozialistischen Ordnung wird das Problem der sozialen Gerechtigkeit autonom gelöst. Die kapitalistische Ordnung führt zu unübersehbaren ökonomischen, die kommunistische Ordnung zu massiven politischen Abhängigkeiten.
2. Sowohl in der kapitalistischen wie in der sozialistischen Wirtschaftsordnung kann auf das individuelle Interesse der wirtschaftenden Menschen an ihrer persönlichen Daseinsgestaltung als einer wesentlichen Kraft allen wirtschaftlichen Geschehens nicht verzichtet werden.
3. Die Erfahrungen der kapitalistischen wie der sozialistischen Wirtschaftsordnung zeigen uns, daß die menschlichen Interessen stets dazu tendieren, sich selbst so gut wie möglich zu verwirklichen, auch wenn dies zu Lasten des Interesses von Dritten oder des Gesamtinteresses geschieht. Mit anderen Worten, die Interessen kennen keine Grenze ihrer Selbstverwirklichung, und wir können wohl auch kaum mit einer solchen immanenten Selbstbegrenzung rechnen.
4. Beide Wirtschaftsordnungen kommen angesichts der unübersehbaren und schnell wachsenden berechtigten Ansprüche an das Sozialprodukt nicht ohne eine klare Ausrichtung auf eine „Leistungsgesellschaft“ aus. Leistungsdruck und Wettbewerb der Beteiligten sind Teil der Industriegesellschaft und nicht Konsequenz der Wirtschaftsordnung.

Beide Wirtschaftsordnungen stellen damit in Reinkultur im Hinblick auf eine Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit keine erstrebenswerten Leitbilder dar. Die Ansätze einer gemischten Wirtschaftsordnung in unserem Lande müssen so weiterentwickelt werden, daß sie den Forderungen nach mehr sozialer Gerechtigkeit entsprechen, denn:

1. Die marktwirtschaftliche Ordnung ist hinsichtlich ihrer Leistungsfähigkeit jeder anderen Wirtschaftsordnung überlegen.
 2. Nur eine marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftsordnung kann ein Höchstmaß an individueller Entscheidungsfreiheit garantieren: Freie Konsumwahl, freie Arbeitsplatzwahl und freie Unternehmerentscheidung.
- Ohne eine erschöpfende Antwort auf die Frage

nach der zukünftigen Gestaltung unserer Wirtschaftsordnung geben zu können, scheint mir doch so viel für den ökonomischen und sozialen Bereich festzustehen: Wenn wir mehr soziale Gerechtigkeit und mehr soziale Sicherheit verwirklichen wollen, so müssen wir unsere Wirtschafts- und Sozialpolitik neu orientieren. In Anbetracht der Tatsache, daß es in einer dynamischen Wirtschaft und einer sich dauernd verändernden Gesellschaft nicht den Status quo einer „hellen Welt“ geben kann und folglich auch unsere gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen nicht durch eine „Jahrhundertreform“ oder durch „einen großen Sprung nach vorn“ realisiert werden können, muß diese Politik langfristig angelegt werden. Viele richtige Reformen führen dazu, daß sich durch die Quantität der Reformschritte die Qualität unserer Wirtschaftsordnung ändert.

Im Hinblick auf unsere gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen müssen deshalb folgende Grundsätze mehr und mehr zur Richtschnur unseres politischen Handelns werden:

1. Die Politik des nachträglichen sozialen Ausgleichs muß ergänzt werden durch eine vorausschauende, bewußte Gestaltung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels.
2. Die Wahl der Mittel in der Gesellschaftspolitik – ob marktkonform oder nicht – muß sich stärker an den gesellschaftspolitischen Zielen orientieren. Mit anderen Worten: als notwendig erkannte Maßnahmen dürfen nicht allein schon deshalb zum Scheitern verurteilt sein, weil sie als dirigistisch bezeichnet werden. Es gilt nach wie vor für uns der Grundsatz „so viel Freiheit wie möglich, so viel Planung wie nötig“, aber wo die Möglichkeit aufhört und die Notwendigkeit anfängt, muß auch von den gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen bestimmt werden.
3. Wir bejahen die Leistungsgesellschaft, wollen sie aber menschlich erträglich machen.

Wir Sozialdemokraten haben uns bereits 1959 im Godesberger Grundsatzprogramm zu einer derartigen Politik bekannt. Seit der Bildung der sozialliberalen Koalition im Jahre 1969 sind wir dabei, in unserer Gesetzgebungsarbeit diesen Grundsätzen Rechnung zu tragen. Dies möchte ich an sechs Beispielen verdeutlichen.

1. **Reform des Bildungswesens:** Die Gleichheit der Start- und Leistungschancen ist eine wesentliche Voraussetzung für

mehr soziale Gerechtigkeit. Die Startchancen werden heute und in Zukunft weitgehend in der Schule und Hochschule bestimmt. Also muß die Bildungsreform Priorität haben, um soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen.

2. **Steuerreform und Neuregelung des Familienlastenausgleichs:** Die Bundesregierung hat am 11. Juni und 28./29. Oktober 1971 Eckwerte und Grundsätze zur Steuerreform vorabschleitet. Durch diese Steuerreform soll unser Steuerrecht sozial gerecht, einfach und überschaubar gestaltet werden. Eine der sozialpolitisch bedeutungsvollsten Maßnahmen stellt die Neuregelung des Familienlastenausgleichs dar, die in engem Zusammenhang mit der Steuerreform steht. Gegenüber dem geltenden System des Familienlastenausgleichs, das auf Grund seiner Abhängigkeit vom Familieneinkommen zu einer Begünstigung der Bezieher hoher Einkommen führte, wird in Zukunft dem Prinzip der Chancengleichheit aller Kinder der Vorrang eingeräumt werden. Die Bundesregierung hat deshalb beschlossen, das bisherige System abzuschaffen und durch eine Einheitslösung außerhalb des Besteuerungsverfahrens zu ersetzen.

3. **Vermögensbildungspolitik:** Mit der Erhöhung des begünstigten Höchstbetrages für vermögenswirksame Anlagen von 312 DM auf 624 DM erfolgte bereits ab 1971 eine Neuorientierung unserer Vermögenspolitik. Anstelle der bisherigen Steuer- und Sozialabgabenfreiheit, die zu einer Benachteiligung der einkommensschwachen Arbeitnehmer bei der Besteuerung und der Rentenversicherung führte, wurde eine Arbeitnehmersparzulage eingeführt. Um die Förderung der Vermögensbildung auf die unteren und mittleren Einkommensschichten zu konzentrieren, sieht das Gesetz erstmals Einkommensobergrenzen vor.

Über die allgemeine Sparförderung und das 624-Mark-Gesetz hinaus wird im Zusammenhang mit der Steuerreform ein neues vermögenspolitisches Gesetz zur stärkeren Beteiligung breiter Bevölkerungsschichten auch am wachsenden Produktivvermögen der Volkswirtschaft vorbereitet. Grundsatzbeschlüsse faßte die Bundesregierung ebenfalls am 11. Juni 1971. Es ist beabsichtigt, jährlich einen bestimmten Betrag (im ersten

Jahr 4,0 Milliarden DM) für die Vermögensbildung bereitzustellen. Ohne eine echte Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand wird unsere Wirtschaftsordnung auf Dauer zu einer Farce.

4. **Reform des Bodenrechts:** Auf Grund der Tatsache, daß Grund und Boden nicht „vermehrbar“ sind, ist, wenn die Bodenspekulation unterbunden und eine mißbräuchliche Ausübung des Eigentumsrechts verhindert werden soll, eine Reform unseres Bodenrechts dringend erforderlich. Erst kürzlich hat Professor Leibholz, ehemals Richter am Bundesverfassungsgericht, auf diese Problematik hingewiesen. Seiner Ansicht nach muß – da sich das Grundgesetz sowohl zum Rechtsstaat als auch zum Sozialstaat bekennt – der Gesetzgeber darauf einwirken, daß eine mißbräuchliche Ausübung des Eigentumsrechts verhindert wird. Denn *„die mißbräuchliche Ausübung des Eigentumsrechts ist nicht verfassungsrechtlich geschützt, im Gegenteil, es ist verfassungswidrig, es widerstreitet dem grundgesetzlichen Bekenntnis zum Sozialstaat, dem der Eigentümer, auch der Hauseigentümer, Rechnung zu tragen hat“*.

Mit dem Städtebauförderungsgesetz, das die Probleme der Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen regelt, und dem Zweiten Steueränderungsgesetz, durch das die bislang steuerfreien Gewinne von Land- und Forstwirten und Selbständigen bei Verkäufen von Grundstücken der Einkommensteuerpflicht unterwirft, wurde zum ersten Mal in der Bundesrepublik dem in Art. 14 des Grundgesetzes festgelegten Grundsatz der Sozialbindung des Eigentums entsprochen. Da beide Gesetzentwürfe jedoch nur besondere Probleme des Bodenrechts regeln, ist es notwendig, durch weitere Schritte das Bodenproblem einer schrittweisen, vernünftigen Lösung zuzuführen.

5. **Erweiterung der Mitbestimmungsrechte:** Nach unserer Auffassung soll und darf niemand einer Entscheidung unterworfen werden, die er vorher nicht selbst mitbeeinflussen konnte. Dieses demokratische Prinzip gilt nicht nur für den parlamentarisch-politischen Raum, sondern für alle Lebensbereiche. Dabei sollen nicht die parlamentarischen Formen übertragen werden, sondern die demokratischen Prinzipien: Miteentscheid, Möglichkeit der Selbst-

entfaltung, Würde des Menschen – auch am Arbeitsplatz –, Kontrolle und Legitimation notwendiger Machtausübung. Es ist deshalb nicht ersichtlich, warum das nicht auch an Hochschulen, in Verbänden, in Betrieben und Unternehmen funktionieren soll. Das mag Zeit kosten, führt aber zu Entscheidungen, die von denen, die sie ausführen oder ertragen müssen, auch mitgetragen werden. Alles Gerede darüber, ob man denn parlamentarische und politische Prinzipien auf den Bereich der Wirtschaft und der Betriebe übertragen könne, ist deshalb kaum mehr als der Versuch, sich einer echten Demokratisierung unserer Gesellschaft entgegenzustellen.

6. **Wettbewerbspolitik:** Um den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht zu begrenzen und einen funktionsfähigen Wettbewerb auf allen Märkten zu garantieren, hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Änderung des Kartellgesetzes vorgelegt. Seine Schwerpunkte sind:

- Eindämmung der Konzentrationstendenzen in der Wirtschaft,
- vorbeugende Fusionskontrolle,
- besserer Schutz vor Mißbrauch marktbeherrschender Unternehmen.

Diese wenigen Beispiele zeigen, daß wir gewillt sind, die Schwächen unserer Wirtschaftsordnung, die in der Diskrepanz zwischen Idealtyp und Realität ihren Ausdruck finden, durch eine langfristig angelegte Reformpolitik abzubauen. Auf Grund der Tatsache, daß nur in einer leistungsorientierten Wirtschaftsordnung die Mittel erwirtschaftet werden können, um die soziale Sicherheit auszubauen und die Gemeinschaftsaufgaben zu erfüllen, steht im Mittelpunkt unserer Reformbestrebungen nicht allein die Frage, ob für unsere Wirtschaft das Prinzip der Gewinnmaximierung adäquat ist oder nicht, sondern wer wirtschaftliche Dispositionen trifft und zu wessen Gunsten sie wirken. Denn nicht das Streben nach Gewinn allein ist schon gefährlich, sondern der Mißbrauch wirtschaftlicher Macht. Unsere Reformpolitik wird zudem alle Übersteigerungen des individuellen Profitstrebens zu Lasten der Allgemeinheit begrenzen. Aber ohne Gewinne gibt es keine Investitionen, ohne Investitionen keine Realisierung von Neuerungen und ohne diese nur Stagnation. Freie Konsumwahl und freie Arbeitsplatzwahl sind entscheidende Grundlagen, freier Wettbewerb und freie Unternehmerinitiative

sind wichtige Elemente sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik.

Die Erkenntnis, daß gewisse materielle Anreize die Antriebskräfte des einzelnen stärken und damit zu einer Leistungssteigerung der Gesamtwirtschaft führen können, dürfte dazu geführt haben, daß zunehmend auch in Wirtschaftsordnungen sozialistischer Prägung mehr oder weniger verschämt das Prinzip der Gewinnmaximierung Eingang gefunden hat. Trotz der unterschiedlichen politischen Rahmenbedingungen ist deshalb diese Entwicklung interessant.

Die Bewertung der unterschiedlichen gesellschaftlichen Ordnungsformen ergibt sich allerdings nicht aus den gegebenen ökonomischen Kriterien, sondern aus politischen Bedingungen für das Leben und die Freiheit der Bürger. Das demokratische Ringen um politische Entscheidungen kann zudem, wie alle Erfahrungen zeigen, die im dynamischen Wirtschaftsprozess ständig neu entstehenden Ordnungsprobleme besser lösen als die starre Herrschaft einer Einparteienregierung.

Allerdings — und darauf möchte ich abschließend hinweisen — sind in einer sich schnell entwickelnden Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft dem sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt in unserem Land auch Grenzen gesetzt. So kann z. B. die Privatwirtschaft einer neuen Steuerpolitik, einer ihr unerwünschten Mitbestimmung der Arbeitnehmer und einer wirksamen Politik des Umweltschutzes wenigstens potentiell durch Abwanderung oder Neuorientierung ihrer Investitionsentscheidungen begegnen. Damit wird aber weiterer sozialer Fortschritt in Westeuropa isoliert in einem Lande schwerer durchsetzbar. Das heißt nichts anderes, als daß unser gesellschaftspolitischer Fortschritt, die Verwirklichung unserer sozialen Demokratie, zunehmend abhängiger wird von der politischen Entwicklung unserer westeuropäischen Nachbarn. Der freiheitliche Sozialismus kann unter den Vorzeichen der westlichen Integration immer weniger in einem Lande verwirklicht werden.

Daraus läßt sich allerdings eine Resignation für unsere Reformpolitik in der Bundesrepublik nicht ableiten. Denn die soziale Wirklichkeit in unserem Lande, einem wichtigen Zentrum des zusammenrückenden Westeuropas, ist mitbestimmend für Europas Zukunft. Wir werden unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung so weiterentwickeln, daß die soziale Gerechtigkeit

ein wesentliches und konstitutives Element der sozialen und individuellen Wirklichkeit in unserem Lande wird.

Olaf Radke

Die Rolle der Gewerkschaften in der Zukunft

Wider Gorz und Pimenow

Auf der 4. Internationalen Arbeitstagung der IG Metall vom 11. bis 14. April 1972 in Oberhausen referierten in der Arbeitsgruppe „Die Zukunft der Gewerkschaften“ über die „Qualität des Lebens“ u. a. auch der französische Schriftsteller André Gorz und der Sekretär des Zentralrats der Gewerkschaften der Sowjetunion, Pjotr T. Pimenow.

André Gorz geht davon aus, „daß das Wachstum der Produktion (des Brutto-Nationalprodukts) keine Verbesserung der Lebenshaltung und Lebensbedingungen mehr erzeugt und daß eine Erhöhung der Löhne für sich allein den Arbeitnehmern kein besseres Leben sichern kann. Das Kapital dringt in alle Tätigkeitsbereiche ein; alle Reichtümer, jeder Genuß werden vermarktet; die Macht ballt sich in den Händen von Oligopolen, die mit der Zentralgewalt verflochten sind. Die Folge ist, daß die bürgerliche Gesellschaft zerfällt, das Gesellschaftsgefüge sich zersetzt und die Ideologie des Bürgertums in eine nicht umkehrbare Krise gerät. Der Fortbestand des Staates beruht nicht mehr auf der Überzeugungskraft seiner Ideologie, auch nicht auf der Bejahung seiner politischen Ziele durch eine Mehrheit des Volkes. Der Staat lebt fort durch Schliche und Einflußhandel dunkler Mächte, durch die bürokratische Machtfülle zentraler Apparate wie Verwaltung, Polizei, Armee, oft auch Gewerkschaften.“

Die Gewerkschaften haben nach seinen Vorstellungen den Klassenkampf „offensiv“ zu führen, um den Schutz der körperlichen und kulturellen Integrität des Arbeiters zu garantieren.

Unter körperlicher Integrität versteht er praktisch das, was man allgemein mit Gesundheit bezeichnet. Und unter kultureller Integrität versteht er den Arbeiter mit Qualifikation. Qualifikation aber auf Berufsqualifikation bezogen und nicht etwa schlechthin auf Bildung.

Die Verweigerung der Qualifikation sieht Gorz als bewußte Aktion des Kapitalismus.

Die Gewerkschaftsapparate fürchten nach Gorz, daß sie die Kontrolle über den Kampfdrang der Arbeiterschaft verlieren, daß eine Spannung zwischen Gewerkschaftsapparat und Basis auftrete.

Gorz geht davon aus, daß eine revolutionäre Bewegung infolge des Zerfalls der bürgerlichen Gesell-

schaft entsteht. Diese revolutionäre Bewegung sei auf eine Selbstorganisation des Proletariats gerichtet. Die Gewerkschaften würden in dieser Bewegung verschwinden. Das Proletariat organisiere sich dann frei in Komitees, Versammlungen und Reden. In diesem Prozeß kommt einer sogenannten Klassenvorhut radikaler Kader die politische Führungsrolle zu.

Sein Konzept ist eine Mischung zwischen Trotzismus und Anarchosyndikalismus. Es enthält ebenso Restbestände der Räte-Bewegung, die in Deutschland bis Mitte der 20er Jahre einige Bedeutung erlangte.

Pimenow schilderte das bestehende sowjetische System. Seine Darstellung beschreibt die formale Struktur des Sowjetstaates; auf tatsächliche Erscheinungen geht er nicht ein.

Seine Voraussage gipfelt darin, daß die Arbeiterklasse der Sowjetunion, der anderen sozialistischen Länder und die Arbeiterklasse der Länder des Kapitalismus eine einheitliche Klasse sei, auch wenn sie unter verschiedenen Verhältnissen lebt.

Auch er geht davon aus, daß die Zukunft eine neue Verschärfung der Gegensätze des Kapitalismus mit sich bringe; es gäbe keine „Integration“ der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften ins kapitalistische System.

Gegen die Referate von Pimenow und Gorz wandte sich Olaf Radke, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. Seine Ausführungen werden im folgenden zur Diskussion gestellt.

Will man zu einer Aussage über die Zukunft der Gewerkschaften kommen, bedarf es einer Untersuchung der gegebenen Verhältnisse. Dabei sind die materiellen Fakten — also das Wesen der Produktionsverhältnisse — von genauso erheblicher Bedeutung wie der gängige ideologische Überbau, das heißt die Rechtfertigung des bestehenden Systems.

Pimenow geht dabei tatbestandsmäßig von den sowjetischen Gegebenheiten aus, ideologisch von dem, was er marxistisch-leninistische revolutionäre Entwicklungstheorie nennt. Er stellt fest, daß die zunehmende Rolle der Gewerkschaften in den sozialistischen Ländern der wichtigste, kennzeichnendste Wesenszug ist, der sich aus dem Wesen des Sozialismus selbst ergäbe. Diese Rolle der Gewerkschaften definiert er in der Epoche des sozialistischen Aufbaus als Teilnahme an der Verwirklichung der Diktatur des Proletariats. Teilnahme deshalb, weil die Stellung der Gewerkschaften unter sowjetischen Verhältnissen hierarchisch ist.

Die Arbeiterklasse wird repräsentiert in der Spitze als führende Kraft durch die politische

Partei, also die KPdSU, dann durch den sozialistischen Staat und dann durch die zum System der sozialistischen Demokratie gehörenden Gewerkschaften. Alle drei, nämlich Partei, Staat und Gewerkschaften hätten danach die gleiche Klassennatur.

Es läßt sich fast nicht vermeiden, daß man dabei an die christliche Dreieinigkeit erinnert wird.

Seine Definition schließt ein, daß die Arbeiterklasse, die „die Macht habende, herrschende, regierende Klasse ist“. Im Gegensatz dazu definiert er die Gewerkschaften im Kapitalismus als „Organisationen der ausgebeuteten Klasse“. „Deshalb setzen sie sich dem gesamten System der politischen Macht, das heißt ihre Diktatur im allgemeinen — den bürgerlichen politischen Parteien, dem bürgerlichen Staat entgegen.“

Es ist zwangsläufig, daß Pimenow terminologisch das System der parlamentarischen Demokratie als „Diktatur der bürgerlichen politischen Parteien und des bürgerlichen Staates“ versteht. Da er die Rolle der sowjetischen Gewerkschaften in der Verwirklichung der Diktatur des Proletariats sieht, kann man also den von ihm verwendeten Begriff „Diktatur“ nicht mit den negativen Akzenten westlicher — vielleicht ist es auch angemessen zu sagen: östlicher — Erfahrung gleichsetzen.

Diese analytischen Ausgangspunkte werden von uns in ihrer Einfachheit nicht geteilt. Die Interessenidentität von Partei, Staat und Gewerkschaften mit der Arbeiterklasse ist ein Axiom. Dieses Axiom erhält nur dann Bedeutung, wenn man sich in die Abstraktion begibt. Im Bereich der Abstraktionen ist natürlich alles beweisbar. Das sowjetische Bild stimmt nur dann, wenn man den Begriff des „Interesses der Arbeiterklasse“ löst von der Bedeutung die dem Begriff „Interesse“ innewohnt. Das Wort Interesse bezieht sich immer auf ein Subjekt und ist von einem Subjekt her zu sehen. Das Subjekt ist hier das Wort „Arbeiterklasse“. Nach der von Pimenow selbst gegebenen Definition umfaßt die Arbeiterklasse die überwältigende Mehrheit der Bürger der Sowjetunion, wenn ich einmal davon absehen will, daß sich die Sowjetunion selbst als Arbeiter- und Bauernstaat bezeichnet. Damit wird der Begriff „Interesse der Arbeiterklasse“ inhaltlich gleich wie der in der bürgerlichen Welt gebrauchte Begriff „Interesse der Allgemeinheit“ oder „Gemeinwohl“.

Daher wird es notwendig, und hier komme ich auf Gorz, die Arbeiterklasse in der westlichen Welt im unaufhebbaren, also kontradiktorischen Gegensatz zur Bourgeoisie zu sehen. In der westlichen Welt ist von dieser These her der Appell an das Gemeinwohl daher eine Verschleierung der Interessen der Bourgeoisie.

Da subjektiv der einzelne Arbeitnehmer seine Interessen keineswegs summarisch als Interesse der Arbeiterklasse begreift, wird es daher notwendig, damit das ganze Bild in der Abstraktion wieder stimmt, von den objektiven Interessen und Bedürfnissen der Arbeiterklasse zu sprechen. Damit schließt sich der Kreis: die Arbeiterklasse wird zur Einheit.

Gorz bewegt sich in diesem Bild, wenn er aus- sagt, daß der Staat immer mehr zur Gewalt der Apparate wird. Allerdings geht die intellektuelle Redlichkeit mit ihm durch, wenn er fest- stellt, daß die Arbeiterklasse heutzutage viel zu differenziert sei, als daß ihre Einheit auf einer direkten materiellen Grundlage beruhen könne.

Wenn aber die Einigkeit wegen des Fehlens einer materiellen Grundlage nicht gegeben ist, sondern eine materielle Differenziertheit die Ausgangslage darstellt, bleibt der Appell: die Einheit der Arbeiterklasse muß errichtet werden, indem systematisch die Wurzeln der Spaltung aus einer Klassenperspektive angegangen werden, reiner Idealismus, ein Appell an mora- lische und sittliche Ideen. Die Idee soll also die materiellen Verhältnisse bestimmen und nicht die materiellen Verhältnisse die Ideen.

Mir scheint – wenn ich das alles richtig begrif- fen habe, ich nehme möglichen Irrtum für mich in Anspruch –, das ist Marx wieder auf den Kopf gestellt oder das Ende der Dialektik bei Hegel.

Ich wage nicht zu behaupten, daß die sowjeti- sche Arbeiterklasse ebenso differenziert ist wie die Arbeiterklasse in den westlichen Ländern, und ich wage nicht zu behaupten, daß ihre Ein- heit nicht mehr auf einer direkten materiellen Grundlage beruhen würde. Aber auszuschlie- ßen ist das ebensowenig. Wenn aber die Mög- lichkeit der Differenziertheit der materiellen Grundlage der sowjetischen Arbeiterklasse denkbar ist, also real gegeben sein kann, ist die Aufrechterhaltung des Postulats der objek- tiven Interessenlage der Arbeiterklasse, die durch Partei, Staat und Gewerkschaften vertre- ten wird, ein Prinzip terminologischer Abstrak- tion, dessen reale Anwendung die Gefahr der

subjektiven Interessenwahrung – Interessen, ich betone es noch einmal, beziehen sich auf ein Subjekt – der einzelnen innerhalb der Klasse oder der Gesellschaft unterdrückt, zwangsläufig unterdrücken muß.

Gerade diese Unterdrückung, diese Repression dem einzelnen gegenüber, wird aber im Westen von allen „linken“ Sozialkritikern als Wesens- merkmal des kapitalistischen Staates bezeich- net.

Gorz läßt das im Westen nur für den Staat gel- ten – als Instrument der Herrschaft der Bour- geoisie. In der Arbeiterklasse selbst findet er nirgendwo einen Ansatz, daß eine Arbeiterneh- mergruppe eine andere Arbeitnehmergruppe unterdrücken könnte.

Gorz und Pimenow, trotz ideologisch gegnerli- cher Standpunkte, beide aber auf Marx letzt- lich zurückgehend, sehen Unterdrückung nur im Klassengegensatz. Hier liegt – wie mir scheint – der entscheidende Fehler der An- sätze beider.

Der Satz von Gorz, daß der Staat fortlebe durch Schliche und Einflußhandel dunkler Mächte, durch die bürokratische Machtfülle zentraler Apparate wie Verwaltung, Polizei, Armee – er hält sich sicher für sehr mutig, an dieser Stelle auch die Gewerkschaften zu benennen – ist reine Mystik, Mystifizierung auf denkbar niede- rer Ebene.

Gorz glaubt einen Stillstand und eine Erstar- rung des Kapitalismus – den er vereinfacht das „System“ nennt – prognostizieren zu können. Dieses System wird seiner Meinung nach da- durch verwundbar.

Die Verteuerung der wichtigsten Produktions- faktoren seien die Ursache. Die Rohstoffpreise würden steigen, wenn die imperialistische Be- herrschung und Ausbeutung Afrikas, Asiens und Lateinamerikas zu Ende ginge. Es kann so sein, muß aber nicht so sein.

Es entsteht allein die Frage, ob ein Käufer- oder Verkäufermarkt für die Rohstoff- oder Pri- märproduktion entsteht. Es hat allen Anschein, daß in wesentlichen Bereichen der Primärpro- duktion sich zunehmend ein Käufermarkt ent- wickelt; das aber hat dann einen Druck auf die Preise zur Folge. Der Sprung von der Agrar- gesellschaft, und hier auch noch in ihrer ur- sprünglichsten Form, nämlich der extensiven, zur Industriegesellschaft und zu nachindustrie- gesellschaftlichen Bedingungen, vollzieht sich in der sogenannten Dritten Welt nicht in einer Generation.

Gorz übersteht die industriegesellschaftlichen Möglichkeiten der Substitution von fehlenden oder knappen Mineralien durch die Großchemie, durch Großmolekulare Kunststoffe (Polymere).

Kosten des Umweltschutzes sind keine Kosten, die der Kapitalismus verursacht, sondern die Industriegesellschaft. Sie treten daher auch in allen entwickelten sozialistischen Gesellschaften auf (UdSSR, CSSR, DDR usw.). Im Kapitalismus entsteht nur die Frage der Kostenverteilung.

Diese Reproduktionskosten gehen selbstverständlich in den Preis der Ware, also auf Kosten des individuellen Lebensstandards – in jeder Volkswirtschaft, auch der sozialistischen. Sozialistische Gesellschaften sind allerdings in der Lage, diesen Zustand zu verschleiern (beispielsweise durch Handelsaufschläge auf Verbrauchsgüter im System der staatlichen Waren-distribution).

Multinationale Unternehmen oder Konzerne – Gorz spricht von transnationalen Trusts – sind keineswegs Faktoren, die zwangsläufig zu einer vermehrten Starrheit des Systems beitragen.

Bei Marx ist die Konzentration des Kapitals eine Folge des Kapitalismus, die aber von ihm nicht als abzuwehrende Erscheinung dargestellt ist, sondern als eine Erscheinung, die die höchstmögliche Entwicklung der Produktivkräfte mit sich bringt, die aber auf der anderen Seite die Herrschaft in wenige Hände konzentriert und die aufgrund des Gesetzes der fallenden Profitrate ihre Selbstaufhebung durch dialektischen Umschlag in sich trägt.

Die Akkumulation des Kapitals ist in seiner Konzentration aber vom jeweiligen volkswirtschaftlichen Raum aus zu sehen. Der bisherige nationale wirtschaftliche Raum der europäischen Staaten hat sich aber immens durch die EWG erweitert. Dadurch relativiert sich zum Teil die Bedeutung multinationaler Unternehmen. Das Problem der multinationalen Konzerne besteht in ihrer fehlenden Kontrolle. Konkret wird dieses Problem innerhalb der EWG durch die Schaffung eines Gesetzes über die Europäische Handelsgesellschaft angegangen.

Die deutschen Gewerkschaften fordern in den Kontrollorganen dieser Europäischen Handelsgesellschaft – nach dem Modell der deutschen Montanindustrie – die paritätische Mitbestimmung.

Wenn andere europäische Gewerkschaften dieses Problem nur in den fixierten Bildern – von denen Pimenow und Gorz ausgehen – begreifen, übersehen sie die instrumentalen Ansätze der Gesellschaftsreform mit dem Ziel der Humanisierung der Gesellschaft. Die Vollsozialisierung kann das Problem der Aneignung gesellschaftlicher Produktionswerte durch Private, also den Kapitalisten, lösen; dies löst aber das Problem der Herrschaft nicht. Dies ist auf einer anderen Ebene das gleiche Problem, das ich als Frage zu Pimenow stellte, ob die Interessenidentität zwischen Partei, Staat und Gewerkschaften, Arbeiterklasse und Einzelindividuum wirklich gegeben ist.

Natürlich gibt es im Kapitalismus so etwas wie künstliche Bedarfsweckung oder, wie es heute bezeichnet wird, Konsum-Manipulation. Wer aber stellt die unmanipulierten Bedürfnisse fest? Was heißt objektive Bedürfnisse?

Das Einzelindividuum kann durchaus andere Interessen haben als die seiner Klasse unterstellten objektiven Interessen. Es ist dann auch nicht damit getan, darauf hinzuweisen, daß diesem Einzelindividuum, also dem einzelnen Arbeitnehmer, die Einsicht in die Notwendigkeit fehlt oder das kritische Bewußtsein. Das subjektive Interesse, der subjektive Wunsch, sind oft elementar.

Was objektiv richtig ist, ist Wertentscheidung derjenigen, die die Herrschaft innehaben, im sowjetischen System, wie wir gehört haben: Partei, Staat, Gewerkschaften; im westlichen System: die Bourgeoisie – mit der Möglichkeit, daß gegen die Bourgeoisie, gegen die Kapitalisten und gegen den Staat, soweit man ihn als Herrschaftsinstrument der Kapitalisten betrachtet, die Interessen der Arbeitnehmer gewahrt und partiell durchgesetzt werden können.

Sicher gibt es ein solidarisches Grundinteresse aller Arbeitnehmer, das aus der Abhängigkeit des Arbeitsverhältnisses zum Arbeitgeber und Unternehmer resultiert. Dieses identische Grundinteresse – Gorz sagt es ja selbst – ist aber materiell differenziert. Daher kann eine Entscheidung über die „objektiven Bedürfnisse der Arbeiterklasse“ nur nach Zielvorstellungen gefällt werden, die auch zumindestens von der Mehrheit der Arbeitnehmer gebilligt und für richtig gehalten wird. Das heißt andererseits, daß die Gewerkschaften auch aufklärend einwirken müssen, um Fehlentwicklungen zu vermeiden. Der Prozeß der Arbeitszeitverkürzung beispielsweise ist ursprünglich gegen die Mehr-

heitsmeinung der Arbeitnehmer durchgesetzt worden.

Läßt man nur die Mehrheitsentscheidung der Masse gelten, also das Plebiszit, muß man damit rechnen, zu Entscheidungen zu kommen wie im Kanton Graubünden. Wenn ich richtig orientiert bin, ist dort ein Plebiszit negativ ausgefallen, das forderte, das Schulsystem umzugestalten. Das dortige Schulsystem kennt nur die 7klassige Volksschule und die Winterschule. Im Sommer sollen die Kinder, insbesondere in bäuerlichen Verhältnissen, in der Landwirtschaft helfen. Gefordert war eine 8klassige Volksschule und Ganzjahresschule. Diese Forderung ist von einer Mehrheit bei der Volksabstimmung abgelehnt worden.

Das Spannungsverhältnis aus subjektiven Wunschvorstellungen und Notwendigkeiten, um eine bestimmte gerechte und humane Ordnung durchzusetzen, läßt sich nicht einfach durch Unterdrückung der subjektiven Wünsche lösen. Wer diesen Weg geht, wird auf Repressionen, ja auf die strengste Form der Repression, nämlich Terror, nicht verzichten können.

Die Politik der deutschen Gewerkschaften begriff sich nach dem Krieg immer aus gesellschaftlichen Zusammenhängen. Allerdings wurde dieser Politik nicht die Fahne einer geschlossenen Ideologie vorausgetragen. Die deutschen Gewerkschaften verstehen sich als Einheitsgewerkschaften. Von ihrer Struktur her müssen sie die Konfirmation ihrer Mitglieder auf ein geschlossenes Ideologisches System ablehnen. Der Tatbestand der Einheitsgewerkschaft ist als Wert an sich zu begreifen, denn er hat die deutschen Gewerkschaften stark gemacht und die Zersplitterung nach Glaubensbekenntnissen verhindert. Reideologisierungsversuche – vor allem durch junge Menschen – gibt es, das ist aber kein Reflex oder Ergebnis der zunehmenden Einsicht in die tatsächlichen Bedingungen des Kapitalismus, sondern es ist – so paradox es klingt – ein Überbauproblem. Jede haltbare Fakten- und Tatbestandsanalyse der realen Bedingungen, einschließlich ihrer Beziehungen und Bedingtheiten zueinander, fehlt. Gorz verwechselt Reideologisierung mit Politisierung.

Er kennt das deutsche System der Betriebsverfassung nicht, also der Mitbestimmung durch den Betriebsrat. Das, was er aus der italienischen und französischen Situation (CFDT und FIM-CISL) berichtet, also die Forderung nach „Qualität“, er nennt sie „außenwirtschaftliche

Forderung“, Abbau arbeitgeberischer Zentralgewalt, Macht und Befugnisse, Organisation der Arbeit, Hierarchie, ist als „rechtliche“, also als politische praktische Möglichkeit in der Bundesrepublik durch das Betriebsverfassungsgesetz vom Grundsatz her erreicht.

Das Problem besteht in der sachlich tatsächlichen Verwirklichung dieser Rechte; das ist eine Bildungsfrage, nicht mehr ausschließlich eine Machtfrage.

Um in diesem Zusammenhang noch einmal auf den Satz einzugehen, daß der Staat immer mehr zu einer Gewalt der Apparate wird. Richtig ist: der Staat ist Macht und kann Gewalt sein. Die zunehmende Staatstätigkeit – für die Bundesrepublik muß es heißen: Tätigkeit der öffentlichen Hand: Gemeinden, Länder, Bund und öffentlich-rechtliche Selbstverwaltungskörperschaften und Anstalten, z. B. Bundesanstalt für Arbeit, Anstalten der Arbeiter- und Angestelltenrentenversicherung, Berufsgenossenschaften, Hochschulen und Universitäten usw. – hat gerade in der Erscheinung ihre Ursache, die Gorz durchaus richtig sieht, nämlich daß viele Bedürfnisse heute nur über den kollektiven Weg befriedigt werden können, z. B. soziale Sicherung, Gesundheitspolitik, Bildung und Ausbildung, Strukturpolitik sowohl ökonomisch als auch gesellschaftlich, Umweltschutz usw. Marxistisch ausgedrückt: die Veränderung der Produktionsverhältnisse verändert den politischen Oberbau und das Bewußtsein auch der Kapitalisten.

Gerade die Nachweisbarkeit, daß dieser Satz stimmt, verwirrt Gorz. Er sieht darin eine Verschwörung der Kapitalisten mit dem Staatsapparat.

Gorz Thesen sind von ihrem politisch-ideologischen Wertmuster, ich gehe sicher nicht fehl, daß er sich weitgehend – sicher nicht ausschließlich – auf Marx beruft, eine *contradictio in adiecto*, ein Widerspruch in sich selbst.

Die Forderungen der italienischen Gewerkschaften, die Gorz als Beweis des Erkennens gesellschaftlicher und systemüberwindender Reflexe aufzählt, sind für die deutschen Gewerkschaften – fast möchte man sagen: – „ein alter Hut“. Danach, wenn diese Forderungen Ausdruck gesellschaftlicher Bewußtheit sind, wären die deutschen Gewerkschaften den italienischen und französischen um Jahrzehnte voraus. Wenn das so wäre, wie Gorz annimmt. 1. Dieser Kongreß, der vierte seiner Art, beweist es.

2. Daß „Gesundheit keine Ware“ ist, ist Leitsatz gewerkschaftlicher Sozialpolitik, Gesundheitspolitik, Politik des Arbeitsschutzes und Tarifpolitik seit Jahrzehnten. Ich bin gerne bereit, Gorz den ganzen Umfang unserer Schriftenreihe über Arbeitssicherheit zur Verfügung zu stellen, ebenfalls eine Darstellung unserer Tätigkeit in den Berufsgenossenschaften, bei der Schulung der Sicherheitsbeauftragten und Betriebsräte, ebenso über unsere Initiativen bei dem jetzt im Bundestag verhandelten Gesetz über Betriebsärzte und Fachkräfte für Arbeitssicherheit. Ich selbst bin engagiert im Bereich der Sozial- und Gesundheitspolitik und habe Aspekte auf dieser Konferenz aufgezeigt: Widerstand kommt interessanterweise weniger von den Kapitalisten; der Kerntrupp der Reformunwilligen ist die organisierte Ärzteschaft.

3. Schutz der kulturellen Integrität der Arbeiter. Wenn ich richtig verstanden habe, geht Gorz in Anlehnung an Sergio Garavini und Antonio Lettieri davon aus, daß es das Prinzip des Kapitalismus sei, *„sich möglichst wenig der menschlichen Intelligenz zu bedienen“* und daß die Verweigerung der Qualifizierung kein Ergebnis technischer Notwendigkeiten wäre, sondern vielmehr Ursprung technischer Umwandlung, die eine politisch-kulturelle Entscheidung sei. Diese Sätze sind höchste Abstraktion und in der Abstraktion richtig. Im Gegensatz zur Natur ist Technik immer Entscheidung. Will man die materielle Grundlage für eine Gesellschaft schaffen, die frei ist von Hunger, Krankheit, Wohnungsnot, die also die natürliche Repression der Urgesellschaft überwindet, darf man über die dazu vom Prinzip her notwendige Repression durch Arbeitsorganisation nicht wehklagen. Es ist die Frage, welche Repression ist notwendig, welche unnötig. Es ist eine quantitative, keine qualitative Frage.

Wir fordern den Abbau produktiver Zwänge — und wir sind bei diesem Abbau, da wo sie nur personales Herrschaftsinstrument sind —, wenn sie sich von einer ehemals gegebenen materiellen Notwendigkeit hier verselbstständigt haben. Wir akzeptieren produktive Zwänge, wo sie unaufhebbar sind, und sind aufgerufen, neue Produktionsformen zu organisieren, die das heute noch **unaufhebliche** aufheben machen. Unser Slogan drückt das aus: Nicht

der Mensch ist der Technik anzupassen, sondern **die Technik dem Menschen**.

Eingebettet in diese Konzeption glauben wir nicht mehr an die Totalität des Axioms, daß sich der Mensch durch Arbeit selbst verwirklicht. Die Qualität des Lebens wird in der nachindustriellen Gesellschaft, in die wir eingetreten sind, mehr und mehr außerhalb der Arbeit manifestiert. Die Qualität des Lebens nur und ausschließlich in der Arbeit zu sehen, ist alttestamentarisches Relikt: Im Schweiße Deines Angesichtes sollst Du Dein Brot essen. Die Antithese dazu ist für uns nicht die paradiesische Endzeiterwartung, sondern die Möglichkeit, das Transpirieren beim Brotessen nicht mehr als unaufhebbare Notwendigkeit anzusehen. Daraus resultieren unsere Auffassungen zum Problem der Qualifizierung der Arbeit. Wir sehen es daher nicht als kulturelles Integritätsproblem, also als totale oder absolute Forderung, sondern als relative.

Die Instrumente dafür sind weit gestreut und werden genutzt: z. B. Tarifpolitik, hier Lohn- und Gehaltsgruppenabgrenzung; Rationalisierungsschutzabkommen mit dem Anspruch auf Umschulung; Arbeitsförderungs-gesetz mit seinen weit gestreuten Möglichkeiten der Umschulung und beruflichen Weiterbildung; Betriebsverfassungsgesetz und die volle Mitbestimmung des Betriebsrates bei der betrieblichen und außerbetrieblichen Berufsbildung einschließlich der Umschulung.

Nach Pimenow ist die künftige Gesellschaft vor allem eine Zivilisation der hochorganisierten Arbeit, deren Ideal ein Mensch des Schaffens ist, für den die Arbeit das erste Lebensbedürfnis darstellt.

Fatalerweise muß er sich ebenfalls mit dem Problem der nichtqualifizierten Arbeit auseinandersetzen und mit den Versuchen und Planungen, den Arbeiter zu qualifizieren. Dabei tauchen solche Worte auf, die sicher Gorz nicht gerne hört, wie: der richtige Einsatz der Arbeiter entsprechend ihrer Qualifikation; Erhöhung der Arbeits- und Produktionsdisziplin.

Nach Pimenow ist das allerdings nicht problematisch, da die Erhöhung der Arbeits- und Produktionsdisziplin durch die Arbeiterklasse für sie selbst bestimmt wird, also Selbstdisziplin darstellt. Für den einzelnen Arbeitnehmer allerdings ist es nicht Selbstdisziplin, sondern vom Kollektiv vorbestimmte Fremddisziplin. Das ist das Resultat, wenn man die Abstraktion ins Konkrete übersetzt.

Die Folgerungen von Gorz, das Verlangen nach Basisdemokratie – nicht als wertfreier Begriff – sondern mit konkretem Inhalt, sind:

1. Die Gewerkschaften müssen sich zu einem politisch-ideologischen Konzept bekennen. (Ich erlaube mir, es als syndikalistisch-trozkistisch zu bezeichnen.)

2. Die Gewerkschaften müssen sich zur Arbeitersmassendemoskratie bekennen unter Aufgabe ihrer repräsentativen demokratischen Struktur. Das bedeutet:

a) die Gewerkschaft (was heißt in diesem Zusammenhang „die Gewerkschaft“?) ist gegenüber den Basisorganen verantwortlich. Das hier verwendete Wort „Gewerkschaft“ bedeutet: Der Gewerkschaftsapparat. Falls ich mich irre, möge Gorz dies berichtigen.

b) Die Basis wird geleitet von jederzeit absetzbaren Kampfkomitees, die Wahl der Kampfmittel ist unbeschränkt. Gewerkschaftsvertreter werden von freien Versammlungen und absetzbaren Kampfkomitees gewählt.

c) Massenkader treten mit radikalen Methoden auf, stellen Forderungen auf, die für die Arbeitgeber und den Staat unannehmbar sind. Hier schimmert die Theorie der elitären Kader durch, die die Massen lenken, führen und ihre „objektiven Interessen“ formulieren sollen. Daß radikale Kader bei plebiszitären Entscheidungen emotionalen Einfluß gewinnen können, beweist nicht nur die Geschichte des Kommunismus, sondern auch die Geschichte des Faschismus, angefangen von seinen französischen Wurzeln, dem Bonapartismus, der Action Francaise, bis zum italienischen, spanischen und nicht zuletzt deutschen Faschismus. Wo Gorz die Sicherheit hernimmt, mit seinen Ideen bei Anwendung einer solchen Arbeitersmassendemoskratie nicht an die Wand gespült zu werden, bleibt unerfindlich. Ich meine die konkrete Wand der Exekution. Pelotons – die Wahl der Kampfmittel soll ja unbeschränkt und von keiner Zentralinstanz kontrolliert und vielleicht auch humanisiert werden dürfen. Der Satz, daß Revolutionäre ihre Kinder – aber auch ihre Väter – fressen, läßt sich aus der Geschichte nachweisen, bei der Französischen Revolution angefangen.

Die Abschaffung der Todesstrafe war das Ergebnis parlamentarisch-repräsentativer Demokratie und im Falle Kaliforniens ein Urteil eines Staatsgerichtshofes. Lynchmorde waren oft das Ergebnis von Basisentscheidungen. Wer humanisieren will, sollte darüber nachdenken.

d) Die Massen informieren, kommunizieren und entscheiden spontan (Komitees, Versammlungen, Räte); eine Entscheidungsstruktur nach Verantwortlichkeit und Rechenschaft gibt es nicht, von den spontanen heterogenen Versammlungen abgesehen. Die Entscheidungen sind also willkürlich. Allein die Teilnahme oder Nichtteilnahme an solchen Versammlungen bietet ein unbegrenztes Feld von Entscheidungsmanipulation für die Gorzschen radikalen Kader.

e) Die Gewerkschaft verschwindet als solche – an ihre Stelle treten die Räte. Hier wird man an die These vom Absterben des Staates im vollverwirklichten Kommunismus erinnert. Die Interessen der Arbeitnehmer – das weist die konkrete Geschichte aus – wurden durch permanente Organisation und ihre kleine tägliche Kleinarbeit, vom Einziehen der Beiträge bis zur Selbstverwaltung in der Sozialversicherung, garantiert und vorangetrieben.

Gorzsche Spontaneitäten gleichen dem Blitz im Sommer der Geschichte. Blitze, an dem vollen Zeitablauf des Sommers gesehen, zucken nur in Sekundenbruchteilen. Was geschieht, solange es nicht blitzt? Wer leuchtet da den Weg aus?

3. Die Gewerkschaft als anerkannte Institution im Kapitalismus kann nach Gorz nur weiter bestehen, wenn es ihr gelingt, alle Ansprüche der Arbeitnehmer in verhandlungsfähige Forderungen umzusetzen, also den Klassenkampf in für das System erträglichen Grenzen halten. Diese Rolle der Gewerkschaften dient der Bourgeoisie. Diese Rolle zu erhalten, ist die Aufgabe des Gewerkschaftsapparates, daher ist er gegen direkte Demokratie, gegen Wahl und Absetzbarkeit sämtlicher Verantwortlichen. Der Gewerkschaftsapparat stabilisiert daher das System (Kapitalismus), er integriert die Arbeiterklasse in den Kapitalismus.

4. Gorz sagt, daß es nicht Aufgabe der Ge-

werkschaften sei, Revolution zu machen, es sei aber auch keine Aufgabe der Revolutionäre, Gewerkschaften zu gründen oder umzugestalten. Revolutionäre sind die Klassenvorhut (die radikalen Kader). Bei Pimenow ist es die Partei. Partei kann allerdings auch Kader sein.

Diese radikalen Kader müssen versuchen, die gewerkschaftlichen Aktivisten für die revolutionäre Optik zu gewinnen. Sie haben außerhalb institutionalisierter verantwortlicher Satzungsorgane der Gewerkschaften zu bleiben. Es wäre absurd, wenn sie statt der Führung des Kampfes die Führung des Gewerkschaftsapparates übernehmen. Sie wirken also von außen auf die Gewerkschaften, um sich der Gewerkschaften als Instrument ihres revolutionären Kampfes zu bedienen, mit dem Ziel, sie selbst überflüssig zu machen.

Ob die radikalen Kader sich später in eine Partei transformieren mit strenger Organisationsdisziplin, wie es in der UdSSR der Fall war und wie es Pimenow beschreibt, kann Gorz nicht ausschließen. Mir erscheint das Ganze zu sehr nach literarischer Revolutionstrategie zu riechen, wobei die Rolle der radikalen Kader als Klassenvorhut ausgesprochen eiltär ist. Hier geht es nicht mehr um Abstimmung über den Gemeinschaftswillen. Hier geht es um einen mit den Mitteln der Agitation und Emotion manipulierten Massenwillen, der dann mit den von den Kadern festgestellten sogenannten objektiven Bedürfnissen der Arbeiterklasse gleichgesetzt wird.

Eine solche Auffassung von Demokratie können wir nicht akzeptieren. Sie erscheint uns als ein Zerrbild der Demokratie. Das Selbstverständnis der deutschen Gewerkschaften ist allein relevanter Beurteilungspunkt ihrer Funktion und nicht die Rolle, die sie in einer intellektuell-literarischen Revolutionstrategie spielen sollen.

5. Die deutschen Gewerkschaften sind keiner Ideologie verpflichtet, sie fordern weder ein ideologisches Bekenntnis, noch vermitteln sie ideologische Bekenntnisse. Sie sind aber offen zur Diskussion über jedes ideologische System. Sie haben sich selbst verpflichtet, in eigener Hoheit festzustellen, welche ideologischen Systeme und Strategien mit ihrer Aufgabenstellung unvereinbar sind. Unvereinbar mit ihrer Aufgaben-

stellung und ihrem Selbstverständnis sind politisch-ideologische Theorien, die die Gewerkschaften instrumental als Transmissionsriemen für revolutionäre Kader zu den Massen als Revolutionsbasis betrachten. Diese Theorien bleiben für die deutschen Gewerkschaften Literatur. Die deutschen Gewerkschaften bestimmen ihre Ziele, Aufgaben, Politik und Aktionen selbst.

6. Wir wollen es dahingestellt sein lassen, ob im konkreten und realen Sinne die Arbeiterklasse der Sowjetunion, der anderen sozialistischen Länder und die Arbeiterklasse der Länder des Kapitalismus eine einheitliche Klasse darstellen. Ich gehe davon aus, daß die Grundidentität der Interessen der Arbeiterklasse oder, wie wir sagen, der Arbeitnehmer in ihrer abhängigen Situation zum Arbeitgeber steht. Wenn ex definitione die Arbeiterklasse in der Sowjetunion auch die herrschende ist, kann sie nicht in Abhängigkeit zu sich selbst stehen. Es wäre daher zu prüfen, welche Grundidentität zwischen der Arbeiterklasse in den Ländern des Kapitalismus zu der Arbeiterklasse in den Ländern des Sozialismus zu finden ist.

Wenn man die Identität darin sieht, daß die Arbeitnehmer die Werte schaffenden sind, sowohl im Sozialismus als auch im Kapitalismus, wäre daraus eine Identität abzuleiten. Allerdings muß man dann auch andere Erwerbstätige, die nicht Arbeitnehmer in unserem Sinne sind, mit einbeziehen. Es wäre dann die Identität der Menschen schlechthin in ihrer humanen Existenz.

Pimenow hält vom wissenschaftlichen Standpunkt aus die These für unhaltbar, die im Westen vielerorts vertreten wird, daß die Arbeiterklasse verschwindet, sich in andere soziale Gruppen und Schichten auflöst.

Ich halte diese These ebenfalls für falsch, wenn sie total gesehen wird. Partiiell läßt sie sich nicht leugnen.

Ich erinnere an den Gorzschen Satz, daß die Einheit der Arbeiterklasse heute viel zu differenziert ist, als daß ihre Einheit auf einer direkten materiellen Grundlage beruht. Die Richtigkeit dieses Satzes – und ich unterstelle sie – zeigt aber gleichzeitig, wie schwierig es ist, von der Homogenität und Identität einer Arbeiterklasse schlechthin zu sprechen.

Wir teilen nicht die Auffassung von Pimenow, daß gegenwärtig günstige Voraussetzungen für die praktische Lösung des Problems der Ein-

heit der internationalen Arbeiterklasse gegeben sind. Ich betone: der Einheit. Kooperation hingegen scheint möglich. Solange das Postulat des Kommunismus als undiskutierbar und bestreitbar gilt, daß die „objektiven Bedürfnisse“ von der Partei festgelegt werden, — sicher: die Gewerkschaften dürfen mitwirken —, daß es im Konfliktfall aber nur eine Unterwerfung unter die Partei und den Staat gibt mit der These der Identität zwischen Partei, Staat und Arbeiterklasse, gibt es keine Übereinstimmung in den Grundprinzipien.

Genausowenig können wir die Gorzsche These teilen von der permanenten Revolution. Sein Appell zur Einigkeit der Arbeiterklasse verdient Beifall — aber: in der Bundesrepublik hat diese Einigkeit schon seit nahezu 28 Jahren Ausdruck in der von mir schon zitierten Strukturform des DGB als Einheitsgewerkschaft gefunden. Der Versuch zur Reideologisierung dürfte allerdings der Einigkeit nicht dienen, sondern der Zersplitterung.

Die deutschen Gewerkschaften haben die Humanisierung der Gesellschaft zum Ziel. Für sie ist aber der Weg alles. Wir können angebotene geschlossene Gesellschaftsmodelle nicht akzeptieren, von denen behauptet wird, daß sie eine Art Endzustand der menschlichen Geschichte darstellen, also der Sprung von der Welt der Notwendigkeiten in die Welt der Freiheit wären. Diese Hoffnung ist nicht begründbar. Vollkommene Systeme sind inhuman, da sie vollkommene Menschen voraussetzen.

Da die Menschen aber unvollkommen sind, wird auch das optimalste Gesellschaftssystem unvollkommen bleiben. Uninteressant ist, ob am Ende der Kulturgeschichte sich die Menschheit in ihren Einzelindividuen zur Vollkommenheit entwickeln kann.

Wir glauben, der Weg in die Freiheit ist ein mühseliger Prozeß von Entscheidung zu Entscheidung. Er ist eine Millimeteroffensive. Sicher, diesen Weg zu verdeutlichen, ist schwerer als eine Gesellschaftsordnung zu entwerfen, die in ihren vereinfachten Strukturen verspricht, Mühsal und Last aufzuheben und Gerechtigkeit von selbst zu verwirklichen.

Die Rolle der Gewerkschaften ist eine politische im Sinne der „Politeia“ des Aristoteles, also der Gesellschaft. Wir sind politisch, aber wir sind keine politische Partei, auch keine Ersatzpartei.

Wir wissen, daß in unserem Bereich, wenn man theoretisch eine Revolution für möglich hält,

am Ende der Revolution Probleme ungelöst weiterbestehen, wie da sind: Bildung, Umweltschutz, arbeitsteilige Produktion mit ihren Repressionen; denn von nichts ist nichts, und wo nichts ist, kann auch nichts verteilt werden. Wir wissen, daß wir produzieren müssen, daß wir die Zwänge der Produktion humanisieren müssen, daß wir Herrschaft von Menschen über Menschen einschränken und abbauen müssen. Wir wissen, daß wir jedem Einzelindividuum die volle Garantie der sozialen Sicherheit zu geben haben. Wir wissen aber auch, daß die subjektiven Bedürfnisse nicht unterdrückt werden können, weil wir sonst die Repression eines Systems durch die Repression eines anderen Systems ersetzen.

Unsere Aufgabe ist Aufklärung über das, was ist, und den Aufruf zur Zustimmung für das, was sein soll.

Fritz W. Scharpf

Reformpolitik im Spätkapitalismus

I.

Die Fähigkeit unseres gesellschaftlich-politischen Systems, seine eigene Entwicklung zu steuern, sich selbst durch absichtsvolles politisches Handeln zu verändern — zu „reformieren“ oder zu „transformieren“ — wird von der „Spätkapitalismus“-Theorie verneint. Ihre Thesen sind heute nicht nur deshalb ernst zu nehmen, weil sie die Situationsdefinition und damit die politische Strategie der Linken, insbesondere auch der Jungsozialisten und der Jungdemokraten bestimmen, sondern gerade auch darum, weil hier fundamentale Fragen formuliert werden, die vom Pragmatismus der sozial-liberalen „Reformpolitik“ bisher jedenfalls nicht aufgenommen und beantwortet werden.

Es geht darum, die „Spätkapitalismus“-Theorie zunächst einmal in einer gut durchdachten und plausiblen Fassung zu präsentieren, für die ich mich hier unter Verzicht auf jede Differenzierung zwischen den konkurrierenden Richtungen in erster Linie auf die Arbeiten von Claus Offe stütze.

Offe interpretiert die Marxsche Formel vom Widerspruch zwischen wachsender „Vergesellschaftung der Produktion“ und ihrer „privaten Aneignung“ als Behauptung einer prinzipiellen Diskrepanz zwischen den Systemproblemen, die ein kapitalistisches System typischerweise

und notwendigerweise erzeugt, und den Mechanismen, die ihm zur Verarbeitung dieser Probleme zur Verfügung stehen. Sie kennzeichnet den Kapitalismus deshalb, weil in ihm die ökonomische Entwicklung zum vorantreibenden und organisierenden, verändernden und zerstörenden Bestimmungsprinzip für alle anderen gesellschaftlichen Bereiche und Strukturen geworden ist, selbst jedoch nicht einer gesamtgesellschaftlichen Logik, sondern der „privaten“ Logik profitgesteuerter Kapitalverwertung folgt.

Aus dem „Grundwiderspruch“ zwischen der „Privatheit“ ökonomischer Entwicklungen und ihrer gesellschaftlichen Wirkungen wird hier jedoch nicht mehr unmittelbar die unausweichliche Notwendigkeit systemzerstörender Krisen abgeleitet. Die Analyse konzentriert sich vielmehr auf die ökonomischen und politischen „Auffang-Mechanismen“, die im entwickelten Kapitalismus die unvermittelte, krisenhafte Manifestation des Grundwiderspruchs abfangen, puffern oder umleiten können. Solche Auffang-Mechanismen sieht Offe auf drei Ebenen wirksam werden: auf der Ebene der Einzelkapitale in der Form der oligopolistischen Organisation von Märkten; auf der Ebene des Gesamtkapitals durch die Institutionalisierung des technischen Fortschritts; und schließlich auf der Ebene des gesamtgesellschaftlichen Systems durch staatliche Interventionen zur Bewältigung von Verwaltungsschwierigkeiten.

Offe hält diesen Katalog für prinzipiell abgeschlossen; weiterreichendere und leistungsfähigere Steuerungsinstrumente wären mit dem Grundprinzip der kapitalistischen Wirtschaft, der privaten Gewinnerzielung, nicht mehr vereinbar. Der derzeitige Kapitalismus sei also deshalb „Spätkapitalismus“, weil er seine Möglichkeiten zur Vermeidung, Milderung oder Überwindung der durch den ökonomischen Prozeß ausgelösten Krisen und Folgeprobleme nicht mehr in erheblichem Umfang steigern könne. Bei fortdauernder Dynamik der kapitalistischen Wirtschaftsentwicklung wäre dann die Behauptung einer zunehmenden Diskrepanz zwischen gesellschaftlichen Problemen und Problemverarbeitungsfähigkeit und damit einer zunehmenden Problem- und Krisenüberlastung des Systems in der Tat plausibel. Jedenfalls könnte sie auch im Rahmen von nicht explizit marxistisch fundierten Überlegungen begründet werden.

II.

Dabei können wir davon ausgehen, daß viele der gravierendsten Probleme und Krisen moderner Gesellschaften sich als Folgeprobleme aus der wirtschaftlichen Entwicklung, genauer gesagt: dem wirtschaftlichen Wachstum ergeben haben. Dies gilt in eklatanter Weise für die Umweltverseuchung, für die Zerstörung der Stadtkerne und Verwüstung unserer Landschaft in den Ballungsräumen. Es gilt ebenso für die Strukturkrisen im Bergbau oder in der Landwirtschaft; und es gilt wohl auch zu einem erheblichen Teil für die sozialen, kulturellen und psychischen Krisen, die ihren Ausdruck in Rebellion, Neurosen, Kriminalität und Rauschgiftsucht finden. Die Wachstumsorientierung der derzeitigen Politik scheint solche krisenhaften Entwicklungen eher noch zu verschärfen als zu mildern.

So hat etwa die SPD-Kommission für das Langzeitprogramm auf dem Bonner Parteitag im November 1971 erste Beispiele ihrer Arbeit skizziert und dabei für die Bereiche Verkehrswesen, Wohnungs- und Städtebau und Bildungswesen in jedem Fall dramatisch steigende Anforderungen an die staatlichen Leistungen bis 1985 prognostiziert. Das gleiche wird mit Sicherheit für alle anderen Bereiche gelten, mit denen sich die Kommission befaßt. Rudi Arndt, der als Linker gilt und aus Hessen-Süd kommt, hat die auf der Hand liegenden Konsequenzen mit aller Deutlichkeit gezogen: „Da wir alle wissen, daß die wirtschaftliche Entwicklung die Basis zur Erfüllung unserer Forderungen ist, müssen wir ein schnelleres reales Wachstum des Bruttosozialprodukts erreichen.“ Die Kommission hat deshalb die gesamtwirtschaftliche Wachstumsrate bis 1985 hoch angesetzt: auf 4,5 bis 5,0 Prozent real jährlich. Der Sinn einer solchen Wachstumspolitik liegt auf der Hand: Die derzeitigen Probleme können mit den verfügbaren Mitteln der öffentlichen Hände keineswegs bewältigt werden; also setzt man seine Hoffnung auf die Steigerung des Bruttosozialprodukts, das sich bei einem realen Zuwachs von 5 Prozent in vierzehn Jahren verdoppeln muß.

Wenn es jedoch zutrifft, daß ein Großteil unserer derzeitigen Probleme Folgen des ökonomischen Wachstums sind, dann muß eine Verdoppelung des Bruttosozialprodukts auch die Belastung des Systems mit Folgeproblemen und Krisen um eine neue Größenordnung steigern.

Denn eine auf Maximierung des ökonomischen Wachstums gerichtete Politik muß notwendigerweise bei der Förderung von Wachstumsprozessen unselektiv bleiben, und sie muß bei allen ihren übrigen Zielen und Maßnahmen alles vermeiden, was ökonomische Prozesse stören und das wirtschaftliche Wachstum beeinträchtigen könnte. Sie muß sich wegen dieses Wachstumsziels dann in der Tat den positiven Anforderungen des kapitalistisch organisierten ökonomischen Sektors unterordnen und sie als absolute Restriktion der zulässigen Politikinhalte behandeln. Um Willy Brandt zu variieren: Der Bauer, der von seiner Kuh ein Maximum an Milch verlangt, muß ihr dann auch ein Maximum an Futter liefern und ein Maximum an Mist wegräumen. Im Prinzip hat dies mit der kapitalistischen oder sozialistischen Organisation des ökonomischen Sektors kaum etwas zu tun: Bei gleichen Wachstumszielen wachsen auch die Leistungen, die die Politik für die Wirtschaft zu erbringen hat, und die Belastungen, die sie der Gesellschaft im Interesse der Wirtschaft auferlegen muß.

Der selbstaufgelegte Verzicht auf Eingriffe und Maßnahmen, die das wirtschaftliche Wachstum verlangsamen könnten, setzt notwendigerweise sehr enge Grenzen für die möglichen Inhalte einer Reformpolitik. Lebensgefährlich wird ein solcher Verzicht jedoch dann, wenn dabei die prinzipiell begrenzte Belastbarkeit der irdischen Ökologie vergessen wird. Bei konstanten Wachstumsraten entspricht der Verlauf von Wachstumsprozessen einer Exponentialkurve, deren Werte sich in konstanten Zeiträumen jeweils verdoppeln. Bei gleichbleibenden Wachstumsraten nähern wir uns also mit wachsender Geschwindigkeit den Belastungsgrenzen einer endlichen Welt.

Wie weit wir damit schon gekommen sind, soll eine einzige Zahl verdeutlichen: Von einer Weltbevölkerung von mehr als 3,5 Milliarden sind etwa 200 Millionen Einwohner der Vereinigten Staaten. Der derzeitige Anteil eines Amerikaners am Verbrauch der nicht-regenerierbaren natürlichen Rohstoffe der Erde ist jedoch etwa zehn bis fünfzehnmal höher als der eines Durchschnittsbewohners der Entwicklungsländer. Das gleiche gilt für die Belastung der Umwelt mit den Abfallprodukten der industriellen Zivilisation. Wenn alle Erdbewohner heute den ökonomischen Lebensstandard der hochzivilisierten Länder erreicht hätten, dann würden der Rohstoffverbrauch und die Umweltbelas-

tung etwa einer Bevölkerung von 35 Milliarden Menschen entsprechen.

Wenn es nicht innerhalb abschätzbarer Zeiträume zu nicht mehr korrigierbaren globalen Katastrophen kommen soll, dann dürfen wir nicht länger in der bisherigen unselektiven Weise jede Form von wirtschaftlichem Wachstum fördern, solange es nur Arbeitslöhne und Steueraufkommen liefert. Das politische System wird auf absehbare Zeit nicht mehr in der Lage sein, alle Folgeprobleme wirtschaftlicher Wachstumsprozesse zu verarbeiten. Die Frage ist, ob es in den Stand gesetzt werden kann, statt dessen die Erzeugung solcher Probleme zu regulieren.

Notwendig wäre dafür nicht unbedingt der Verzicht auf jedes weitere Wachstum, wohl aber der Übergang von einer globalen, rein quantitativen, zu einer selektiven, qualitativen Wachstumspolitik, deren Erfolg nicht mehr allein am aggregierten Brutto sozialprodukt oder der Höhe der Staatsverwendung gemessen werden kann. Die Wachstumsvorteile müssen in jedem einzelnen Bereich gegen die Folgeprobleme abgewogen werden.

III.

Der eigentliche Test auf die Krisen-Prognose der „Spätkapitalismus“-Theorie liegt also in der Frage, ob die unselektive Förderung des extensiven Wirtschaftswachstums notwendigerweise mit der polit-ökonomischen Formation des Kapitalismus verbunden ist oder ob auch hier Strukturen und Mechanismen vorhanden sind oder entwickelt werden können, die eine selektive Förderung, Steuerung und Regulierung von Wachstumsprozessen ermöglichen.

Für die Diskussion dieser Frage soll nun zunächst zwischen den ökonomischen und den politischen Bedingungen unterschieden werden. Es erscheint zumindest möglich, daß die eigentlich wirksamen Beschränkungen der selektiven Förderung des Wachstums gar nicht im ökonomischen, sondern im politischen Bereich liegen und deshalb weniger mit unserer kapitalistischen Wirtschaftsorganisation als mit unserer konkurrenz-demokratischen politischen Organisation zu tun haben. Im Hinblick auf die Bedeutung des ökonomischen Bereichs kann man dabei sicherlich davon ausgehen, daß gegenüber einer kurz- und mittelfristigen Politik die Kapitalverwertungsinteressen grundsätzlich als Restriktion wirksam werden. Es ist selbstverständlich, daß die Rentabilität von In-

vestiertem Kapital, das kurzfristig nicht wieder flüssig gemacht werden könnte, mit allen verfügbaren Mitteln, einschließlich der politischen, verteidigt wird.

Aber die gleiche Rücksicht auf das investierte Kapital müßte grundsätzlich auch in der sozialisierten Zentralverwaltungswirtschaft genommen werden, selbst wenn (was nicht sicher ist) die betreffenden Wirtschaftszweige und ihre Beschäftigten ohne unmittelbaren oder mittelbaren politischen Einfluß wären. Soweit Kapital für einen bestimmten Verwendungszweck investiert ist und nicht wieder mobilisiert werden kann, käme jede Politik, die seine produktive Verwendung beschränkte oder beseitigte, einer Kapitalvernichtung und zumeist auch einer Vernichtung von Arbeitsplätzen gleich, die eine zentrale Wirtschaftsplanung nach Möglichkeit vermeiden würde.

Dies gilt für das nicht mehr mobilisierbare, bereits investierte Kapital, nicht für Entscheidungen über künftige Investitionen. Sie werden im kapitalistischen System sicherlich sinken, wenn die staatliche Politik die Wachstumsraten und damit die Gewinnchancen in einem bestimmten Wirtschaftssektor reduziert. Aber gerade das Absinken der Investitionen und die Abwanderung des Kapitals in andere Sektoren, Regionen oder Volkswirtschaften bedeutet zugleich auch die Verminderung des politischen Widerstandes von Kapitalinteressen gegen längerfristig angelegte, restriktive Strategien.

Die Steuerungschance der Politik gegenüber der kapitalistischen Wirtschaft besteht allerdings nur dann, wenn längerfristige Strategien entwickelt werden können, die von der eigenen Planung der Unternehmen eingehalten werden müssen. Die Automobilindustrie etwa, deren Existenz auf die nächsten drei bis fünf Jahre gewiß als eine absolute Einschränkung einer jeden auf Eindämmung des Individualverkehrs gerichteten Politik respektiert werden muß, könnte in einem 15-Jahresprogramm vermutlich ohne ökonomische Schwierigkeiten entweder erheblich reduziert oder auf die Produktion anderer Verkehrsmittel umgestellt werden. Für das bereits amortisierte Investitionskapital ist es jedenfalls im Prinzip gleichgültig, ob es in Zukunft für Schnellbahnsysteme statt für Volkswagen oder für die Kameraproduktion in Singapur statt in Braunschweig eingesetzt wird. Es wird der politischen Steuerung desto weniger Widerstand entgegengesetzt, je längerfristig diese geplant wird.

Bei alledem darf man jedoch nicht vergessen, daß jede die Wirtschaftsentwicklung hemmende und belastende Reformpolitik, auch die langfristige, das globale Wirtschaftswachstum vermindert. Das gilt im Kapitalismus wie im Sozialismus und auch dann, wenn die Abwanderung des Kapitals durch Befehl oder durch Subventionen verhindert wird.

IV.

Unabhängig davon bleibt jedoch nunmehr die Kernfrage nach der politischen Fähigkeit unseres Systems zur Entwicklung und Durchsetzung derartiger langfristiger Strategien zu erörtern. Dabei ist davon auszugehen, daß eine Politik, die sozio-ökonomische Wachstumsprozesse in ihrem Verlauf steuern und regulieren will, in ihrer Informationserfassung und -verarbeitungskapazität sehr viel leistungsfähiger sein muß als eine lediglich auf akute Probleme reagierende Politik. Während diese sich für ihre Problemerkennung auf die politischen Signale aktueller Forderungen der betroffenen Gruppen verlassen kann, müßte die steuernde und regulierende Politik

1. über zuverlässige Einrichtungen zur kontinuierlichen Beobachtung des gesellschaftlichen Gesamtzustandes, zur Früherkennung kritischer Entwicklungen und zur Prognose künftiger Verläufe verfügen. Während die bloß reaktive Politik sich damit begnügen konnte, die auftretenden Probleme je für sich politisch zu verarbeiten und relativ begrenzte und isolierte Lösungen zu entwickeln, müßte die steuernde und regulierende Politik sich
2. mit der zunehmenden Verflechtung und Interdependenz aller gesellschaftlichen Prozesse auseinandersetzen, und sie müßte dementsprechend komplexe, konzertierte Strategien entwickeln. Während die reaktive Politik auf auftretende Problemsymptome mit kurzfristigen Ad-hoc-Maßnahmen antworten konnte, die rasch sichtbare Erfolge erwarten ließen, muß die steuernde und gestaltende Politik aus den soeben erörterten Gründen
3. langfristig konzipiert sein und wird kurzfristig eher Kosten und politische Nachteile als vorzeigbare Erfolge erbringen.

Problematisch erscheint die Frage nach den im engeren Sinne politischen Voraussetzungen längerfristig geplanter Reformpolitik, nach der Möglichkeit also, die zu erwartenden politi-

schen Konflikte durchzustehen, das notwendige Maß an politischem Konsens zu bilden und für eine längere Periode aufrechtzuerhalten. Die Problematik zeigt schon das offenbare Spannungsverhältnis zwischen dem längeren Planungszeitraum und der begrenzten Legislaturperiode mit der durch die Parteienkonkurrenz gegebenen Chance des Mehrheits- und Regierungswechsels. Längerfristige Strategien können unter solchen Bedingungen zwar grundsätzlich beschlossen werden, sie können jedoch – soweit sie nicht bereits unumkehrbare Fakten geschaffen haben – nicht gegen den Wechsel der politischen Mehrheiten abgesichert werden.

Eine weitere schwerwiegende Beschränkung für die Entwicklung langfristiger Politikstrategien ist die Knappheit politischer Aufmerksamkeit für die noch nicht akuten Probleme. Dies gilt schon im Regierungsbereich für die Ministerialverwaltung und insbesondere die politische Leitungsebene, deren Zeitbudget durch den Druck kurzfristig entscheidungsbedürftiger Fragen und akuter Krisen jeder Art so völlig überlastet ist, daß die Beschäftigung mit längerfristigen Perspektiven und die Entwicklung zukunftsorientierter politischer Strategien als ein Luxus erscheint, den man sich gerne einmal leisten würde und doch leider immer wieder versagen muß. Das gleiche gilt jedoch auch für die Parlamente, die Parteien, die politischen Interessengruppen und die veröffentlichte Meinung.

Die vorherrschende kurzfristige Orientierung vermindert noch die ohnehin geringen Konsenschancen einer Reformpolitik, die auf die Veränderung gesellschaftlicher Strukturen und die Regulierung bisher unbehinderter gesellschaftlich-wirtschaftlicher Prozesse gerichtet sein müßte. Wer etwa versuchen wollte, das Automobil als Hauptbeförderungsmittel zurückzudrängen, müßte nicht nur den Widerstand der Automobilindustrie und der in ihr Beschäftigten provozieren, sondern viel mehr noch den der Autobesitzer selbst und derer, die noch darauf warten, Autobesitzer zu werden. Das gleiche gilt für eine Bodenpreispolitik und eine Flächennutzungs politik, die die krisenhaften Entwicklungen in unseren städtischen Ballungsgebieten verlangsamen oder gar umkehren sollte. Reformpolitik wird selten nur Vorteile bringen, und je mehr sie gesellschaftliche Strukturen verändern und ungesteuerte Prozesse regulieren will, desto mehr wird sie den

Widerstand der davon Benachteiligten hervorrufen.

Hier liegt wohl auch der entscheidende Unterschied zwischen unserem System und den kommunistischen Staaten Osteuropas. Wenn man davon ausgeht, daß politische Konflikte entweder durch Machtanwendung oder durch Konsensbildung überwunden werden können, dann erlaubt die pluralistische Konkurrenzdemokratie im Vergleich nur ein geringes Maß von Machtanwendung. Sie muß deshalb auf den politischen Widerstand gesellschaftlicher Interessen sehr viel sensibler reagieren als die osteuropäischen Ein-Partei-Systeme mit ihrer sehr viel größeren Fähigkeit zur Repression und Gleichschaltung oppositioneller Interessen.

V.

Wenn die hier skizzierten Überlegungen unsere Situation näherungsweise treffen, dann bleibt die eingangs entwickelte Frage nach dem Mißverhältnis zwischen gesellschaftlich erzeugten Problemen und der Problemverarbeitungskapazität des Systems von beunruhigender Relevanz. Solange man nicht zwanghaftem Optimismus erliegt, erscheint es in der Tat eher unwahrscheinlich, daß es in absehbarer Zeit gelingen könnte, die hier als notwendig behaupteten langfristigen Veränderungsstrategien durchzusetzen. Da jedoch andererseits nach unserer historischen Erfahrung eine Kumulation von Krisen und katastrophenhaften Entwicklungen zwar nicht notwendigerweise zur Beseitigung des Kapitalismus, sicher jedoch zur Beseitigung der Demokratie führen werden, könnte eine auf absichtsvolle Verschärfung der Systemkrisen gerichtete linke Strategie sehr wohl zum zweiten Male ihre Urheber mit vernichten. Es lohnt sich vermutlich also doch, die auch im Spätkapitalismus potentiell gegebenen Chancen systemsteuernder und verändernder längerfristiger Strategien zunächst genauer zu identifizieren.

Derartige Strategien werden den politischen Widerstand gegen systemverändernde Reformpolitik und die beschränkte Konfliktverarbeitungskapazität des pluralistisch-demokratischen Systems voraussetzen müssen. Von daher würde sich dann eine strategische Differenzierung der Politikinhalte je nach ihrem niedrigeren oder höheren Konsensbedarf anbieten:

1. Die geringsten Konsensprobleme wären wohl von dem Versuch zu erwarten, die bereits in Angriff genommenen längerfristigen techno-

logischen Sektoralplanungen „intelligenter“ zu machen. Bei ihnen handelt es sich fast durchweg um längerfristige Vorhaben zur Förderung wirtschaftlicher Wachstumsprozesse. Dazu gehören die Verkehrsplanungen, die Energieplanungen und die übrigen Infrastrukturplanungen im weitesten Sinne, die Planungen der Forschungs- und Technologiepolitik und jedenfalls auch manche Aspekte der Bildungsplanung. In diesem Bereich ist der Konsensbedarf grundsätzlich niedrig, da zunächst nur die unmittelbar Begünstigten als politische Interessenten auftreten. Konflikte betreffen allenfalls die Verfügbarkeit der erforderlichen finanziellen Mittel.

Das Problem solcher „Wachstumsplanungen“ besteht derzeit noch darin, daß sie weder die externen Voraussetzungen noch die externen Folgeprobleme einer sektoralen Wachstumsförderung mitberücksichtigen und daß sie darum im Ergebnis den vom System zu verarbeitenden Problemdruck noch steigern, statt ihn zu vermindern. Die strategische Lösung besteht hier sicherlich nicht in der undifferenzierten Opposition gegen „technokratische“, dem Kapitalverwertungsinteresse dienende Planungen, sondern in der Mitverarbeitung der externen Voraussetzungen und Folgeprobleme im Planungsprozeß. So wie bei der Planung einer neuen Universität heute zumindest die Studentenwohnungen mitgeplant werden müssen, so müßte die Planung eines neuen Schnellbahnsystems auch die Auswirkungen auf die Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur mitverarbeiten, und so müßte eine das Arbeitskräfteangebot steigernde Einwanderungspolitik auch das Problem der Unterbringung, der sozialen Integration und der Ausbildungsmöglichkeiten der Gastarbeiter und ihrer Familien mitplanen. Im Prinzip wäre also jeder der technologischen Sektoralplanungen eine umfassende Interdependenzanalyse vorzuschalten, mit deren Hilfe alle direkt oder indirekt mitbetroffenen Bereiche identifiziert und an diesem Planungsprozeß unmittelbar mitbeteiligt werden können. Wenn bei einer solchen Ausdehnung der Planungsthematik und der Beteiligung dann einzelne dieser Wachstumsplanungen schließlich scheitern sollten, dann wäre das vermutlich ein Anzeichen dafür, daß die sektoralen Wachstumsvorteile die gesamtgesellschaftlichen Folgeprobleme nicht aufgewogen hätten. Das politische System würde auf diese Weise wenigstens nicht selbst noch zu seiner eigenen Problemüberlastung beitragen.

2. Während die „Wachstumsplanungen“ mit ihrem niedrigen Konsensbedarf die Wirkung rein „technischer“ Reformen der Planungsorganisation und des Planungsverfahrens begünstigen, muß in den übrigen Bereichen einer systemrelevanten Reformpolitik politischer Widerstand grundsätzlich vorausgesetzt werden. Solcher Widerstand ist jedoch dann zumindest leichter zu überwinden, wenn die Konsensschancen eines bereits vorhandenen oder zu weckenden Krisenbewußtseins ausgenutzt werden können. Dahinter steht die empirisch begründete Annahme, daß breite Übereinstimmung in der negativen Bewertung von Mängeln, Mißständen oder Katastrophen grundsätzlich leichter erreicht werden kann als der Konsens über die Wünschbarkeit positiver Zielsetzungen. Insofern schafft also eine aktuell wahrgenommene Krise oder die Erwartung der krisenhaften Zuspitzung einer noch laufenden Entwicklung besonders günstige Voraussetzungen für politische Strategien der „Krisenüberwindung“ oder „Krisenvermeidung“.

Allerdings werden auch wirksame Krisenvermeidungsstrategien in aller Regel bestehende gesellschaftliche Interessen verletzen müssen und deshalb Widerstand provozieren. Krisenvermeidungsstrategien werden deshalb um so eher Erfolg haben, je mehr es gelingt, das aktuelle Krisenbewußtsein in längerfristige „Vermeidungsplanungen“ umzusetzen. Wenn die notwendigen Beschränkungen erst für die Zukunft festgelegt werden, dann kann der Widerstand der davon negativ Betroffenen durch die allgemeine Tendenz zur „Diskontierung“ der Zukunft vermindert und durch die Bereitschaft zur Anpassung an vorausgesehene Tatbestände noch weiter abgebaut werden. Die relativ gelassene Reaktion der Automobilindustrie auf die planmäßige, künftige Verschärfung der Abgasvorschriften und Sicherheitsbestimmungen scheint ein Beispiel für die Wirksamkeit einer solchen Strategie. Die politische Prognose für die Verminderung und Vermeidung von Umweltkatastrophen im Zuge längerfristiger Umweltschutz-Planungen braucht also auch unter den polit-ökonomischen Bedingungen des Spätkapitalismus nicht notwendigerweise negativ zu sein.

3. Sehr viel schwieriger erscheint die Konsensbildung für Reformprogramme, die nicht unmittelbar Wachstumsprozesse fördern und sich auch nicht auf ein breites Krisenbewußtsein stützen können, die also positive Gestaltungs-

und Veränderungsziele anstreben, durch die wichtige gesellschaftliche Interessen benachteiligt werden. Strukturelle Änderungen in der Wirtschaftsverfassung oder im Bildungswesen, in der Vermögensverteilung oder in der Bodenordnung gehören etwa zu dieser Kategorie. Sicherlich sind auch hier langfristig angelegte Reformstrategien Voraussetzung für jeden Erfolg. Aber die langfristige Anlage solcher „Gestaltungsplanungen“ vermindert noch nicht ihren Konsensbedarf, der im übrigen noch dadurch gesteigert wird, daß sie bei sinkenden Wachstumsraten nur noch durch Umschichtungen in den öffentlichen Haushalten auf Kosten anderer laufender Programme finanziert werden können.

Solche Programme können nicht konfliktlos verwirklicht werden; im Hinblick auf die begrenzte Konfliktverarbeitungskapazität der pluralistischen Demokratie erfordern sie also eine Erhöhung des Konfliktniveaus. Sie können nur durch die Mobilisierung einer ausreichend breiten Mehrheit und gegen den fortdauernden Widerstand der dadurch benachteiligten Interessen im Grabenkrieg der praktischen Politik vorangetrieben werden. Die langfristige Strategieplanung kann diesen Grabenkrieg nicht vermeiden; sie kann allenfalls verhindern, daß er im richtungslosen Pragmatismus sich erschöpft.

Deshalb ist systemverändernde und systemgestaltende Reformpolitik unter den Bedingungen des Spätkapitalismus zwar auf Langfristplanung angewiesen, aber auch das technisch leistungsfähigste Planungssystem kann hier die politischen Prozesse der Konfliktaustragung und Konsensbildung nicht ersetzen und nicht vorwegnehmen. Es muß jedoch in den Stand gesetzt werden, die Handlungsspielräume, die in der politischen Auseinandersetzung tatsächlich gewonnen werden, auch mit problemgerechten, qualifizierten Reformplanungen auszufüllen. Für dieses notwendige Ineinandergreifen von qualifizierter, zukunftsorientierter Planung und konflikthafter Politik müssen die geeigneten Organisationsformen allerdings erst noch entwickelt werden.

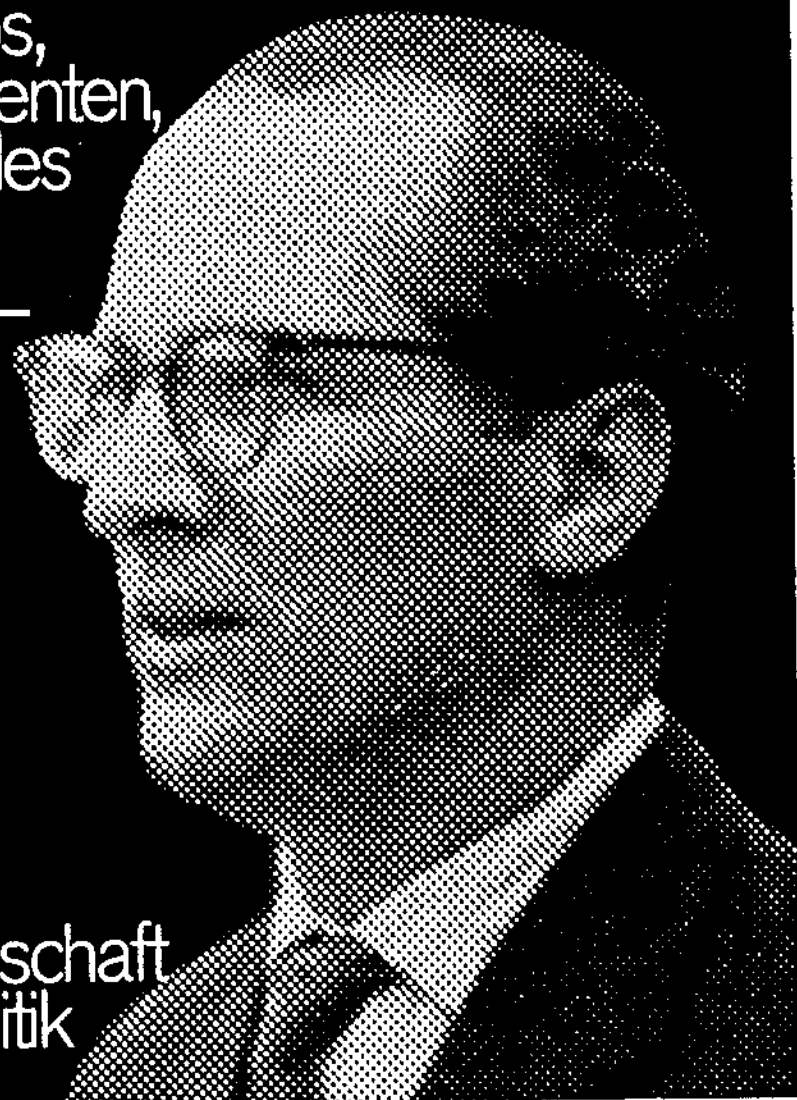
Im Rückblick auf die Ausgangsfrage nach der Problemverarbeitungskapazität des spätkapitalistischen Systems ist auch jetzt eine befriedigende Antwort noch nicht möglich. Im Gegensatz zu Claus Offe bin ich zwar der Meinung, daß wir allenfalls gerade erst angefangen haben, die spezifischen Problemverarbeitungs-

instrumente und Problemverarbeitungschancen der spätkapitalistischen Demokratien zu erkennen und zu entwickeln. Ob sie jedoch ausreichen und ob wir sie rasch genug realisieren können, um den wachsenden Problemdruck aufzufangen und zu verarbeiten, wird im günstigsten Falle noch lange eine offene Frage bleiben. Wenn die bisherigen Überlegungen zutreffen, dann hängt die schließliche Antwort jedoch weniger von den ökonomischen Restriktionen des Kapitalismus als von unserer Fähigkeit ab, die Analyse- und Planungskapazität unseres Regierungssystems rasch auszubauen und gleichzeitig politische Konflikt-Konsensprozesse in strategisch ausgewählten Bereichen in Gang zu setzen und über lange Zeit aufrechtzuerhalten. Für ein solches Unternehmen gibt es nirgendwo eine Erfolgsgarantie. Ich habe lediglich zu zeigen versucht, daß auch die Mißerfolgsprognose nicht notwendigerweise zuzutreffen braucht.

Honecker

Porträt eines
Nachfolgers
mit Fotos,
Dokumenten,
Faksimiles
Leinen
DM 20,-

Heinz Lippmann



Verlag
Wissenschaft
und Politik

Honecker

Porträt eines Nachfolgers

von Heinz Lippmann

Verlag Wissenschaft und Politik

Köln 1971, 271 S., Lelnen, DM 20,-

Der Klappentext behauptet, die vorliegende Biographie gehe weit über eine Aufzählung bemerkenswerter Stationen im Leben des KP-Funktionärs und SED-Vorsitzenden Erich Honecker hinaus, aber das muß von einer Biographie wohl auch erwartet werden können und stellt an sich noch keine Besonderheit dar. Eine Besonderheit aber ist, daß diese „über eine Aufzählung von Lebensstationen und Funktionen hinausgehende“ Lebensbeschreibung von einem Mann handelt, der bislang seinen Zeitgenossen nur in Form eben solch karger Informationen zugänglich war und der dennoch kraft seiner Funktion und seines Amtes die politische Wirklichkeit Mitteleuropas zumindest stark beeinflußt.

„Honecker ist zu bescheiden und lehnt einen Personenkult ab“, erfährt der Autor als Begründung in Ost-Berlin für das Fehlen umfangreicheren biographischen Materials. Das letztere mag stimmen, aber an der „Bescheidenheit“ Erich Honeckers muß nach der Lektüre von Heinz Lippmanns Buch gezweifelt werden, legt man die landläufige Bedeutung des Begriffs zugrunde. Zwar ist – nach Lippmann – Erich Honeckers stelle Karriere vom Jugendfunktionär der KP vor und während des Zweiten Weltkrieges über die FDJ zum SED-Parteichef nur durch eine unbedingte Linientreue und Unterordnung unter die Parteidisziplin zu erklären, aber diese absolute Unterordnung ist nicht die eines Rädchens im Getriebe, sondern die eines Treibenden unter seine sich selbst gestellte Aufgabe.

Im Hintergrund bleiben und andere auf der politischen Bühne agieren lassen ist nicht so sehr ein Zeichen von Bescheidenheit, sondern die Voraussetzung für einen erfolgreichen, das heißt Karriere machenden Funktionär. „Nicht der ist ein guter Funktionär“, so soll Erich Honecker sein Tun und Lassen definiert haben, „der alles selbst macht, sondern vielmehr derjenige, der die Arbeit auf andere verteilt, aber immer den Überblick behält.“

Heinz Lippmanns Buch verdient unter zwei Gesichtspunkten eine aufmerksame Lektüre: Die Geschichte der SED, für den Nichtbeteiligten häufig widersprüchlich und uneinheitlich, wird anhand der politischen Biographie Erich Honeckers – die sich von der persönlichen nicht trennen läßt – klarer und einsichtiger. Viele Einzelheiten erscheinen folgerichtig und logisch in einem System, das sich zwar revolutionär gibt und sich mit entsprechendem Vokabular schmückt, aber offensichtlich über ein Maß an Kontinuität verfügt, das es mit bürgerlicheren Systemen aufnehmen kann. Der karge Satz, mit dem Heinz Lippmann das Kapitel seines Buches „Der Parteichef“ einleitet – „Die Tatsache, daß Honecker Ubricht in der Parteiführung ablöst, ergibt sich aus

der geschilderten Entwicklung.“ – enthält eine sicherlich insofern nicht unwichtige Wahrheit: Eine geschlossene Gesellschaft wie die der DDR gehorcht den Gesetzen einer inneren historischen Logik. Ein weiteres Verdienst dieser Honecker-Biographie – vom ersten nicht zu trennen – ist die detaillierte Schilderung der Mechanismen und Motivationen dieses Systems. Beim „Funktionieren“ – will man Heinz Lippmann glauben – ist nicht sosehr eine gesellschaftliche Utopie, wie ein unbefangener Betrachter eines kommunistischen Staates, seiner Partei und deren Äußerungen glauben könnte, ausschlaggebend für Anstrengungen und Bewegungen, sondern die taktischen Erfordernisse des Tages. Oder: der gute Taktiker steigt über den politischen Strategen. Erich Honecker ist ein sehr guter Taktiker.

Aus dieser oben genannten Eigenart des Systems ergibt sich eine Besonderheit dieser politischen Biographie: Von „Politik“ ist relativ wenig die Rede, falls man nicht „Politik“ mit dem Erreichen von einzelnen taktischen Zielen gleichsetzt. Ob sich das bei einer späteren Biographie über den Parteichef der SED ändern würde, ist eine Frage, die sicher im Augenblick noch nicht beantwortet werden kann. G.F.

Das Ende einer Legende

von Hans Frederik

Verlag Politisches Archiv

München 1971, 637 S., Lelnen, DM 39,-

Im Klappentext heißt es: „Geheimorganisationen haben ihre Finger im Spiele der politischen Auseinandersetzungen und sichern ihren Einfluß durch gezielte Agenteneinsätze. Der ‚Agent provocateur‘ spielt dabei eine besondere Rolle, um Regierungsmitglieder und Politiker politisch zu diskriminieren.“ Auf wen trifft dieses Zitat mehr zu als auf den Autor des besprochenen Buches: Hans Frederik?

Vor Jahren fiel er sowohl durch seinen Anteil an rechtsradikalen Publikationen auf als auch durch seine verleumderischen Bücher über Willy Brandt und Herbert Wehner. Das hier besprochene Buch dient dazu, die Legende zu zerstören. Otto John, der einstige Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, sei vom sowjetischen Geheimdienst mit Hilfe des Arztes Dr. Wohlgemuth nach Ostberlin entführt worden. Die Zerstörung dieser Legende mag gelungen sein. Das scheint aber weniger wichtig (wer interessiert sich noch für den mehr und mehr in Resignation versinkenden John) als die Tatsache, daß nunmehr eindeutig feststeht und von Frederik selbst zugegeben wird, von wem er das Material für dieses Buch bezogen hat: vom sowjetischen Geheimdienst KGB.

Das Material mag richtig sein oder falsch – Frederik hat es vom KGB erhalten und damit liegt der Schluß nahe: auch seine früheren Publikationen, insbesondere seine Verleumdungen Herbert Wehners („ge-

zeichnet vom Zwielficht seiner Zeit"), sind aus der Moskauer Quelle gespeist worden. Seinerzeit hatte Frederik noch behauptet, sein Material gegen Wehner stamme aus schwedischen Gerichtsarchiven, obwohl das für die Berichte über Wehners Tätigkeit nach 1945 nicht zutreffen konnte. Von einem scheinbar rechtsradikalen Standpunkt aus warf Frederik damals Wehner vor, bei seinem Aufenthalt in Berlin als Vorsitzender des Gesamtdeutschen Bundestagsausschusses Kontakte mit „drüben“ gepflegt zu haben. Frederik beschuldigte ihn ferner, die „einst so lebendige Diskussionspartei SPD“ zu einem Leichnam gemacht zu haben. Frederik stellte sich an die Seite der Heckenschützen von 1966, für deren Identität 1971 wertvolle Indizien durch die Enthüllung Bärwalds gewonnen wurden. Frederik verstieg sich weiter zu der absurden Behauptung, Wehner habe 1963 mit Willy Brandt den Parteitag der KP Schwedens besucht. Vielleicht hat Frederik das sogar geglaubt, denn kontrollieren kann er seine Quelle, das Moskauer KGB, natürlich nicht.

In den Lieferungen, die das KGB dem Frederik anvertraut oder zugeschoben hat, um die Legende zu zerstören, Otto John sei nach Ostberlin entführt worden, steckt mehr Substanz. Nicht nur Photos, die John in der DDR und in der Sowjetunion als freien Mann zeigen, sind beigelegt. Das KGB ist über sich selbst hinausgewachsen und hat einem seiner zahlreichen Obersten befohlen, dem Frederik die Story von Johns Übertritt, „wie er wirklich war“, haarklein darzulegen. Soweit sich Karpows Geschichte kontrollieren läßt, z. B. an Hand der Prozeßmaterialien Dr. Wohlgemuths, des angeblichen Entführers, der bekanntlich vom Bundesgerichtshof freigesprochen worden ist, scheinen Karpows Angaben über John zu stimmen. Nicht alles stimmt, was das KGB seinem Einfluß-Journalisten Frederik mitgegeben hat. Zum Beispiel ist in Frederiks „Werk“ mit Faksimile-Unterschrift Johns eine Erklärung wiedergegeben, die John über den jetzigen Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Dr. Nollau, abgegeben hat. Darin sind zwar die Hobbys Dr. Nollaus, Bergsteigen und Skilaufen, angegeben, aber den vollen Wortlaut dessen, was John dem KGB über Dr. Nollau gesagt hat (und was inzwischen im Westen bekanntgeworden ist), enthält die KGB-Version, die Frederik veröffentlicht, nicht. Dafür aber dichtet das KGB dem Dr. Nollau dunkle Beziehungen zu seinen sächsischen Landsleuten an. Wer erwartet, das KGB werde im Westen die reine Wahrheit publizieren lassen, der erweist sich als Opfer des Satzes, daß Irren menschlich ist.

Zu überlegen ist noch, warum das KGB sein Material über John ausgerechnet dem nicht gerade bestens beleumundeten Frederik zur Veröffentlichung gegeben hat. Man weiß: Kein anderes Presseorgan hat es ihm abgenommen. Das KGB wollte aber die Legende zerstören, die John schon in seinem Prozeß vorgebracht und im Wiederaufnahmeverfahren aufgewärmt hatte. Deshalb wurde Frederik vom KGB

als Notnagel benutzt. Er hat zwar das Material des KGB gedruckt. Aber die Glaubwürdigkeit des Materials ist durch dieses Medium nicht verbessert worden.

F. Sch.

Mitarbeiter dieses Heftes

Herbert Wehner

Vorsitzender der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion; stellv. Vorsitzender der SPD

Dr. Werner Sörgel

Leiter des Bereichs Sozialforschung von Infratest

Dr. Herbert Ehrenberg

Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

Dr. Peter Glotz

Stellv. Vorsitzender im SPD-Landesverband Bayern; Mitglied des Bayerischen Landtags

Prof. Dr. Carlo Schmid

SPD-MdB; Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Karl Jörg Wohlfüher

Politischer Redakteur beim Bayerischen Rundfunk

Dr. Elhanan Hagolani

Freier Mitarbeiter im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Abt. Öffentlichkeitsarbeit, Berater der deutschen Delegation zur UN-Umwelt-Konferenz in Stockholm.

Dr. Samuel Karres

Geschäftsführer des Fördererkreises der Friedrich-Ebert-Stiftung

Bozidar Diklo

Diplomatischer Korrespondent und Redakteur von „Politika“, Belgrad

Karl Blecha

SPD-Abgeordneter zum Österreichischen Nationalrat

Alan J. Day

Herausgeber von „Socialist Affairs“

Dr. Hans Apel

Stellv. Vorsitzender der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Olaf Radtke

SPD-Landtagsabgeordneter in Hessen; Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes der IG Metall

Prof. Dr. Fritz W. Scharpf

Professor im Fachbereich Politische Wissenschaft an der Universität Konstanz